

Donnerstag, 28. Juli 1983 - D ＊＊＊

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 173 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Strauß hofft: Veränderungen beim Schießbefehl und beim Zwangsumtausch seien möglich, deutet Strauß nach dem Treffen mit SED-Chef Honecker an. Er glaube auch, daß man sich „drüben mit der Nachrüstung *bereits abgefunden hat*". Zu Polen: Das Kriegsrecht habe zwar dem „Chaos" ein Ende gemacht, sei aber „der falsche Weg gewesen".

Botschaft besetzt: Mehrere Terroristen – vermutlich Armenier – haben die Residenz des türkischen Botschafters in Lissabon gewaltsam besetzt. Ein Angreifer wurde getötet, ein Polizist verletzt. Spezialeinheiten der portugiesischen Polizei stürmten die Residenz nach drei Stunden. In dem Gebäude wurden fünf Leichen gefunden.

Moskau lehnt US-Plan ab: Bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen für Mittelstreckenwaffen hat die Sowjetunion abgelehnt, auch nur darüber zu diskutieren, die Zahl der nuklearen Gefechtsköpfe auf beiden Seite auf 50 zu reduzieren. Das teilte US-Unterstaatssekretär Burt in Brüssel mit. Gestern informierte Burt in Bonn das Auswärtige Amt.

Reagan zu Nicaragua: Die USA haben „keine Pläne für ein *militärisches Eingreifen" in Mittel*amerika, erklärte der US-Präsident zur Kritik an amerikanischen See- und Landmanövern in der Region. Jeder Vergleich mit dem US-Engagement in Vietnam sei verfehlt.

Union bleibt Spitze: Bei einer Bundestagswahl würden jetzt 51,8 Prozent der Wähler CDU oder CSU ihre Erststimme geben. Die SPD erhielte 37,9, die FDP 3,5 und die Grünen 6,4 Prozent (Allensbach-Umfrage).

Wörner pessimistisch: Nur noch geringen Bewegungsspielraum sieht Verteidigungsminister Wörner für die Genfer Verhandlungen. Jetzt müsse sich die Sowjetunion bewegen, forderte er bei seinem Besuch in Ottawa.

Vertrauen für Begin: Die Knesset hat mehrere Mißtrauensanträge gegen die Regierung Menachem Begin abgelehnt. – US-Präsident Reagan erwartet weiteren Rückzug Israels aus Libanon.

Sorge um Lage am Golf: Die US-Regierung nimmt die iranische Drohung ernst, im Zuge des Golfkriegs mit Irak den Öl-Export anderer Staaten zu verhindern. Die Region sei von „vitalem Interesse"; man werde die freie Schiffahrt dort sichern.

Genscher zu Polen: Der Außenminister will kirchliches Hilfsprogramm für polnische Landwirtschaft koordinieren.

Heute: US-Kongreß entschei*det über Aufstockung der Mit*tel für den Weltwährungsfonds (IWF). – In Polen sollen neue Zensurbestimmungen und Verschärfungen der Strafgesetze vom Parlament beschlossen werden.

WELT-Serie Mussolini

Am 29. Juli jährt sich zum hundertsten Mal der Geburtstag des Faschismus-Begründers Benito Mussolini. Er blickte mit Geringschätzung auf Hitler, aber er beneidete ihn um sein Volk. In einer dreiteiligen Serie schildert die WELT, wie die beiden Diktatoren zueinander standen. S. 6

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Wirtschaftsministerium sieht „Überwiegen der aufwärtsgerichteten Kräfte" wie private Nachfrage und Bauwirtschaft.

Rohölimporte: Im ersten Halbjahr um 11,3 Prozent zum Vorjahreszeitraum auf 32,6 Millionen Tonnen gesunken; Rohölrechnung um 3,7 Milliarden auf 18,5 Milliarden DM verringert.

Gaspreis: Sinken des Ferngaspreises bundesweit angekündigt (durch Bayerngas).

Kiechle: Landwirtschaftsminister schließt „Notwehrreaktionen" der Bundesrepublik *nach* Scheitern der Fischereiverhandlungen nicht aus.

„DDR"-Handel: Die Lieferungen in die „DDR" haben im ersten Halbjahr gegenüber Vorjahresniveau um 32 Prozent auf 3,905 Milliarden DM zugenommen; Import stieg um ein Prozent auf 3,311 Milliarden DM.

Börse: Der Aktienmarkt tendierte gestern freundlich. WELT-Aktienindex 144,8 (144,5). Auch am Rentenmarkt zogen die Kurse etwas an. Dollar-Mittelkurs 2,6230 (2,6015). Goldpreis je Feinunze 426,25 (425,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Sollte die Null-Lösung von der Sowjetunion abgelehnt werden, brauchen wir ein waffentechnisch und strategisch gleichwertiges Gegengewicht. Das ist ohne die Pershing 2, allein mit Marschflugkörpern, nicht zu erreichen.«

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger in einem Gespräch mit der WELT (Seite 4) FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Bayreuth-Salzburg: Triumph für Solti mit der „Walküre" mit Halls strikt an Wagner orientierter Regie. – Erfolgreicher Karajan-Auftritt *nach* Operation mit „Rosenkavalier" als „lächelnde Elegie".

Unterricht: Philologenverband Nordrhein-Westfalen rügt bei neuen Richtlinien für Grundschule „Abkehr vom Leistungsprinzip" durch Verzicht auf „normbezogene Leistungsbewertung und Ziffernbenotung".

SPORT

Handball: Der deutsche Verband hat den Handball-Nationalspieler Erhard Wunderlich für ein Jahr gesperrt. Der Grund: Sein Verein VfL Gummersbach verweigert ihm die Freigabe zum FC Barcelona, bei dem Wunderlich für einen Vier-Jahres-Vertrag 2,5 Millionen Mark erhalten sollte.

Leichtathletik: Jarmila Kratochvilova (CSSR), die in München Weltrekord über 800 m lief (1:53,28), will bei der WM in Helsinki über 200 und 400 m starten. Sie sagt, *Marita Koch* („DDR") über diese Strecken zu besiegen, sei reizvoller als eine leicht gewonnene Goldmedaille über 800 m.

AUS ALLER WELT

Waldbrand: „Ziemlich unter Kontrolle" nach einem Platzregen *ist der* Waldbrand, der bei Gifhorn (Niedersachsen) etwa zwanzig Quadratkilometer Wald vernichtet hat.

Wetter: In Norddeutschland bestimmt allmählich kühlere Meeresluft die Temperatur (bis 24 Grad); im Süden bleibt noch die subtropische Warmluft mit Temperaturen bis 33 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß spricht von Zusagen Honeckers für Erleichterungen

CSU-Chef: Schießbefehl „lastet auf den Verantwortlichen drüben"

gur, **München**

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat eine überwiegend positive Bilanz seiner Reise durch die „DDR" gezogen. Nach seiner Rückkehr erklärte er gestern in München, daß der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker Verbesserungen im Brief-, Geschenk- und Päckchenverkehr, eine großzügigere Handhabung der Familienzusammenführung, Verhandlungen über Umweltfragen sowie über ein Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin in Aussicht gestellt habe.

Die Themen Zwangsumtausch und Schießbefehl seien in den Gesprächen „eingehend erörtert" worden. Strauß betonte, daß er dabei dem Abbau der „Sicherungsmaßnahmen" an der innerdeutschen Grenze Priorität gegeben und sehr nachdrücklich darauf hingewiesen habe, daß eine Verbesserung der Atmosphäre gerade davon entscheidend abhängen werde. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die „DDR"-Führung die „Bedeutung dieser Frage allmählich schon ernst nimmt", sei aber darauf hingewiesen worden, daß in dieser Frage „der große Bruder", die Sowjetunion, ein Wort mitrede. Aber, so Strauß: „Die Problematik lastet auf den Verantwortlichen drüben."

Der CSU-Vorsitzende, der sich beeindruckt über den „brausenden Jubel der Bevölkerung" bei seinem Besuch in der „DDR" zeigte, kündigte auch an, daß Honecker ein „großzügiges, kulantes Verhalten" bei der Grenzabfertigung zugesichert habe. Allerdings hätten sich nach Angaben des SED-Chefs die Fälle „provokatorischen Charakters" an der innerdeutschen Grenze vermehrt. Honecker habe dazu auch die Demonstrationen westlicher Kernkraftgegner auf „DDR"-Gelände gezählt.

SEITE 3:
Zettel mit dem Hilferuf

Beim Thema Zwangsumtausch sei er von Honecker auf den blühenden Schwarzmarkt-Devisen*handel mit den* beiden deutschen Währungen hingewiesen worden. Honecker habe sinngemäß erklärt: „Helft uns, diese Formen der Ausnutzung der gespaltenen Währung abzubauen, dann werden wir uns auch mit einer Herabsetzung des Mindestumtausches leichter tun." Über nähere Einzelheiten der Gespräche zu diesem Punkt wollte Strauß keine Angaben machen. Dasselbe galt für seine Gespräche über eine Herabsetzung des Reisealters von „DDR"-Bürgern bei Westreisen.

Dagegen habe Honecker konkrete Zusicherungen für die Verbesserungen im Brief- und Päckchenverkehr angekündigt. Er solle „ordnungsgemäß, reibungslos und zügiger" abgewickelt werden. Alle Sendungen sollen den Empfängern spätestens zwei Tage nach Eingang in der „DDR" ausgehändigt werden. Die Beschränkung auf zwölf Geschenksendungen im Jahr solle fallengelassen, die Einschränkungen bei Arzneimittelsendungen sollen gelockert werden. Honecker habe darüber hinaus angekündigt, daß die „Schwundquote" von Sendungen in die „DDR", die heute bei 20 Prozent liege, „radikal bekämpft" würde.

Diese Ankündigungen sind offenbar an ein Zustandekommen der neuen Postpauschale gebunden, die die Bkdesrepublik an die „DDR" zahlen soll. Gegenüber ihrer Forderung von ursprünglich 600 Millionen beharre die „DDR" hier nur noch auf 300 Millionen Mark, während die Bundesrepu-

● Fortsetzung Seite 8

Moskau lehnt Abrüstungs-Vorschlag ab

Washington hat bei Euro-Raketen Reduzierung auf je 50 Sprengköpfe angeboten

C.GRAFBROCKDORFF/DW. **Brüssel**

Die Sowjetunion hat es in Genf abgelehnt, über einen amerikanischen Vorschlag zu verhandeln, daß beide Seiten die Zahl ihrer Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen auf 50 begrenzen. Wie der amerikanische Staatssekretär Richard Burt, der im US-Außenministerium für Rüstungskontrolle zuständig ist, in Brüssel im Anschluß an eine Sitzung der Direktoren für Abrüstungsfragen in den Außenministerien der NATO-Staaten berichtete, habe sich *Moskau* geweigert, „ernsthafte Erörterungen" auf duser Linie zu führen.

Burt berichtete zum ersten Mal davon, daß die USA bei der vor wenigen Tagen in Genf zu Ende gegangenen Verhandlungsrunde über die Mittelstreckenwaffen vorgeschlagen habe, die Zahl der Gefechtsköpfe auf beiden Seiten auf eine Zahl zwischen 50 und 450 zu begrenzen. Als Ergebnis dieser sowjetischen Haltung, so hieß es im Brüsseler Kommunique, mußten die Abrüstungsdirektoren feststellen, daß Moskau sowohl die Null-Lösung als auch irgendeine andere Lösung ablehnt.

Am Rande der Brüsseler Tagung wurde dieser Vorgang so interpretiert, daß die Sowjetunion unverändert an der Forderung festhalte, daß *die USA kein Recht habe, neue* Mittelstreckenwaffen nach Europa zu bringen. Von Moskau werde in diesem Zusammenhang auf die bereits stationierten britischen und französischen Mittelstreckenraketen verwiesen; den Hinweis, daß es sich dabei um seegestützte strategische Raketen handele, lasse die Sowjetunion nicht gelten.

Burt unterstrich die Erwartung, daß es dennoch weiterhin möglich sei, vor Jahresende ein Abkommen zu unterzeichnen. Washington werde alle Anstrengungen unternehmen. Selbst nach Stationierungsbeginn im Westen im Zuge der Nachrüstung sei es noch möglich, denn in Stellung gebrachte Waffen könnten auch wieder entfernt werden. Auf jeden Fall werde die NATO nicht von ihrem Plan abweichen, beim Ausbleiben eines Ergebnisses in Genf sowohl Cruise Missiles als auch Pershing-2-Raketen zu stationieren. Selbst bei einer Begrenzung auf 50 Sprengköpfe gehe Washington davon aus, daß die Pershing 2 unverzichtbar sei.

Die Runde der Abrüstungsdirektoren wertete die amerikanische Position bei den Genfer Verhandlungen als flexibel und angemessen. *Voraussetzung für eine Einigung* sei, daß die Sowjetunion genausoviel Entschlossenheit an den Tag lege wie sie US-Präsident Reagan bereits gezeigt habe. „Der Ball liegt jetzt im sowjetischen Lager." Nach Burts Angaben hat keine Delegation ihre Unterstützung für die „Waldspaziergang"-Vereinbarung der beiden INF-Chefunterhändler vom vergangenen Jahr bekundet. US-Unterhändler Paul Nitze habe von Washington aber genügend Spielraum erhalten, um alle Lösungsmöglichkeiten zu sondieren.

Die NATO-Runde wird sich nach Angaben aus Brüssel während ihres zweitägigen Treffens auch mit dem weiteren Abbau atomarer Gefechtsfeldwaffen befassen. Die NATO hat seit 1979 rund 1000 Stück bereits abgebaut. Der Abteilungsleiter im US-Verteidigungsministerium Perle will in Brüssel konkrete Vorstellungen über den weiteren Reduzierungsumfang vorlegen.

Seite 2: Kein Wald in Moskau

Warschau droht Auslandspresse mit Haftstrafen

AFP/dpa, **Warschau**

Ausländische Korrespondenten in Polen müssen nach der Änderung des Strafgesetzbuches, über die das Parlament in Warschau heute berät, bei *falschen* und staatsschädigenden Berichten mit Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten und fünf Jahren rechnen. Wie Regierungssprecher Urban gestern ausdrücklich erklärte, wird der künftige Artikel 271 des Strafgesetzbuches auch auf Ausländer angewendet.

Urban unterstrich jedoch, daß die aufgeführten Vergehen vorsätzlich begangen worden sein müssen. In der Vergangenheit hatten sich die polnischen Behörden bei der Maßregelung ausländischer Journalisten in der Regel auf Ausweisung oder Ausweisungsdrohung beschränkt.

Wie die amtliche polnische Nachrichtenagentur PAP meldete, sind bislang etwa 500 Häftlinge auf*grund der in der vergangenen Wo*che verkündeten Amnestie freigelassen worden.

Seite 4: Genscher koordiniert

Polizei stürmte besetzte Botschafter-Residenz

Tote / Armenischer Terroranschlag gegen Türkei

AFP/AP/rtr, **Lissabon**

Anti-Terroreinheiten der portugiesischen Polizei haben gestern nachmittag die Residenz des türki*schen Botschafters in Lissabon ge*stürmt, die am Morgen von einem Kommando bewaffneter Terroristen besetzt worden war.

Der Angriff der Polizei erfolgte um 15.00 Uhr, nachdem sich die vier türkisch sprechenden bewaffneten Angreifer ihren Weg von der vorher besetzten Botschaft in die benachbarte Residenz des Botschafters freigeschossen hatten. *Nach der Erstürmung* der Botschafterresidenz wurden in dem Gebäude fünf verkohlte Leichen entdeckt, wie die portugiesische Nachrichtenagentur ANOP meldete. Ob es sich bei den Toten um Mitglieder des Terroristenkommandos handelt, war zunächst nicht bekannt.

Zu dem Überfall bekannte sich in Paris die „Armenische Revolu*tionäre Armee" (ARA). In dem* Bekenneranruf bei der Nachrichtenagentur AFP hieß es, die ARA sei eine „von allen anderen bestehenden armenischen Organisationen völlig verschiedene armenische militärische Organisation". Die ARA hatte sich – wie die armeni*sche Geheimarmee zur Befreiung* Armeniens (ASALA) – bereits zu dem Mord an einem türkischen Diplomaten in Brüssel am 14. Juli bekannt.

Der portugiesische Ministerpräsident Mario Soares hatte nach der Erstürmung der Botschafterresidenz durch die Terroristen einen unter seiner Leitung stehenden *Krisenrat einberufen, der die* Sicherheitsmaßnahmen koordinierte. Das gesamte Gebiet war rund um das gestürmte Gebäude von mehreren Hundertschaften von Polizei umstellt und abgesperrt. Vor der Erstürmung der Residenz durch die Anti-Terroreinheiten war es gegen 13 Uhr zu zwei Explosionen gekommen. In den Wohngebäuden des Botschafters waren *durch die Terroristen mehrere* Beamte der Botschaft sowie eine Mutter mit ihren zwei Kindern als Geiseln festgehalten worden.

Reagan verteidigt Mittelamerika-Politik

„USA planen Krieg" / Moskau schickt mehr Waffen nach Nicaragua / Kritik im Senat

DW. **Washington**

US-Präsident Reagan hat nachdrücklich versichert, daß seine Regierung in Mittelamerika keinen Krieg wolle, sondern für eine politische Lösung „ohne Blutvergießen" sei. In einer Pressekonferenz, die sich fast ausschließlich mit Zentralamerika befaßte, sagte Reagan: „Wir streben in dieser Region keine gößere Präsenz an, und US-Streitkräfte sind nicht angefordert worden. Wir planen keinen Krieg, und ich denke nicht, daß es dazu kommen wird."

Zu den angekündigten und teilweise heftig kritisierten Manövern der US-Streitkräfte in der Krisenregion sagte der Präsident, solche Übungen seien seit Jahren üblich und niemand habe sich bisher darüber erregt. Die Manöver sollen sich teilweise bis in den Januar hinziehen. Im Zusammenhang damit teilte Reagan mit, daß wieder ein sowjetischer Frachter mit Militärgütern nach Nicaragua unterwegs sei und „niemand auf ihn geschossen" habe.

Reagan warf der Presse vor, sich zu stark auf die militärischen Aspekte der Mittelamerika-Politik zu konzentrieren. Für jeden Dollar, den die USA für militärische Zwecke aufwendeten, würden sie drei Dollar für wirtschaftliche und humanitäre Hilfe ausgeben. Der Präsident weigerte sich erneut, für den Ernstfall die Entsendung von Kampftruppen nach Mittelamerika auszuschließen, obwohl die USA keinerlei solche Pläne hätten. Er fügte jedoch hinzu: „... Präsidenten sollten nie nie sagen."

US-Außenminister Shultz und Sicherheitsberater Clark wollten gestern den Senat über die Situation in Mittelamerika informieren. In Washington wird dies als weiterer Schritt zur Beschwichtigung der Kritik an Reagans Politik gewertet, die unmittelbar nach der Präsidenten-Rede erneut einsetzte. Einige Senatoren sprachen von der Gefahr einer „Amerikanisierung des Krieges" in dem Krisengebiet. Edward Kennedy warf Reagan vor, „Kriegspolitik" zu betreiben.

In einem Brief hat Reagan am Dienstag die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu einer Friedensinitiative für Mittelamerika aufgefordert. Sie sollte „subversive" Staaten zwingen, Verpflichtungen zum Frieden einzuhalten.

Kubas Staatschef Castro hat Reagan vorgeworfen, er führe die „brutalste und düsterste" Regierung, die es je in Washington gegeben habe. Der außenpolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion, Voigt, forderte die Bonner Regierung auf, die Mittelamerika-Politik der USA eindeutig zu verurteilen.

Seite 2: Reagans Flotte

DER KOMMENTAR

Der Einfädler

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Strauß hat ausführlich über seinen Familienausflug berichtet; man kann jetzt seine Taten an seinen Worten messen. Die Bilanz bleibt äußerst zwiespältig. Da, wo von ihm klare Auskunft erwartet wurde, nämlich in puncto Zwangsumtausch und Herabsetzung des Reisealters, versteckte er sich hinter der Floskel, man solle nicht alles zerreden. Der Schießbefehl, so erzählte der Heimgekehrte, „lastet auf den Regierenden drüben". Man ist ergriffen und erinnert sich lebhaft, daß Brandt den SS-20-Aufrüster Breschnew um den Frieden hatte zittern sehen.

Am konkretesten wurde Strauß dort, wo es der Mühewaltung seines politischen Tourismus am wenigsten bedurft hätte: Kulturabkommen, Postabkommen, Um*weltschutz. Immerhin* brachte er gute Botschaften mit: von weiteren Krediten an die „DDR" sei nicht die Rede gewesen (alles zu seiner Zeit, nicht wahr?), und die Familienzusammenführung solle fortan großzügig gehandhabt werden (wir werden sehen).

Allzu viele Fragen blieben offen:

1. Warum hat sich Strauß der Peinlichkeit ausgesetzt, sich samt Frau und Sohn von Honecker ausgerechnet in Hubertusstock zum Mittagessen einladen zu lassen, als sei man beim lieben Onkel Erich zu Besuch, um sich nachher mit dem Ansturm jener Landsleute konfrontiert zu sehen, die aus der „DDR" ausreisen wollen? Jeder Bittbrief war ein Hilfeschrei.

2. Warum spielt er den gewalttätigen Übergriff an einer hilfesuchenden Frau in Dresden herunter?

3. Was hat ihn veranlaßt, in Warschau den Satz zu prägen, „daß wir sehr genau zu unterscheiden wissen zwischen Rechtspositionen, die unserem Verfassungsrecht entsprechen und zwingend davon ausgehen, und den politischen Realitäten, die wir ja mit den verschiedenen Verträgen anerkannt haben"? Will er weitergehen als Brandt und Bahr, die glaubten, die Realitäten respektieren zu müssen?

4. Wie kommt Strauß dazu, den bürgerrechtlichen Auf*bruch der „Solidarität"* in Polen ein „Chaos" zu nennen, dem das Kriegsrecht ein Ende gesetzt habe?

In Israel sagt man, nur ein konservativer Politiker wie Begin habe den Friedensvertrag mit Ägypten abschließen können. Mag sein, daß Strauß sich in ähnlich heroischer *Rolle sieht. Nur: Diese politi*sche Statur hat er nicht mehr. Er wird sich mit dem Selbstruhm des „Einfädlers" begnügen müssen, und viele, die 1980 dem Kanzlerkandidaten Strauß ihre Stimme gegeben haben, werden nicht einmal das rühmen.

USA wollen Persischen Golf offenhalten

AFP, **Washington**

Die von Iran angedrohte Blockade der Golf-Region hat die USA erstmals seit 1980 wieder zur Bekräftigung ihrer Militärdoktrin veranlaßt, wonach sie um jeden Preis für den Schutz der Erdölregion des Persischen Golfs sorgen werden.

Die amerikanische Regierung nehme die am Sonntag ausgesprochene iranische Drohung „sehr ernst" und sei entschlossen, für die Sicherung der freien Schiffahrt im Golf die „notwendigen Maßnahmen" zu ergreifen, sagte der Sprecher des State Department, John Hughes. Die Region sei für die USA von „vitalem" Interesse, fügte er hinzu. Präsident Ronald Reagan sei zur Anwendung der „Carter-Doktrin" entschlossen, die der ehemalige Präsident Jimmy Carter im September 1980 erstmals festlegte.

Die Doktrin besagt im wesentlichen, daß die freie Schiffahrt im Persischen Golf in den Augen der USA um jeden Preis gesichert werden muß. Aufgrund der „Carter-Doktrin" haben die USA für umfangreiche militärische Einrichtungen gesorgt, unter anderem Stützpunkte in Oman, Kenia und Somalia, die den USA im Falle eines Konflikts im Golf ein rasches Eingreifen erlauben. Doch lehnte es das State Department ab, Einzelheiten über die von der Regierung Reagan in Aussicht genommenen Maßnahmen anzugeben. „Wir überprüfen eine bestimmte Zahl von Möglichkeiten", sagte der Sprecher, „und verfolgen genau die Entwicklung der Lage."

Im Pentagon sind drei Serien von Militärmanövern in dieser Region ab August vorgesehen.

Senat bewilligt 200 Milliarden für US-Rüstung

AP/rtr, **Washington**

Nach dem US-Repräsentantenhaus hat erwartungsgemäß auch der Senat der Produktion und Aufstellung der ersten 27 von insgesamt 100 Interkontinentalraketen des Typs MX zugestimmt. Die Entscheidung zugunsten des Antrags von Präsident Reagan fiel mit 58 gegen 41 Stimmen.

Anschließend billigte der Senat mit 83 gegen 15 Stimmen den rund 200 Milliarden Dollar umfassenden gesamten Rüstungsetat für 1984. Das Repräsentantenhaus beschloß jedoch kurz danach mit 305 zu 114 Stimmen eine eigene Fassung des Verteidigungsbudgets, die um elf Milliarden Dollar niedriger liegt. Ein Vermittlungsausschuß soll einen Kompromiß ausarbeiten.

Der vom Senat gebilligte Etat sieht unter anderem die Beschaffung von 91 Langstreckenbombern des Typs B 1 für 6,2 Milliarden Dollar und 600 Panzern des Typs M 1 für mehr als 1,5 Milliarden Dollar vor. Rund 1,3 Milliarden sollen dem Kauf von 36 Jagdflugzeugen des Typs F 15 und 1,5 Milliarden dem Bau eines neuen mit Trident-Raketen bestückten strategischen U-Boots dienen.

Der führende Gegner der MX-Raketen im Senat, Gary Hart, bezeichnete die Produktion der mit je zehn Atomsprengköpfen ausgerüsteten MX-Raketen als „Einladung zum Atomkrieg" und Beginn einer neuen Runde der strategischen Rüstung. Reagan hatte argumentiert, die USA brauchten die MX, um die Sowjetunion zu Zugeständnissen bei den Genfer Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung zu bewegen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kein Wald in Moskau

Von Bernt Conrad

Die Bonner Diskussion über den ein Jahr zurückliegenden Genfer „Waldspaziergang" – von Bundesaußenminister Genscher angefacht und von Bundeskanzler Kohl fortgeführt – wirkt angesichts der jüngsten Entwicklung bei den Raketen-Verhandlungen und der Reaktion der NATO-Partner merkwürdig wirklichkeitsfremd. Die Fakten haben die Erwägungen der Unterhändler Kwizinskij und Nitze, die zuerst von den Sowjets und dann auch von den USA abgelehnt worden waren, längst überrollt.

Wie jetzt zu erfahren war, hat die Sowjetunion in Genf einen Vorschlag der USA abgelehnt, der den Amerikanern und den Sowjets in Europa je fünfzig Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen zubilligen wollte. Hinter der Begründung Moskaus, die britischen und französischen Mittelstreckenwaffen müßten berücksichtigt werden, verbirgt sich die absurde Logik, die Vereinigten Staaten hätten im Unterschied zur Sowjetunion kein Recht, Mittelstreckenraketen nach Europa zu bringen.

Die NATO-Staaten haben darauf mit der erfreulich klaren Feststellung reagiert, sie hielten an ihrem Beschluß fest, einen „Waffenmix" von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern zu stationieren, wenn es nicht rechtzeitig zu einer Vereinbarung in Genf kommen sollte. Sogar bei einer Reduzierung auf 50 Sprengköpfe bleibt die Pershing 2 für Washington aus gutem Grund unverzichtbar.

Was soll dann noch der von Genscher und Kohl favorisierte „Waldspaziergang", der einen Verzicht auf die Pershing-Raketen vorsah? Nicht einmal die Sowjets haben in Moskau gegenüber Kanzler und Bundesaußenminister ein nachträgliches Eingehen auf dieses Konzept in Aussicht gestellt. Das heißt, die Bonner Regierungsspitze bewegt sich im Alleingang. Um so nützlicher war es, daß sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger und sein Abrüstungsexperte Todenhöfer gestern mit Nachdruck zum „Waffenmix" bekannt haben. Kohl und Genscher sollten darauf hören.

Jerzy Urban warnt

Von Enno v. Loewenstern

Im neuen polnischen Strafgesetzbuch heißt es unter Paragraph 271: „Wer im Ausland falsche Informationen verbreitet, die den Interessen der Volksrepublik schweren Schaden zufügen können, oder wer solche Informationen an ein ausländisches Zentrum gegen die Volksrepublik Polen gerichteter Aktivitäten übermittelt, wird mit Freiheitsentzug von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft." Regierungssprecher Jerzy Urban hielt es für richtig, ausdrücklich hervorzuheben, daß diese Bestimmung auch für Ausländer gelte.

Demnach könnte also jeder Korrespondent plötzlich zu Gefängnis verurteilt werden. Denn was fügt der Volksrepublik schweren Schaden zu? Alles, was ihr Bild als Hort des Friedens und der Freiheit und als Schuldner von hoher Bonität beeinträchtigt. Und was ist unwahr? Was die Volksrepublik als unwahr bezeichnet. Oder zweifelt jemand an der Redlichkeit der Volksrepublik? Dann spricht er die Unwahrheit und fügt ihr schweren Schaden zu.

Doch gemach. Eine Massenflucht der Korrespondenten aus dem Lande ist nicht veranlaßt. Denn in jedem Land gilt jede Strafbestimmung grundsätzlich auch für Ausländer, gewisse Spezialbestimmungen ausgenommen. Dennoch hat man bisher noch in keinem Ostblockland fremde Korrespondenten wegen schädlicher Nachrichten verurteilt. Ein solcher Vorgang würde der jeweiligen Volksrepublik auch schweren Schaden zufügen, und sie weiß das. Man macht das mit Ausweisungen. Grundlage der Ausweisungen aber muß ein Gesetz sein, denn eine jede Volksrepublik ist bekanntlich ein Rechtsstaat, oder jedenfalls ein Strafrechtsstaat. Und ein bißchen Einschüchterung möchte schon sein, das wird dem Genossen Urban seine Regierung nahegelegt haben, besonders in einem Land, wo lauter Gewerkschaftler im Untergrund herumlaufen und ihre schrecklichen Informationen an Korrespondenten weitergeben.

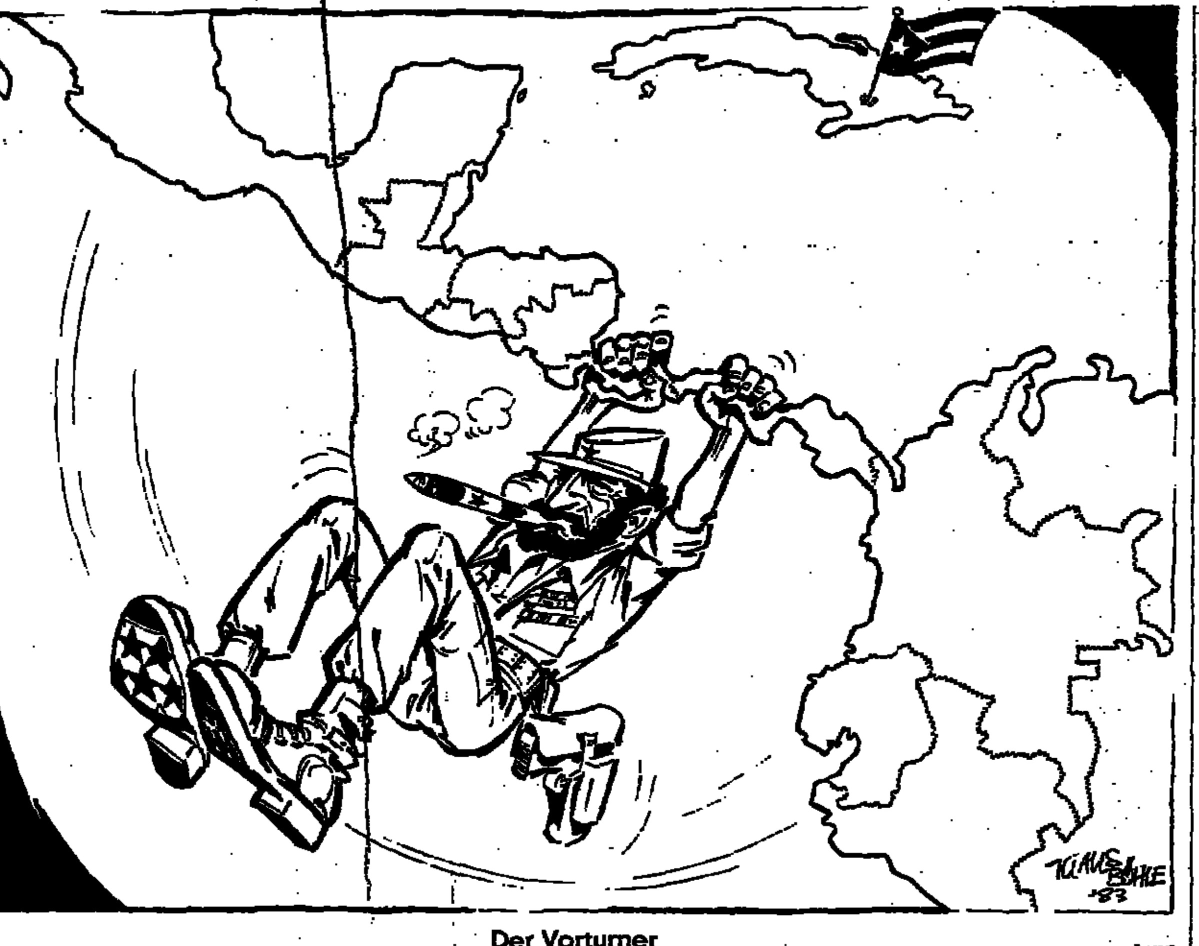
Gerechtigkeit in Vancouver

Von Walter Allgaier

Irgendwie ist der farbige südafrikanische Geistliche Alan Boesak bei dem Weltkirchenrat in Vancouver zu einer tiefen Wahrheit vorgestoßen. Unter ausdrücklicher Warnung davor, den Frieden „zu einer nordatlantischen Sache zu machen", verwahrte er sich dagegen, sich „der Friedensfrage zu bedienen, um den Problemen der Ungerechtigkeit, der Armut, des Hungers und des Rassismus aus dem Wege zu gehen. Wenn wir das tun, machen wir aus unserer Sorge um den Frieden eine Ideologie der Unterdrückung."

Aber ist nicht eben dies die „nordatlantische Sache"? Gerade hier ist die „Friedensfrage" zum Hebel oder eher Knebel geworden, um jeder Frage nach Hunger, Armut, Ungerechtigkeit und, ja, Benachteiligung bestimmter Volksgruppen aus dem Wege zu gehen. Aber Boesak meinte natürlich nicht das. Er sprach von der Dritten Welt, und die blutrünstige Schlußpointe fehlte nicht, daß es ein „Recht auf Gewalt" geben müsse, wenn „alle anderen Mittel zur Erlangung von Gerechtigkeit fruchtlos geblieben sind". Wer flexibel ist im Geiste, kann also selektiv heraushören: nur nichts von Gerechtigkeit im nordatlantischen Einzugsgebiet.

Wer flexibel ist im Geiste, wird sich auch nicht wundern, daß Martin Luther bei dieser Konferenz bislang so gut wie nicht vorgekommen ist. Lediglich im Bericht des Generalsekretärs Potter wurde er kurz einmal gestreift. Ist Luther nur ein provinzeuropäisches Ereignis für eine Versammlung wie diese, die sich jederzeit von einer Erlebniskirche im Stile des Kirchentags in einen Apparat der Allerwelt-Proklamitis verwandeln kann? Dabei wäre die erste der 95 Thesen des Reformators, daß das ganze Leben der Gläubigen eine einzige Umkehr sein solle, eine ebenso hilfreiche wie konkrete Weisung. Bis Vancouver kam Martin Luther in seinem Jubeljahr noch nicht.



Der Vorturner

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Potemkin als Reformer

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Sowjetunion braucht dringend eine ökonomische und wahrscheinlich auch gesellschaftspolitische Reform – zumal ja hier das erstere vom letzteren kaum zu trennen ist. Sogar die sowjetischen Führer selbst geben neuerdings zu erkennen, daß sie sich der elementaren Unzulänglichkeiten ihres Wirtschaftssystems bewußt sind. Andropows Machtantritt stand im Zeichen der Kritik an der wirtschaftlichen Stagnation, an der Schwerfälligkeit und der Korruption innerhalb des bürokratischen Apparates. Die Ernennung des ehemaligen KGB-Chefs zum Generalsekretär der KPdSU – ein bisher noch nie dagewesener Vorgang – wurde als Symptom dafür gewertet, daß starke Kräfte innerhalb der Sowjet-Oligarchie mehr Disziplin und Ordnung statt des bereits sprichwörtlichen russischen Schlendrians wünschten.

Daß Andropow mit gewissen Reform-Ideen und einer „stromlinienförmigen" Umgestaltung des Sowjetsystems liebäugelt, gab er bereits in seinen ersten Reden zu erkennen. Nun hat das sowjetische Zentralkomitee erste Ansätze zu einer Wirtschaftsreform beschlossen. Es handelt sich um „zusätzliche Maßnahmen zur Erweiterung der Rechte von Industrievereinigungen und Betrieben", die in den Bereichen der Schwerindustrie, des Transports, der Elektronik sowie in einzelnen Unionsrepubliken – bezeichnenderweise auch im Baltikum – in Kraft treten sollen.

Bei näherer Betrachtung muß man allerdings feststellen, daß von einem reformerischen Durchbruch durch die produktions- und effektivitätshemmenden Krusten des Staatsbürokratismus auch jetzt nicht die Rede sein kann. Zwar erhalten die Betriebe gewisse zusätzliche Rechte: Sie dürfen etwa bei der Planung, also gegenüber der zentralen Planbürokratie, mehr mitreden. Das materielle Interesse der Belegschaften – und damit indirekt die Initiative und der Leistungswille – werden stärker angesprochen.

Aber was Andropow *hier* vorlegte, hat mit den vielzitierten und gerade jetzt, anläßlich eines Kadar-Besuches in Moskau, beschworenen „ungarischen Modell" nicht allzuviel gemeinsam. Denn die sowjetischen „Reformer" können sich auch jetzt partout nicht entschließen, Elemente der Marktwirtschaft in ihr ökonomisches Konzept aufzunehmen. Was das ZK also jetzt beschlossen hat, bleibt weit hinter den Plänen des legendären Charkower Nationalökonomen Professor Liberman zurück, der in den sechziger Jahren vergeblich versuchte, die sowjetische Volkswirtschaft durch Marktelemente und Belohnung des Leistungswillens qualitativ auf Trab zu bringen.

Warum kann Andropow, der ja das „ungarische Modell" recht gut kennt und offensichtlich billigt, sich nicht zu tiefergreifenden Maßnahmen entschließen? So sehr man am Gesundheitszustand des Generalsekretärs zweifeln mag – an seiner Intelligenz hat bisher niemand gezweifelt. Wenn jemand einen genauen Überblick über alle Unzulänglichkeiten des sowjetischen Wirtschaftssystems hat, dann ist er es.

Die Vorgänge in Polen und das Heranwachsen einer Generation auch in der Sowjetunion selbst, die höhere Erwartungen gegenüber dem Leben hat und sich mit der Perspektive einer fernen Zukunft im Überfluß des Kommunismus nicht mehr abspeisen lassen will, zwingen die Kreml-Führung zu gewissen Anpassungen. Hier aber setzen bereits die Schwierigkeiten ein: Was in kleineren Ländern möglich und zumindest denkbar erscheint – nämlich die Verlagerung von Kompetenzen, die Freigabe gewisser ökonomischer Prozesse, das Waltenlassen der Marktgesetze –, gewinnt auf dem gewaltigen Territorium der Sowjetunion nicht nur andere Dimensionen, sondern geradezu eine andere Qualität.



Nichts Neues für sie in Andropows *Plänen: Russische Bäuerin*

FOTO: GAMMA/STUDIO X

Das System ist zwar – bislang – außerordentlich stabil, aber zugleich extrem unbeweglich. Niemand will die Verantwortung übernehmen, wenn es um eine grundlegende Umgestaltung bisheriger Gesellschaftsverhältnisse geht.

Dafür gibt es einen einfachen Grund: Wenn es irgendwo in den kleineren kommunistischen Staaten mit etwaigen ökonomischen Experimenten schiefgeht, steht immer noch die Macht der Sowjetarmee bereit, um alles wieder ins Lot zu bringen. Was wäre aber, wenn ein Experiment in der Sowjetunion selbst nicht so verläuft, wie man es sich wünschen möchte? Wer könnte dann noch einen Desintegrationsprozeß aufhalten?

Folglich flüchten die Sowjetführer in den scheinbar bequemsten Ausweg: Kompetenzen werden verlagert, zwischen der Planungsbürokratie und den Betrieben werden neue Dienstwege geschaffen. Den Mut, ins kalte Wasser zu springen, bringt auch ein Andropow nicht auf.

Es mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, aber die sowjetische Wirtschaft wird erst dann richtig funktionieren, wenn Männer wie Andrej Sacharow sich frei bewegen und frei reden können – und wenn alle jene, die aus der Sowjetunion auswandern wollen, das Land verlassen können. Die Erfolge des vielgeschmähten Kapitalismus haben ja nicht nur mit Technologie und Geschäftssinn, sondern mit Freiheit oder zumindest Freizügigkeit zu tun. Aber von dieser Erkenntnis ist man auch im heutigen Moskau noch weit entfernt.

IM GESPRÄCH Gerd Langguth

Lehrzeit als Student

Von Giselher Schmidt

Es ist für ihn gewiß kein Zufalls-Job, auch keine Sprosse auf der Karriere-Leiter. Vielmehr scheint es, daß das Amt eines Direktors bei der Bundeszentrale für politische Bildung für Gerd Langguth maßgeschneidert ist. Für diesen Posten hat der 37jährige Franke aus Baden-Württemberg – der heute noch seinen zweiten Wohnsitz in der Geburtsstadt Wertheim am Main hat – jahrelang trainiert.

Das politische Schlüsselerlebnis hatte Langguth als Bonner Student im Jahre 1968: Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition behinderten gewaltsam die Freiheit der Lehre und des Lernens. Nur ein politischer Studentenverband stellte sich den linksextremen Aktionen entgegen: der Ring Christlich-Demokratischer Studenten. So wurde der evangelisch-christliche Pfadfinder Langguth Mitglied des RCDS. 1969 zog Langguth ins Bonner Studentenparlament ein. Er wurde ebenso Chefredakteur der Studentenzeitung „akut" – aber ein Jahr später von einer linken Parlamentsmehrheit abgewählt.

Doch dann wurde er RCDS-Bundesvorsitzender und hielt es dort – einmalig in der RCDS-Geschichte – vier volle Jahre aus. Dabei verkam er nicht zum Gschaftelhuber, sondern trat mit mehreren Publikationen über die Protestbewegung hervor. Darüber promovierte er auch 1975 bei dem Bonner Politik-Ordinarius Hans-Adolf Jacobsen.

Anschließend übernahm Langguth die Leitung eines Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung und einen Lehrauftrag für Soziologie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Stuttgart. Auch in der CDU hat er rasch Karriere gemacht. Von 1971 bis 1977 gehörte er dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1975 bis 1981 war er Vorsitzender der Jungen Union in Baden-Württemberg. 1976 schlug er im Wahlkreis Esslingen den hochkarätigen Gegenkandidaten Volker Hauff mit dreiprozentigem Abstand. Als MdB leitete Langguth jenes 22köpfige Kuratorium, das die Bundeszentrale für politische Bildung zu kontrollieren hat. Deswegen war es für ihn nicht schwer, nach der gelungenen Revanche von Volker Hauff – bei der Bundestagswahl von 1980 – die Bank zu wechseln. Im Sommer 81 wurde Langguth einer der drei Direktoren bei der Bundeszentrale.



Politische Bildung ist sein Hobby: Langguth FOTO: JAN KÖHLER-KAESS

Die parteipolitische Aktivität trat nun in den Hintergrund. Langguth begnügt sich mit unverfänglichen Funktionen wie der eines Vorsitzenden des RCDS-Freundes- und Fördererkreises. Doch die literarische Produktivität ist nicht versiegt. Erst jüngst erschien als Herder-Taschenbuch „Jugend ist anders – Porträt einer jungen Generation".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung kommentiert den Streikaufruf des IG-Metall-Funktionärs Steinkühler:

Das konnte der Stuttgarter IG-Metall-Gewaltige Franz Steinkühler wohl nicht mit ansehen: Die böse Saat des saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine vom Mai drohte zu verkümmern! Der Vollzug des auf demokratische Weise zustandegekommenen NATO-Doppelbeschlusses soll durch Widerstand in den Betrieben verzögert oder, wenn möglich, ganz zu Fall gebracht werden. Trotz der dankenswert deutlichen Absage der Gewerkschaftsspitze an den verfassungswidrigen politischen Streik mag sich Steinkühler nur schweren Herzens von dieser „Keule" trennen, zumal er sich im Umgang damit wesentlich geschickter glaubt als der Wortradikalist von der Saar. Der Stuttgarter Gewerkschafter tarnt denn sein Vorhaben auch hinter den verharmlosenden Begriffen „Warnung" und „Arbeitspause", vermag jedoch damit nicht zu verbergen, daß er die gleiche politische Zeitbombe wieder scharfmachen möchte, die sich unter den Händen des Saarbrücker Genossen glücklicherweise bis jetzt als Blindgänger erwiesen hat.

Lübecker Nachrichten

Zur SPD-Kritik an der Sozialpolitik heißt es in der Zeitung:

Der Ton, in dem Anke Fuchs ihre Kritik an der jetzigen Sozialpolitik vorbrachte, läßt befürchten, daß nicht nur wegen der Raketen, sondern auch wegen der Sozialpolitik ein „heißer Herbst" bevorsteht. Im Bundestag haben die Sozialdemokraten zwar auch mit Unterstützung der Grünen keine Mehrheit. Aber sie werden offenbar nichts unversucht lassen, außerparlamentarische Kräfte gegen die Regierung Kohl zu mobilisieren – Gewerkschaften und Verbände.

Eßlinger Zeitung

Zu Strauß in der „DDR" heißt es in dem Blatt:

Die Behauptungen des CSU-Vorsitzenden Strauß von den gewaltigen Verbesserungen an der innerdeutschen Grenze als Folge des Milliardenkredits sind mit Vorsicht zu genießen, da sie jederzeit widerrufen werden können, und in der Frage des Zwangsumtausches hat auch der Bayer nichts bewegt. Gewiß – man kann Strauß oft politische Aktivitäten weder verwehren, noch abstreiten, daß er vermutlich zur Klimaverbesserung dadurch beigetragen hat, daß er sich in den Augen Honeckers selbst „entschärfte". Aber im nüchternen Licht des politischen Alltags wird Strauß bald wieder kleinere Brötchen backen müssen.

DARMSTÄDTER TAGEBLATT

Zu Handlos meint die Zeitung:

Die Hitze scheint auch an Politikern aus dem Bayerischen Wald nicht spurlos vorüberzugehen. Denn gleichzeitig mit seinen Parteiplänen gesteht Handlos seine Befürchtungen ein, er werde eine Bauchlandung" machen und vielleicht sogar in die CSU zurückkehren, wenn sie unter einem anderen Vorsitzenden stehe. Neben der „Vierten Partei" Kreuther seligen Angedenkens noch eine fünfte sich auszudenken und dazu noch Namen wie den Waffen-SS-Autor Schönhuber als Referenz zu nennen, stellt dem früheren Strauß-Fan Handlos ein denkbar schwaches politisches Zeugnis aus.

LES ECHOS

Mit dem iranisch-französischen Verhältnis angesichts der verstärkten französischen Waffenlieferungen an den Irak befaßt sich die Pariser Wirtschaftszeitung:

Nichts geht mehr zwischen Frankreich und Iran. Unter der Anklage, im iranisch-irakischen Krieg auf der Seite Bagdads zu stehen, droht Frankreich eine Unterbrechung seiner Erdöllieferungen aus jener in vieler Hinsicht heißen Region des Persischen Golfes. Es stimmt, daß Paris viel in Irak investiert hat. . . . Aber die Zeiten sind hart und das Geld wird knapp. Iran schuldet Frankreich immer mehr, obwohl die Schulden jetzt mit Öl bezahlt werden. Frankreich, aus Angst, im Falle einer irakischen Niederlage alles zu verlieren, muß *immer mehr* einsetzen. So wurde sogar beschlossen, Irak fünf „Super-Etendard" zu „leihen".

Von Tongking zum Fonseca-Golf ist es ein weiter Weg

Reagans Flotte vor Nicaragua und die pessimistischen Demokraten / Von Heinz Barth

Lange haben uns die Kritiker der Mittelamerika-Politik Ronald Reagans darauf warten lassen, ihm das unheildrohende Beispiel der Tongking-Entschließung vorzuhalten. Wir hatten geradezu etwas vermißt, solange der geopolitische Genius, der in den Säulenhallen des Washingtoner Kapitols nistet, nicht zu seiner gewohnten Form auflief. Wo blieb sie nur, die Klippschüler-Analogie, die den selbstverständlichen Schutz amerikanischer Lebensinteressen in der Isthmus-Region mit dem umstrittenen Schnellboot-Zwischenfall in jenem fernöstlichen Gewässer gleichsetzen würde, den Lyndon Johnson als Vorwand für die Eskalation des fernen Vietnamkrieges benützt hatte?

Seien wir beruhigt. Es ist soweit. Wieder kreuzt eine US-Flotte in unruhigen Gewässern. Macht nichts, daß der Golf von Fonseca ein wenig näher liegt als der Tongking-Golf. Wieder hält es ein Präsident für seine Pflicht, durch militärische und diplomatische Maßnahmen den Profis der Weltrevolution entgegenzutreten, denen es nicht um die Not unwissender Massen, sondern um ihre Ausbeutung für machtpolitische Zwecke geht.

Die Blockade der zentralamerikanischen Küsten signalisiert, daß Reagan Ernst mit der Kontrolle der massiven kubanischen Lieferungen von Kriegsmaterial an das Sandinisten-Regime Nicaraguas macht. Der Entschluß des Präsidenten, die Wurzeln der Krise anzupacken, blieb offenbar nicht ohne Eindruck auf die Comandantes. Ähnliche Wirkung hinterließ auch die verstärkte Hilfe für die Anti-Sandinisten in El Salvador und Honduras durch bessere Waffen und mehr Ausbilder.

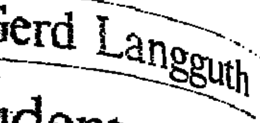
Es ist die einzige Sprache, die von den Comandantes verstanden wird, die gewohnt sind, nur auf die unartikulierten Töne zu hören, die aus der Mündung der Gewehre kommen. Einen Grund muß es schon haben, daß sie sich plötzlich am amerikanischen Vorschlag interessiert zeigen, über den Konflikt nicht bilateral und unter Guerrilladruck mit den Nachbarn Nicaraguas, sondern vor einem regionalen Forum, also unter Einschluß der Contadora-Gruppe, zu verhandeln.

Da man echte Verständigungsbereitschaft von ihnen nicht erwarten kann, bleibt nur der Schluß, daß sie ihre militärische Situation nicht mehr für so aussichtsreich halten wie in der Anfangsphase ihres Expansions-Abenteuers. Internationales Konferenz-Blabla, bis sich die aufgebrachten Gemüter in Washington wieder beruhigt haben, scheint für sie, um Zeit zu gewinnen, das im Augenblick vordringliche Bedürfnis zu sein.

In jedem Fall ist der Weg, der vor Richard Stone, Reagans Chef-Vermittler, liegt, windungsreicher als die überwachsenen Dschungelpfade Lateinamerikas. Man begreift, warum Henry Kissinger, soeben zum Koordinator einer überparteilichen Kommission ernannt, sich nicht so tief ins Gestrüpp wagen möchte. Er will sich lieber mit den tieferen Ursachen der Krise als mit ihrer aktuellen Problematik befassen. Das ist eine gewaltige Bestellung, die das Weiße Haus bei ihm aufgegeben hat.

Für Kissinger kehren die Zeiten seiner nahöstlichen Shuttle-Diplomatie nicht wieder. Das duldsame Temperament, um die Weitschweifigkeit, die pompöse Beredsamkeit und die barocke Argumentation der Hemisphären-Politiker ertragen zu können, ist ihm nicht geschenkt. Trotzdem ist es zu begrüßen, daß dieser Ruf des Präsidenten an ihn erging. Daß es ausgerechnet dem Nicht-Intellektuellen Reagan aufgegeben war, ihn wieder ins Spiel zu bringen, schreit geradezu nach der Feder eines Satirikers. Kissinger ist der einzige weit und breit, der den Amerikanern beibringen könnte, daß ihnen Spenglerischer Pessimismus, Realpolitik und andere unamerikanische Eigenschaften nicht so schlecht bekommen würden, wie sie immer befürchtet haben.

Sie scheinen dafür allmählich reif zu werden. Anders ist die Leichtigkeit kaum zu erklären, mit der Reagan die Zustimmung zu den Cruise Missiles durch den Kongreß navigierte. Anders wäre es auch nicht zu verstehen, warum die kindlichen Vergleiche zwischen Tongking- und Fonseca-Golf auf dem Kapitol nur noch bei den ganz Ahnungslosen ein Echo finden. Von einem Wortführer der Minderheit, die im Repräsentantenhaus gegen die Mittelamerika-Politik des Präsidenten aufsteht, hörte man dieser Tage das Geständnis, dieser Kampf gegen einen Ronald Reagan sei nie zu gewinnen. Wer immer nächstes Jahr bei der Präsidentenwahl gegen ihn antreten wird, ist nicht zu beneiden.





Die Luftwaffe wird mit ihrer Phantom ausgekurvt

Das Projekt heißt Jäger 90. Mit ihm soll der Schwachpunkt in der deutschen Luftverteidigung beseitigt werden: die Phantom, die im Luftkampf an Wendigkeit nicht mithalten kann. Gesucht wird der Jäger für das Jahr 2000 und weit danach.

Von A. BÄRWOLF

In einer schäbigen Baracke auf der Bonner Hardthöhe ringen deutsche Generalstabsoffiziere mit den Widrigkeiten des heißesten Zukunftsprojektes der Luftwaffe. TKF 90 hieß die Formel, nach der in den 90er Jahren ein neuer taktischer Jäger die Rolle der hoffnungslos veralteten F 4F Phantom übernehmen sollte.

Doch der technologische Sturm, die Ungewißheiten über die gegnerischen Initiativen sowie der immer schmaler werdende Grat zwischen steigenden Kosten der neuen Waffen und zur Verfügung stehenden Geldmitteln haben das Projekt mehr und mehr vernebelt. Nun haben unlängst die Offiziere mit den roten Biesen an den Luftwaffenröcken in der mickrigen Bonner Baracke das Signal gegeben, das Projekt TKF 90 in das Projekt Jäger 90 umzutaufen. Damit hebt sich der dichte Bodennebel, der die Sicht behinderte. Es taucht ein futuristisches Flugzeug am Horizont auf, das kompromißlos als Jäger ausschließlich die Luftverteidigung sichern soll. Ein Jäger wird wieder ein Jäger, und der unpassende Namensmantel „Kampfflugzeug" wird abgelegt.

Die neue deutsche Luftwaffe, einst mit 900 Starfightern die mächtigste am europäischen Himmel, ist mit der Phantom in der reinen Luftverteidigung nach zehn Jahren Betrieb an einem Punkt angelangt, in dem sie total ausgekurvt wird. Die viel moderneren Maschinen viel kleinerer Luftwaffen, etwa die der Belgier, sind der deutschen Version F 4F der amerikanischen Phantom trotz deren Vorflügel und anderen Raffinessen nach Belieben im Kurvenkampf überlegen. Die Kondensstreifen am Himmel (siehe Foto) sind bei Manövern ein schockierendes Zeugnis. Die F 16 aus Texas oder die F 18 aus Hawthorne und St. Louis hängen der Phantom aus demselben Werk am Mississippi schneller am Schwanz, als es den Planern der westlichen Verteidigung lieb ist.

Denn die Sowjets schicken sich an, mit ihren Zukunftsmodellen der MIGs die gleichen operationellen Fähigkeiten zu erlangen. Schon schießen die Russen nach oben und unten, was nur mit einem ausgeklügelten Radar-Feuerleitsystem möglich ist. Mehr als 70 Prozent des Flugzeugbestandes im Warschauer Pakt zählen zur dritten Generation fliegender Waffensysteme. Die Bordradars können Luftziele weit außerhalb der visuellen Reichweite in mehr als hundert Kilometern Entfernung auch aus überhöhten Positionen und gegen den Erdhintergrund erfassen.

Es gibt keinen Zweifel: Die taktischen Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes haben in den letzten Jahren nachhaltige Verbesserungen erfahren. Bei annähernd unverändert hohen Stückzahlen konnte die Qualität der Jäger, ihrer Bewaffnung und Elektronik erheblich gesteigert und westlichen Leistungsstandards angeglichen werden. Besonders die Mikojan-Entwicklung eines mittelschweren taktischen Jägers der F 18-Klasse macht den Bedarf nach einem Phantom-Nachfolger mit kompromißloser Betonung der Jagdrolle deutlich.

Jagdflugzeuge sind bei der galoppierenden Entwicklung der Technik so teuer geworden, daß man heute bei den Preiskalkulationen in Kilogramm Flugzeug rechnet. Ein Kilogramm Jagdflugzeug 90 kostet heute 6000 Mark. Planer und Techniker sind sich ziemlich einig, daß ein solches Flugzeug unterhalb der 10 000-Kilogramm-Grenze liegen kann. Für die Geldgeber bedeutet die Kilo-Rechnung, daß eine einzige Maschine 60 Millionen Mark kosten würde. Die deutsche Luftwaffe benötigt zwei Millionen Kilogramm Jäger 90.

Nach den Vorstellungen der Luftwaffe muß der Jäger 90 die Einsätze des neuen Waffensystems Tornado in der Tiefe des Raumes sichern. Er muß Allwetter-Kampffähigkeit über kurze und mittlere Lenkflugkörper-Reichweiten im Luftverteidigungseinsatz besitzen. Diese Fähigkeit hat die Phantom im Luftkampf nicht.

Weiter fordert die Luftwaffe: Der Jäger 90 muß im Geschwindigkeitsband von niedrigen Unterschall- bis zu hohen Überschallgeschwindigkeiten, im Höhenbereich von sehr geringen bis zu großen Höhen und mit großer Waffenzuladung für den Jagdeinsatz über eine hohe Wendigkeit verfügen. Dies erfordert enge Kurvenradien, hohe Wendeleistung zur schnellen Richtungsänderung über große Winkel, großes Steigvermögen in allen Einsatzhöhen, hohe Belastbarkeit der Flugzeugstruktur, schnelles Beschleunigungs- und Verzögerungsvermögen, eine dem Abfluggewicht entsprechende und das Kampfgewicht übersteigende Schubleistung, ein günstiges Verhältnis von Fluggewicht zu tragender Fläche.

Die Manövriereigenschaften müssen nach den Wünschen der Luftwaffe die Wendigkeit der Phantom deutlich übertreffen und sollen mindestens den Flugleistungen heutiger Jagdflugzeuge wie der F 15, F 16 und F 18 entsprechen, um im Nutzungszeitraum zukünftigen sowjetischen Neuentwicklungen gewachsen zu bleiben.

Schon heute müßte die Phantom, die mit der Technik der 50er und 60er Jahre gebaut wurde und in der der heute weit über fünfzigjährige Astronaut John Young einmal Steigzeitweltrekorde eroberte, abgewrackt werden. Die Phantom ist mit ihrer plumpen Zelle aerodynamisch veraltet, mit ihren stark rauchenden Triebwerken ist sie im Antrieb veraltet. Sie ist im Verhältnis von Schub zu Gewicht veraltet, ebenso in der Elektronik.

John Young ist seit dem Tag, an dem er die Phantom in Point Mugu an der kalifornischen Küste im Rennen gegen die Uhr in den Himmel zog, fünfmal in den Weltraum vorgestoßen. Und er bereitet sich darauf vor, zum zweiten Mal das amerikanischem Raumflugzeug zu besteigen, das mit 18 000 Stundenkilometer in der oberen Atmosphäre S-Kurven fliegt. So schnell ist die Zeit vorangeschritten, und so veraltet ist die Phantom. Doch die Bonner Kassen bestimmen den Gang der Technik. Vor 1993 ist kaum mit Indienststellung des Jägers 90 zu rechnen.

Welche Lösungen bieten sich den Offizieren in der Baracke auf der Hardthöhe? Die Palette reicht von Fertigkäufen marktverfügbarer Jagdflugzeuge (F 16, F 18, F 20, Mirage 2000) über Weiterentwicklungen (F 16 E, F 18-L) bis zu Teilneuentwicklungen (Integrationsprogramm) oder Neuentwicklungen (N/D 102, ACX, ACA). Bei den Neuentwicklungen bieten sich Kooperationsmodelle von Partnern an, die zur selben Zeit für die gleiche Einsatzrolle einen dringenden Bedarf haben.

Die Luftwaffe wird auf Partner warten und dabei eine Jägergeneration überspringen müssen. Die Zukunft im Jägerbau spielt mit neuem Vokabular: „Delta-Canard-Konfiguration", „künstliche Stabiliät", „direkte Kraftsteuerung", „höhenleitwerklose Nurflügler", „Trokkenschubkonzept", „CFK-Technologie".

Wichtig ist, daß von Bonn aus jetzt die Fäden in die Zukunft gespannt werden, damit die Kondensstreifen eines Luftwaffenjägers Mitte der 90er Jahre und weit bis in das nächste Jahrhundert hinein im Luftkampf innen liegen.

Beweis in Kondensstreifen: Die wendige F-16 (innen) im Kurvenkampf mit der unterlegenen Phantom FOTO: DIE WELT



Grüße und Bitten an den ehemaligen Buhmann der „DDR"-Medien: Franz Josef Strauß in Dresden FOTO: DPA

In der grüßenden Hand steckt der Zettel mit dem Hilferuf

Mit seinen neuen ostpolitischen Akzenten hat Franz Josef Strauß hierzulande manche Kritik auf sich gezogen. Viele Menschen, denen er in den letzten Tagen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen begegnete, schienen mit seinem Besuch jedoch die Hoffnung auf mehr Zueinander unter den Deutschen zu verbinden.

Von HANS-R. KARUTZ

Der Mann, der Erich Honecker die dringend benötigte Milliarde als „Überbrückung zum Lebensunterhalt" besorgte, wie er einem Dresdener sagte, sammelte in seinen 72 Stunden auf „DDR"-Boden Sympathien und Briefe, schriftliche Hilferufe von Bedrängten. Was vielleicht 200 000 Ausreisewillige mit jahrelang schmorenden Anträgen in der „DDR" gern selbst getan hätten, gelang gut zwei Dutzend – dem „Herrn Ministerpräsidenten", wie ihn jeder respektvoll anredete, das eigene Bittgesuch zuzustecken.

Denn nach den brutalen Szenen in Dresden, bei denen die Stasi-Trupps demonstrierten, was erst recht ohne Straußens Gegenwart geschieht, kam die Order von der „DDR"-Spitze: Bahn frei für den Gast, dessen atemberaubende Wendemanöver in Richtung Pragmatismus die SED nicht ohne Not stören wollte. So hielt sich die „Firma" mit ihren Mitarbeitern aller Altersstufen – vom stoppelbärtigen Invaliden bis zum 19jährigen Junior – am zweiten Tag der Strauß-Reise durch die Provinz erkennbar zurück.

„Helmut Kohl war einmal ganz privat bei uns"

Am Morgen nach dem Gewaltzwischenfall in Dresden drückte ihm eine junge schwarzhaarige Frau auf dem Burgberg zu Meißen den ersten Zettel in die Hand. Eng zusammengefaltet und schmal, daß die Botschaft gerade eben beim Händedruck zwischen Daumen und Zeigefinger paßte. Ein Mann übergab ihm, ebenfalls unbelästigt, seinen Brief mit den Worten: „Damit er nicht in unrechte Hände gerät ..." Bei anderen Wünschen, gleichsam aus der Mitte des Volkes, sollte Strauß schon konkretere Hilfe leisten. Ein Invalide drang zu ihm durch: „Ich bin nervenkrank, brauche ein bissel gute Luft, Bayern wäre gut." Strauß bot Vermittlungsdienste bei einem Sanatoriumsaufenthalt an: „Vier Wochen vielleicht, ich will mich bemühen", gab er dem von Straußens Seite weichenden Herrn als Trost mit auf den Weg.

Vor dem gotischen Prachtbau des Doms hieß ihn Küster Stephan Nierade mit Worten willkommen, die das Herz des Bajuwaren wärmten. Im Zeichen der „sächsisch-bayerischen Freundschaft" wolle er ihn durch den mächtigen Bau führen.

Als Schulbub mit dem Fahrrad nach Dresden

Der Gast folgte hier Spuren, auf denen schon andere Prominenz gewandelt war. „Helmut Kohl war einmal vor Jahren mit seiner Frau ganz privat bei uns. Sie haben wohl auch in Dresden Verwandte. Ein bißchen kurios war es damals schon, daß unser Küster seinerzeit ausgerechnet Schmidt hieß", erinnert sich eines der „Schloßfräuleins" aus der Schar der Führerinnen in diesem evangelischen Gotteshaus.

Auch in das Spiel der Orgel, erst 16 Jahre alt und aus volkseigener Bautzener Werkstatt, mischen sich übergreifende deutsche Traditionen: „Ich spiele Ihnen von Franz Lachner, einem Bayern, den der Sachse Richard Wagner damals aus München verdrängte, das Adagio in f-Moll", kündigt Kantor Andreas Weber an.

Ein Piano streift über die Kirchenbänke, in denen auch die „Firma" wieder ihre Sendboten verteilt hat. Dann läßt der Mann am Orgelpult sämtliche Register arbeiten – mit Johann Sebastian Bachs Variationen über „Wer nur den lieben Gott läßt walten ..."

Wie so häufig in diesen Tagen bringt Marianne Strauß, die Kunstsinnige, den Hausherrn in gelinde Verzweiflung, als sie die Erklärung der Kunstwerke in eigener Regie übernimmt. Kaum hat der gute Mann damit begonnen, am Flügelaltar von Lucas Cranach dem Älteren die Szene zu deuten, in der Jesus der „Anstiftung zum Frieden" angeklagt ist und daraus auf die Probleme der Menschen folgert, die sich schon früher für den Frieden einsetzten, als Frau Strauß unterbricht: „Nein, nein, da irren *Sie sich. Hier geht es um die Erlösung* – der Tod nicht als Ende, sondern als Krönung des Lebens."

Strauß nimmt eher die historische Dimension einer deutschen Landschaft gefangen, die er ein einziges Mal noch als Schulbub durchmaß: „1934 bin ich mit dem Radl von München erst nach Bayreuth und am andern Tag nach Dresden weiter", hatte er schon im Zwinger erzählt.

Vor der Albrechtsburg, dem genialen Werk des Albrecht von Westfalen, beeindruckt ihn das „europäische Baudenkmal von nationaler Bedeutung". In einer kleinen Skulpturensammlung moderner Künstler, die sich in einem Raum dieser Residenz befindet, in dem das „weiße Gold" des Porzellan-Magiers Johann Gottfried Böttcher seine Geburt erlebte, steht ein schmuckloser Kubus mit einem Wort von Rainer Maria Rilke. Es gewinnt in dieser Stunde unversehens seinen eigenen Sinn: „Plötzlich sind es die Flügel, die uns erheben über das mühsame Land / da wir noch weinen um die zerschlagenen Krüge / springt uns der Quell in die eben noch leereste Hand." Wie voll, wie leer sind die Hände des Franz Josef Strauß auf jener Fahrt in die „terra incognita"? Zu jener Stunde jedenfalls, weiß es niemand.

Draußen unter der breitschattigen Linde im Burghof nestelt ein Arbeiter aus dem fernen Coswig (Elbe) plötzlich an seiner Aktentasche (dem wichtigsten „DDR"-Utensil überhaupt) und reicht Strauß eine Flasche vom seltenen Elbtal-Wein. Er wächst an den mild klimatisierten Hängen von Meißen. „Traminer – woher kennen Sie meine Schwäche?", fragt Strauß. „Ach, eigentlich dachte ich ja, Sie sind Biertrinker", gibt der *edle Spender zu.*

Autogramme auf 50-Mark-Scheinen

In Naumburg muß Strauß seinen grünen Kunststoffstift zücken, um alles mögliche mit einigen netten Worten für Passanten zu beschreiben. 50-Mark-Scheine („Den gäb ich nu nich mehr aus"), Scheckformulare, einen Zettel mit Diabetiker-Vorschriften, Familienfotos – alles muß herhalten. Frau Marianne hilft: „Franz, willst auf meinem Buckel schreiben?"

In Weimar durcheilt die Truppe, von der hier im Tal der lieblichen Ilmenau niemand etwas ahnt, die Stätten der Klassiker. Am Frauenplan und im Schillerhaus hängt noch die Hitze dieses Tropentages in den Räumen. Strauß überfliegt *Schillers unsterbliche Oden-Sätze* „... alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt".

Eines vergaßen wir Journalisten: zu fragen, ob Strauß eigentlich Mindestumtausch entrichten mußte. Aber nein, der entfällt ja, wenn es sich um eine Dienstreise mit Privat-Anhängsel handelt.

Arzneien: Gerangel an der Preisfront

Kommen die Arzneipreise ins Rutschen? Da gibt es nicht nur Billigimporte, die auf dem Pharma-Markt Bewegung auslösen könnten, sondern auch die Nachahmung bekannter Mittel nach Ablauf des Patentschutzes.

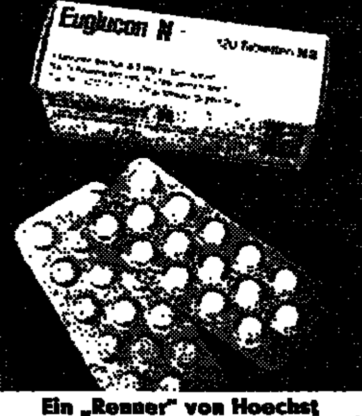
Von ALBERT MÜLLER

Das Beispiel ist taufrisch, und es betrifft das Mittel mit dem höchsten Anteil an Arzneiaufwand der Krankenkassen: „Euglucon 5", ein Antidiabetes-Präparat, das seit gestern nicht mehr unter Patentschutz steht. Produzenten dieses größten „Renners" sind die Pharmagiganten Boehringer/Mannheim und Hoechst.

Die Krankenkassen kostet allein dieses Präparat, eines unter Zehntausenden, jährlich 300 Millionen Mark. Kämen die Nachahmer zum Zuge, so würde, wie die Krankenkassen sich ausgerechnet haben, allein an dieser Stelle die Hälfte einzusparen sein.

Etwa 600 000 Patienten werden heute regelmäßig mit oralen Antidiabetika behandelt. Und Euglucon ist relativ teuer, damit verglichen sind die Produkte der Nachahmer bestechend preiswert. Euglucon 5 nimmt am Markt zur Zeit den Platz von etwa drei Vierteln aller oralen Antidiabetika ein. In einem Auskunftsbegehren ermittelt das Kartellamt gegen die beiden Hersteller wegen des Verdachts des Preismißbrauchs. Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat dieses Begehren mittlerweile im Grundsatz für rechtlich zulässig erklärt, nachdem Boehringer/Mannheim und Hoechst dagegen Beschwerde eingelegt hatten.

Für das Kartellamt besteht bei Euglucon 5 eine Kluft zwischen Herstellerkosten und Fabrikabgabepreis: Die Herstellerkosten einer 120-Tabletten-Packung mit 3,5 mg Wirkstoff pro Tablette betragen drei Mark, der Fabrikabgabepreis 37,27 Mark, wobei der Anteil der reinen Wirkstoffkosten bei 23 Pfennig liegt.



Ein „Renner" von Hoechst FOTO: WERNER SCHÜRING

Ist das richtig, dann würden die an den Preispranger gestellten Firmen bei Wirkstoffkosten von einem Prozent und Gesamtherstellungskosten von 8 Prozent einen mutmaßlichen Gewinn nach Abzug aller Kosten einschließlich der für Forschung und Arztinformation in Höhe von 70 bis 80 Prozent des Fabrikabgabepreises erzielen. Eine Entscheidung des Kartellamts darüber, ob die „Euglucon"-Produzenten ihre marktbeherrschende Stellung mißbraucht haben, wird wohl nicht vor Ende des Jahres zu erwarten sein.

Die Entwicklung trifft die beiden Giganten nicht unerwartet. Schon im Mai vorigen Jahres starteten sie vorsorglich ihren Gegenzug: Den Ablauf des Patentschutzes im Juli *1983 vor Augen, traten sie mit dem* Präparat „Euglucon N" auf den Plan. Es soll sich durch besondere Vorteile auszeichnen. Für dieses Präparat wurde denn auch ein neuer Teil-Patentschutz bis 1993 erworben. Markterfolg wie bisher schien – trotz Ablauf des Grundpatents – bis auf weiteres gesichert. Alles wurde darangesetzt, die Ärzteschaft durch Pharmaberater auf das neue Euglucon „umzustellen". Dann nahmen die Firmen „Euglucon 5" vom Markt.

Allein, findige Pharma-Unternehmen sind in der Zwischenzeit nicht untätig gewesen. Ohne das neue Patent von „Euglucon" zu verletzen, werden sie nunmehr, nach Ablauf des Substanzpatents, ein Präparat in den Handel bringen, das dem „Euglucon N" exakt entspricht, jedoch zu erheblich niedrigeren Preisen.

120 Tabletten „Euglucon N" kosten nach Lauer-Taxe, der amtlichen Preisliste für die Apotheken, 67,49 Mark. Schon bietet die Firma Ratiopharm die gleiche Packung für 40,36 Mark und die Dura-Chemie ihr „Duraglucon N" für nur 27,50 Mark an – ein Preisunterschied also bis zu 40 Mark. Weitere Firmen sollen angekündigt haben, daß sie nun ebenfalls in den Wettbewerb auf dem Markt der Antidiabetika eintreten.

Die Qual der Wahl hat der verordnende Arzt. Soll er, wie gewohnt, „Euglucon" verschreiben? Oder soll er, dem Wunsch der Krankenkassen entsprechend, dazu beitragen, daß bei diesem Präparat bis zu 150 Millionen Mark eingespart werden? Soll er das den Patienten vertraute „Euglucon" hochhalten oder ein bisher unbekanntes, allerdings gleichwertiges Billigmedikament verschreiben? Muß er das? Kann man ihn dazu zwingen?

Nur zögernd läßt London in den Schulen vom Rohrstock ab

Die Briten stehen am Pranger: Der Europäische Gerichtshof hat die Prügelstrafe an Schulen als Verletzung der Menschenrechte verurteilt. Heute wird London Vorschläge veröffentlichen, wie es dem Urteil gerecht werden will. Die totale Abschaffung des Rohrstocks steht dabei nicht zur Debatte.

Von CLAUS GEISSMAR

In England, dem klassischen Land der Menschenrechte, quält ein meterlanger Stock aus Bambusrohr das Gewissen der Nation. Nach der Diskussion über die Todesstrafe, deren Wiedereinführung das Unterhaus mit großer Mehrheit abgelehnt hat, beschäftigt sich die breite Öffentlichkeit plötzlich mit einem neuen „heißen". Sommerthema: Werden in Englands Schulen täglich die Menschenrechte mit dem Rohrstock geprügelt, oder ist die körperliche Züchtigung von Schülerinnen und Schülern ein Naturrecht von Lehrern, das man nicht aufgeben soll?

Großbritannien ist der letzte europäische Staat, in dem die Prügelstrafe geltendes Gewohnheitsrecht für jeden Lehrer ist. Für einen britischen Lehrer ist es nichts Ungewöhnliches, nicht nur mit dem Rohrstock, sondern auch mit der Faust zuzuschlagen. Gerade das hat jedoch der Europäische Gerichtshof als Menschenrechtsverletzung gebrandmarkt.

Der Straßburger Gerichtshof kann sich nie abstrakt über einzelne Gesetze oder geltendes Gewohnheitsrecht äußern. Er braucht konkrete Einzelfälle, um Menschenrechtsverletzungen festzustellen. Ein entsprechender Fall kann dann allerdings Präzedenzcharakter annehmen und damit das betroffene Land zu Rechtsänderungen zwingen. Genau das ist im letzten Jahr geschehen. Mit einem Stimmenverhältnis von 6:1 – der britische Richter Sir Vincent Evans stimmte dagegen – gaben die Straßburger Richter den Klagen der schottischen Mütter Grace Campbell und Jane Cosans statt. Ihre Söhne Gordon und Jeffrey waren mit blauen Flecken nach Hause gekommen.

Jeffreys „Missetat": Er bestand darauf, seinen Nach-Hause-Weg durch ein paar Schritte über einen Friedhof abzukürzen. Weil dafür der Rohrstock als rechtsgültig verbindliche Schulstrafe angekündigt wurde, versäumte der 16jährige die letzten acht Monate seiner Schulpflicht. Der Europäische Gerichtshof bescheinigte dem britischen Staat mit seinem Urteil, daß damit Artikel 2 des Protokolls Nr. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt worden sei. Dort heißt es, daß der Staat das Recht der Eltern auf eine Erziehung respektieren muß, die auf die religiösen und philosophischen Überzeugungen der Eltern Rücksicht nimmt. Die beiden Mütter sind erklärte Gegnerinnen der Prügelstrafe.

Für Englands Juristen hatte das Urteil einen fast peinlichen Beigeschmack. Seit Jahrhunderten war England für fast alle kontinentaleuropäischen Staaten das Vorbild bei der Entwicklung der Menschenrechte. Jeder Jura-Student in Europa lernt, daß die englische Magna Charta Libertatum (1215), die Petition of Rights (1628), die Habeas-Corpus-Akte (1679) und die Bill of Rights (1689) Ursprung der modernen Grundrechte in allen europäischen Rechtsstaaten sind. Und ausgerechnet das Mutterland dieser Grundrechte steht nun am Pranger.

In England sind diese historischen Rechtsquellen sogar bis zum heutigen Tage geltendes Verfassungsrecht. Denn in England ist die Verfassung nie kodifiziert worden. Während in der Bundesrepublik diese Grundrechte alle in die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes aufgenommen wurden, gibt es bis zum heutigen Tage keine geschriebene britische Verfassung. Englands Juristen und Gerichte schöpfen bei entsprechenden Fragen aus allen historischen Rechtsquellen, die ihnen in der ungebrochenen eigenen nationalen Geschichte zur Verfügung stehen.

Und für die Prügelstrafe fanden die Juristen dabei einen einfachen „Umweg": Das englische Rechtsdenken geht davon aus, daß alle Lehrer „in loco parentis" handeln, das heißt, sie übernehmen alle natürlichen Rechte der Eltern. Bei der historischen Entwicklung der Menschenrechte ist jedoch bis zum heutigen Tage nie in Frage gestellt worden, daß Eltern ein natürliches Züchtigungsrecht haben, solange es normale Grenzen wie schwere Körperverletzung nicht überschreitet.

Doch vor diese Rechtsvorstellungen hat der Europäische Gerichtshof nun ein Haltesignal gesetzt. Denn wenn es ein Züchtigungrecht der Eltern gibt, dann muß andererseits den Eltern auch das Recht zustehen, sich ausdücklich gegen die körperliche Züchtigung zu entscheiden. Das Urteil hat Erziehungsminister Sir Keith Joseph daher unter Zugzwang gesetzt. Wenn Millionen englische Schüler Anfang September aus den Sommerferien zurückkehren, soll endlich Klarheit bestehen.

Sir Keith wird deshalb heute durch sein Ministerium ein Diskussionspapier veröffentlichen lassen. Als Minister einer konservativen Regierung will Sir Keith Joseph den Rohrstock nicht endgültig verbannen lassen. Der in dem Papier erwähnte Vorschlag, künftig ein *schulisches Zwei-Klassen-System* einzuführen, indem man Schulen mit und solche ohne Rohrstock schafft, gilt mehr als englisch-exzentrisch und dafür in der Praxis nicht durchführbar. Dagegen hat ein anderer Vorschlag gute Erfolgsaussichten, zumal er jener pragmatischen Denkweise entspricht, die den Engländern lieber ist als jede juristische Diskussion: Die Eltern sollen ein für allemal durch ihre Unterschrift auf einem *Zettel verbindlich erklären*, ob ihr Kind körperlich gezüchtigt werden darf oder nicht. Dann sind auch weitere Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof ausgeschlossen.

Denn diese Klagen sind der Grund, warum Sir Keith Joseph handeln muß. Englands „Society of Teachers Opposed to Physical Punishment", werbewirksam abgekürzt „STOPP", hat als Interessengruppe schon 22 Fälle aus dem letzten Schuljahr gesammelt. Sie sind alle reif für eine Klage in Straßburg. In einer Gesamtschule von Leeds sind drei dreizehnjährige Jungen vor den Augen anderer Schüler mit Rohrstockschlägen auf das nackte Gesäß gezüchtigt worden. In Liverpool floß sogar Blut, als zwei Teenager den Rohrstock spürten. Ein elfjähriger, unter Asthma leidender Schüler konnte in Birmingham mehrere Stunden *infolge Luftmangels nicht* mehr sitzen, weil er geschlagen worden war. Der Verband der englischen Schuldirektoren, ursprünglich für die Beibehaltung der Prügelstrafe, hat sich gerade der Aktion von „STOPP" angeschlossen.

In ihrem jüngsten Monatsbericht zitiert die Interessengruppe ein anderes ausländisches Beispiel, wie Kinder auf züchtigende Erwachsene reagieren. Die ganze Welt kannte Bing Crosby als Sänger weicher, *gefühlvoller Lieder. Crosbys Sohn* Gary hat jetzt eine andere Erinnerung an seinen Vater veröffentlicht: Ungezählte Male mußte Gary die Hosen fallen lassen, sich bükken und Schläge mit einem Gürtel ertragen. Der Gürtel war mit Nägeln beschlagen. Es dauerte jeweils zwölf bis fünfzehn Schläge, ehe das Blut kam. Erst dann hörte Bing Crosby auf. Sein Sohn: „Jedesmal habe ich andere Pläne gemacht, wie ich ihn ermorden könnte."

(SAD)

Genscher als Koordinator für Polenhilfe

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich bereit erklärt, im Westen eine koordinierende Funktion für das kirchliche Programm zur Hilfe für die private Landwirtschaft und das private Handwerk in Polen zu übernehmen. Wie gestern aus Bonner diplomatischen Kreisen bekannt wurde, rechnet Genscher damit, daß die polnischen katholischen Bischöfe noch in diesem Jahr mit konkreten Finanzvorstellungen an die Westeuropäer und Amerikaner herantreten werden.

Die Idee des polnischen Episkopats, ein Hilfsprogramm für die Landwirtschaft mit Hilfe westlicher Gelder zu initiieren, war zum erstenmal im Juni 1982 über die deutsche Bischofskonferenz an den Bundesaußenminister herangetragen worden. Genscher hat schon damals spontan sein Interesse bekundet und das Thema seitdem mehrfach innerhalb der Bundesregierung sowie mit den EG-Partnern und mit dem amerikanischen Außenminister George Shultz erörtert. Durch ein positiv verlaufenes Gespräch zwischen Kardinal Josef Glemp und dem polnischen Regierungschef Jaruzelski ist die Aktion nunmehr in ein konkreteres Stadium getreten.

Zunächst hatte den polnischen Bischöfen ein Hilfsprogramm von insgesamt fünf Milliarden Mark vorgeschwebt. Die Vorgespräche haben diesen Rahmen dann auf einen Umfang von schätzungsweise einer Milliarde Mark reduziert, die für folgende fünf Pilotprojekte verwendet werden sollen:

1. Ein Programm zur Bereitstellung technischer Einrichtungen für die Milchproduktion mit regionalen Schwerpunkten;
2. Mittel zur Verbesserung der Wasserversorgung für lokale Selbsthilfegruppen;
3. Förderung des Gemüseanbaus in bestimmten Gebieten;
4. Bessere technische Ausstattung von Kleinbetrieben zur Verhinderung der Landflucht;
5. Landesweite Bereitstellung von Gummistiefeln.

Die für diese Projekte vom Westen erhofften Gelder sollen von einer unabhängigen Stiftung polnischen Rechts verwaltet werden. In Bonn erhofft man sich von dem Programm eine Stärkung der Unabhängigkeit der privaten Strukturen in Polen. Unabhängig davon werden private Paketsendungen weiterhin begrüßt, wenngleich neue Gebührenbefreiungen nicht in Aussicht stehen.

Schnoor kritisch zu Manöverlandung

DW. Düsseldorf

„Nordrhein-Westfalen garantiert grundsätzliche Sicherheit der NATO-Manöver." Das erklärte ein Sprecher des Düsseldorfer Innenministeriums gestern auf Anfrage zu Berichten, daß der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) sich dafür eingesetzt habe, 3000 US-Soldaten während des Manövers „Reforger" im September nicht auf dem Düsseldorfer Flughafen landen zu lassen.

Es sei richtig, bestätigte der Sprecher, daß Schnoor in einem Brief an den Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) zu überlegen gegeben habe, ob es nicht besser sei, die aus den USA kommenden Soldaten auf einem Militärflughafen oder dem militärischen Teil des Köln-Bonner Flughafens landen zu lassen. Wörner habe die Prüfung dieser Frage zugesagt.

In einem Interview mit der „Bild"-Zeitung erklärte der Verteidigungssekretär Peter Kurt Würzbach (CDU) zu diesem Vorfall, daß das Verhalten von Schnoor „einfach unglaublich" sei.

Kriminalbeamte für „Distanzwaffen"

AP, Berlin

In die Auseinandersetzung um die Verschärfung des Demonstrationsrechts und die Einführung von Gummigeschossen für die Polizei hat sich jetzt auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) eingeschaltet. Der BDK-Bundesvorsitzende Ingo Herrmann erklärte gestern in Berlin, daß die Polizei für die Einführung von „Distanzwaffen" sei. Als unerträglich bezeichnete Herrmann, daß bei der gegenwärtigen Diskussion „wieder einmal nur das Wohlergehen und die körperliche Unversehrtheit der Chaoten im Auge behalten werden", obwohl doch sie die Verursacher des polizeilichen Einschreitens seien.

ZDF und Private: gemeinsamer Kanal

DW. Mainz

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und die „Erste Private Fernsehgesellschaft" (EPF) werden im Rahmen des Kabelpilot-Projektes in Ludwigshafen im Januar 1984 auf einem gemeinsamen Kanal senden. Ein entsprechender Vertrag wurde gestern vom ZDF-Intendanten Dieter Stolte sowie Dieter Schaub und Lothar Jettenberger für die EPF in Ludwigshafen unterschrieben.

Stolte bezeichnete diesen Vertrag als „einen Meilenstein in der medienpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland". In einer Erklärung zur Unterzeichnung unterstrich der ZDF-Intendant, erstmalig nähmen ein aus einem regionalen Zeitungsverlag hervorgegangener privater Fernsehveranstalter und eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt die Chance wahr, einen Fernsehkanal im Rahmen eines Kabelpilotprojektes gemeinsam zu nutzen.

Dregger: Die Union befürwortet die Beibehaltung des Waffenmix

In der Bundesregierung bleibt das Konzept für die Genfer Verhandlungen weiter strittig

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Im Gegensatz zur Bundesregierung, in der das Konzept der Behandlung der ballistischen Rakete des Typs Pershing 2 weiterhin strittig ist, wie gestern in der WELT ausführlich dargestellt, befürwortet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit großer Entschiedenheit die Beibehaltung des sogenannten „Waffenmix."

Ihr Vorsitzender Alfred Dregger erklärte das gestern auf Anfrage der WELT. Wörtlich sagte er über die Genfer Mittelstreckenverhandlungen: „Unser Wunschziel ist die Null-Lösung (die Verschrottung aller SS-20- sowie SS-4- und SS-5-Systeme gegen den westlichen Verzicht auf die Nachrüstung überhaupt, die Red.). Sollte sie von der Sowjetunion abgelehnt werden, brauchen wir waffentechnisch und strategisch ein gleichwertiges Gegengewicht zur SS 20. Das ist ohne die Pershing 2 allein mit Marschflugkörpern nicht zu erreichen." Deshalb, so Dregger weiter, „halten wir in Übereinstimmung mit unseren amerikanischen Verbündeten am Waffenmix fest".

Der führende Unionspolitiker unterstrich, der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister hätten diese Position nicht aufgegeben. Dies hätten sie mehrfach versichert. Aus anderen Quellen erfuhr die WELT jedoch, daß ihr gestriger Bericht, in dem es geheißen hatte, Genscher sehe die ballistische Rakete lediglich noch als in den Verhandlungen weggebbares Stück und der Kanzler habe keine eindeutige Position, „Wort für Wort" richtig sei.

Dregger mahnte in der Erklärung gegenüber der WELT alle westlichen Politiker zur Einigkeit und Entschlossenheit. Er sagte: „Je mehr sich die Verhandlungen in Genf dem Abschluß nähern, um so wichtiger werden Einigkeit und Entschlossenheit des Westens. Nur wenn auf sowjetischer Seite daran kein Zweifel besteht, ist ein Kompromiß möglich, der unsere Sicherheit nicht gefährdet. Das atomare Gleichgewicht der Weltmächte in Europa ist für die atomar nicht bewaffnete Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar."

Wie unser Brüsseler Korrespondent berichtet (siehe Seite 1), haben die USA in Genf der Sowjetunion verschiedene Möglichkeiten der Reduzierung der Mittelstreckensysteme zwischen 50 und 450 zur Verhandlung angeboten. Nach Bonner Informationen der WELT sprach sich Bundesaußenminister Genscher für den theoretischen Fall, daß Moskau eine beiderseitige Reduzierung der Mittelstreckensysteme auf 50 akzeptieren würde, dafür aus, dann einen Verzicht auf die Pershing 2 ins Auge zu fassen. Zur Begründung habe Genscher intern erklärt, bei einer so verringerten Systemzahl westlicher Nachrüstung sei es unmöglich, ballistische Raketen und Marschflugkörper nebeneinander zu stationieren. Dem ist in der Koalition sowie von Regierungsexperten sogleich widersprochen worden.

Auch der abrüstungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Todenhöfer, begrüßte die Klarheit, mit der sich die Besondere Beratungsgruppe der NATO (SCG) in Brüssel zur Notwendigkeit des Waffenmix von Pershing 2 und Marschflugkörpern bekannt habe. Der Unionspolitiker unterstrich wie vor Tagen schon abermals die „hohe sicherheitspolitische Bedeutung" dieser Festlegung der Allianz. Damit sei in Brüssel „definitiv klargestellt" worden, daß, solange die SS-20-Bedrohung fortdauert, auf die Pershing 2 nicht verzichtet werden könne.

Regierungssprecher Boenisch erklärte gestern, wer glaube, daß die Bundesregierung nicht zu den in der NATO eingegangenen Vereinbarungen stehe, liege „gründlich falsch". Unter Hinweis auf Kohls Interview mit der „Washington Post" fügte er hinzu, die Bundesregierung wolle in Genf ernsthafte Verhandlungen. Sollte es bis zum Jahresende dabei kein Ergebnis geben, werde Bonn entsprechend den Vereinbarungen stationieren, auch die Pershing 2.

53 Prozent der Bürger sehen politische Wende

Vertrauen zu Kohl ist laut Allensbach-Umfrage gestiegen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Das Gefühl der „Wende" setzt sich nach den Worten von Elisabeth Noelle-Neumann in der Bevölkerung langsam durch. Es hat sich insbesondere zwischen Mai und Juli verstärkt. Gegenwärtig sind nur noch 38 Prozent der Bürger und damit fünf Prozent weniger als vor zwei Monaten der Ansicht, daß auch nach der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Helmut Kohl alles so wie vorher weitergeht. Dagegen sind mit 53 Prozent inzwischen 13 Prozent mehr als noch im Mai der Überzeugung, daß tatsächlich eine Wende in der Politik eingetreten ist. Das geht aus einer jüngsten Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach unter 2000 Bürgern hervor.

Die Meinungsforscher konnten allerdings keinen „Überschwang positiver Empfindungen" ausmachen. Trotz teilweise skeptischer Einschätzungen nach Ausbildungsplätzen, Rentensicherung, Arbeitslosigkeit und sozialer Gerechtigkeit überwiegt jedoch in der Grundstimmung die Ansicht, daß sich die Lage seit dem Bonner Regierungswechsel verbessert hat.

So sehen unter denen, die von einer Wende sprachen, zur Zeit 30 Prozent eine Entwicklung zum Besseren und 15 Prozent zum Schlechteren hin. Gegenüber der Situation vor einem Jahr sind nach der Erhebung für du Zeitschrift Capital heute 37 Prozent optimistischer, aber 27 Prozent pessimistischer gestimmt.

Während fast jeder zweite glaubt, daß sich die Sparsamkeit des Staates gebessert hat, sehen 45 Prozent eine Verschlechterung der sozialen Gerechtigkeit. Auch auf dem außenpolitischen Feld sprechen die Meinungsforscher von einem „deutlich verschobenen Gewicht": So ist für 31 Prozent das Verhältnis zur Sowjetunion und für rund 40 Prozent das zur „DDR" kälter geworden. Dagegen gehen 44 Prozent davon aus, daß sich die Bundesrepublik und die USA nähergekommen seien.

Insgesamt bewerten 45 Prozent der Befragten den Start der neuen Bundesregierung mit gut und 38 Prozent als „nicht so gut". Die Umfrage zeigt auch zunehmendes Vertrauen zu Bundeskanzler Helmut Kohl. Im Juli hatten 59 Prozent von ihm eine gute und nicht einmal jeder dritte keine gute Meinung. Inzwischen denkt auch jeder dritte SPD-Sympathisant nach der Umfrage positiv über Kohl.

Im Gegensatz zu anderen Instituten kommt Elisabeth Noelle-Neumann zu dem Ergebnis, daß gegenwärtig 51,8 Prozent der Wähler für die CDU/CSU und nur 3,5 Prozent für die FDP stimmen würden. Die SPD käme auf 37 und die Grünen auf 6,4 Prozent. So ist auch nur jeder Fünfte der Auffassung, die Liberalen hätten Politiker, „denen man vertrauen kann".

Blockade gegen Ministerien

DW. Bonn

Gegen eine angeblich von der Bundesregierung geführte „Diffamierungskampagne der Friedensbewegung" haben sich gestern deren Sprecher gewandt. Mitglieder des „Koordinationsausschusses", der deren Aktionen im Herbst gegen die Stationierung der Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik organisiert, kritisierten Versuche, „gewaltfreie Aktionen als Gewalt zu brandmarken".

Nach Ansicht von Sprecher Jo Leinen solle auf diese Weise die „Angst der Bürger vor den Atomwaffen umgelenkt werden in eine Angst vor der Friedensbewegung". Leinen erklärte weiter, für „Otto Normalverbraucher" sei die Blokkade einer militärischen Einrichtung nicht Gewalt, sondern allenfalls Behinderung. Ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH), das eine Sitzblockade 1969 strafrechtlich als Nötigung eingestuft hatte, bezeichnete Leinen als „Irrläufer der Rechtsprechung". Recht sei, was die Mehrheit der Rechtsgenossen als solches sehe.

Für den kommenden Oktober kündigte der Koordinationsausschuß, in dem 26 Gruppen der „Friedensbewegung" vertreten sind, sogenannte Volksversammlungen zum Protest gegen die geplante Stationierung an. In Bonn sollen am 21. Oktober die Ministerien für Verteidigung und Entwicklungshilfe den ganzen Tag lang „blockiert" werden.

Waldsterben – Eine Ortsbesichtigung für europäische Umwelt-Experten

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Wald stirbt wirklich. Hohe Beamte der EG-Mitgliedsländer, der Brüsseler EG-Kommission, der Schweiz und Österreichs haben auf Einladung des Bundesinnenministeriums an einer zweitägigen Bereisung ostbayerischer Schadensgebiete teilgenommen. Das aufwendige Unternehmen dient nur dem einen Zweck, die Männer am Steuer europäischer politischer Entscheidungen auf ein gemeinsames Umweltschutz-Vorgehen einzustimmen – angefangen beim noch umstrittenen bleifreien Benzin.

Die Europäer marschieren auf schmalem Trampelpfad steil bergan in der geschädigten ostbayerischen Welt. Nach einer Viertelstunde ist man am „Lichtquell". Hier stehen 150jährige Tannen und Fichten, die vor sechs Wochen noch grün waren, in ungesundem Gelb. Zerrupfte Kronen brechen auseinander. Und die Laubbäume zeigen „Nekrosen" an den Blättern, die braune Ränder haben, so daß mitten im Juli der Wald herbstlich wirkt.

Hans Biebelrieder, der seit 13 Jahren als Forstmann Leiter des Nationalparks Bayerischer Wald ist, nutzt das betretene Schweigen: „Jeder, der das gesehen hat, ist verantwortlich, auch unseren Kindern gegenüber. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Kompromisse mit Naturgesetzen sind nicht möglich – es muß jetzt und sofort gehandelt werden." Und um jeden Zweifel daran auszuräumen, daß es sich um ein europäisches Phänomen handelt, sagt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger: „Es geht hier nicht etwa um den deutschen Mythos ‚Wald'. Das sind echte Schäden, die wir vor ganz kurzer Zeit nur östlich unserer Grenzen kannten, die aber morgen überall in Europa auftreten können."

Von oben gesehen ist alles grün, aber die fünf Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes mit den Gästen tauchen auf einem fast dreistündigen Flug nach Norden bis zum Ochsenkopf im Fichtelgebirge tief hinein in die Lichtungen. Was man da sieht, ist schrecklich. Die ganze Westseite des 1453 Meter hohen Rachel, der höchsten Erhebung des Bayerischen Waldes, ist dicht gesprenkelt mit tödlich grauen Baumleichen, die aus dem unwegsamen Gelände noch nicht einmal weggeholt werden können. Was noch steht, zeigt jene verdächtige hellgrüne Färbung, die dem Fachmann anzeigt, daß es bis zum Exitus nur noch ein paar Wochen, ein paar Monate dauern kann.

Landung im Bereich des Forstamtes Zwiesel. Die Förster haben auf einer Wiese eine Ausstellung gemacht: Baumtod in allen Stadien und von der Kinderstation bis zum Seniorenheim. Die sterbenden Bäume bringen im letzten Stadium noch sogenannte „Angst-Triebe" hervor, kleine grüne Zweige, die völlig unnatürlich auf der Oberseite der Zweige sitzen, und am obersten Ende der Tannen und Fichten werden noch einmal Zapfen in einer Masse hervorgebracht, wie man sie in dieser Gegend noch nie gesehen hat. Es ist, sagt ein Forstmann, als ob die Bäume den Menschen sagen wollten: Sammelt uns ein, zur späteren Aussaat in hoffentlich besseren Zeiten. Norbert Rehbock, Gruppenleiter aus der Forstabteilung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, spricht bereits von „GEN-Bänken" für Baumsamen.

Gerade da, wo die Böden gut und die Wasserversorgung ausgezeichnet sind, sterben die Bäume am schnellsten weg. Viele Erklärungen, viele chemische Formeln, hört man vom „Lichtquell" bis zuletzt zum Schneeberg im Fichtelgebirge. Diesen Eindruck will man den Europäern noch mitgeben: ein Wald, über den das Verhängnis hereingebrochen ist, über die Luft voll Industrie- und Energiewirtschafts-Abgase, wie die Experten an jeder Stelle versichern, halb hausgemacht, zur anderen Hälfte von Osten über die Grenze geweht. Jetzt verstehen die Europäer, was mit dem Wort „dramatisch" gemeint ist, wenn die Deutschen vom Waldsterben sprechen – ein Wort übrigens, was als „le Waldsterben" schon in die französische Sprache Eingang gefunden hat.

Dieser Schneeberg-Wald ist völlig kaputt, über ihn ist zudem noch der Borkenkäfer hergefallen – aber inmitten allen Sterbens stehen Waldarbeiter und zimmern, so wie es das zuständige bayerische Landwirtschaftsministerium anordnete, Schutzzäune, hinter denen unter den wenigen übgriggebliebenen Bäumen aus vergangener Zeit die Neuanpflanzung beginnt. Düngungsprogramme mit einem neu entwickelten Mischdünger, Magnesiakalk als Grundkomponente und Zugaben von Hyperphosphat und Kalimagnesia sollen in den Bayerischen Wäldern helfen.

Das Bundesministerium des Inneren hat den Tag dieser Bereisung gewählt, um ein „Aktionsprogramm Rettet den Wald" herauszugeben. Viel Bekanntes ist da zusammengefaßt zwischen den Spalten „Nationale Normensetzung Luftreinhaltung" bis zur „Öffentlichkeitsarbeit". Besonders wichtig könnte das Wort „Abgabenlösungen" unter den marktwirtschaftlich wirkenden Instrumenten für Luftreinhaltung werden, doch da wird noch nichts weiteres mitgeteilt.

Die Europäer tragen ihre dicken Informationsmappen mit nach Hause. Sie räumen ein, daß sie vorher nicht wußten, wie so ein Waldsterben aussieht. Sie haben unendlich viele Zahlen gehört, divergierende Ansichten, und sie haben trauernde Forstleute neben ihren toten hundertjährigen Tannen gesehen.

Moskaus Atom-Anlagen mangelt es an Sicherheit

Zusätzliche Kontrollen / Ein Minister muß gehen

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Nach dem heftigen Sommergewitter, das die sowjetische Parteiführung zum Thema Atomkraftwerke veranstaltete, ist der Himmel wieder blau: Die kurze, aber wegen ihrer Deutlichkeit alarmierende Erwähnung von Sicherheitsproblemen in den Mitteilungen des Politbüros führte weder in der Presse noch in der Bevölkerung zu einem kritischen Widerhall.

Noch im Juni hatte Professor Styrikowitsch auf einem Energieforum in der Schweiz wohlgemut erklärt, Atomkraftwerke würden in der Sowjetunion als „ökologisch sehr sauber und weniger gefährlich als die Mehrheit anderer Technologien" angesehen; auch die Entsorgung sei problemlos, denn die Menge radioaktiver Abfälle sei um ein Vielfaches kleiner als der Abfall von Kohlekraftwerken. Styrikowitsch, Vorsitzender einer Wissenschaftler-Kommission, die für das Energieprogramm der Sowjetunion zuständig ist, wiederholte damit den offiziellen Optimismus, mit dem im Lande über Kernenergie gesprochen wird.

Drei Wochen später billigte das Moskauer Politbüro aus heiterem Himmel „zusätzliche Maßnahmen zur Hebung der Zuverlässigkeit und Sicherheit von Atomkraftwerken" und fand es „zweckmäßig", ein Regierungsamt zu bilden, das die „gefahrlose Durchführung von Arbeiten in der Atomenergetik" beaufsichtigen soll.

Über den Anlaß dieser Entscheidungen erfuhr die Öffentlichkeit nichts, ebenso blieb völlig im dunkeln, welche Teile der Anlagen sich als unsicher erwiesen hatten und wo das geschehen sei. Immerhin sind erstmals die Worte Atom und Gefahr von höchster Stelle in einen Zusammenhang gebracht worden, und zwischen den Zeilen des Beschlusses konnten die Sowjetbürger, die auf die Wahrnehmung solcher Töne trainiert sind, erstmals die amtliche Andeutung eines Unfalls finden.

Warnende Stimmen, die auf Änderungen im ebenso ehrgeizig wie sorglos betriebenen Atomenergieprogramm drängten, waren zuvor nur spärlich zu vernehmen. Um so mehr fielen die vorsichtigen Ermahnungen des renommierten Physikers Pjotr Kapitsa in der Parteizeitung „Prawda" auf, eine angemessenere Einstellung zur Beseitigung nuklearer Abfälle zu finden. Er selbst schlug damals ihre Lagerung im Weltraum vor. Nach dem Krisenfall im amerikanischen Kraftwerk Three Mile Island sprachen sich zwei sowjetische Wissenschaftler in der Parteizeitschrift „Kommunist" für eine verringerte Zahl von Atomkraftwerken in der westlichen Sowjetunion und für deren größere Entfernung von den Ballungsräumen aus.

Solche Vorschläge, die auch mit der Sorge um den Wasserhaushalt zusammenhingen, fanden kein Gehör. Im gegenwärtigen, bis 1985 reichenden Fünfjahresplan soll die Stromerzeugung in der Sowjetunion um ein Fünftel (auf 1555 Milliarden Kilowattstunden) ausgeweitet werden; mehr als die Hälfte davon wird für die Industrie benötigt. Während dieses Ausbaues soll der Anteil atomarer Anlagen an den Kraftwerken von 5,6 auf 14 Prozent anwachsen; es wird erwartet, daß sie fast 70 Prozent der zusätzlichen Stromerzeugung aufbringen.

Im europäischen Landesteil, schrieb „Sozialistitscheskaja Industria", werden überhaupt keine Wärmekraftwerke mehr gebaut. Hier sollen ausschließlich Atomkraftwerke mit Blockleistungen von jeweils 1000 Megawatt für die Zunahme der Stromerzeugung sorgen.

Seit einigen Jahren zeigen einzelne Bemerkungen in der Parteipresse an, daß die Wirklichkeit des Reaktorbaues weit hinter den Plänen zurückbleibt. Von den acht für 1981 vorgesehenen Anlagen konnten damals lediglich drei begonnen werden. Inzwischen rechnet die Planbürokratie nur noch mit acht neuen Reaktoren während des ganzen Fünfjahresplanes.

Weil die Herstellung der Reaktoren, sowjetischer Vorliebe entsprechend, auf ein einziges großes Werk konzentriert wurde, wirkt sich die Mißwirtschaft im Bauwesen mit voller Wucht auf das Atomprogramm aus. Die „Atommasch" genannte Mammutanlage hat zwar bereits vor fünf Jahren zu arbeiten begonnen, wird aber immer noch ausgebaut. Parallel dazu muß die gleichfalls neu errichtete Stadt Wolgodonsk im Gebiet von Rostow, die „Atommasch" beherbergt, ausgeweitet und vervollständigt werden. Diesen komplexen Anforderungen scheint die Planwirtschaft, die nur auf dem Papier alles unter Kontrolle hat, nicht gewachsen zu sein.

Das Politbüro und eine örtliche Parteiversammlung, die vom Führungsmitglied Dolgich und anderen Spitzenfunktionären beehrt wurde, verhängten über Wolgodonsk ein Strafgericht. Disziplinarmaßnahmen richteten sich gegen „einzelne Minister, Ämter und die ihnen unterstellten Organisationen", weil sie „grobe Verletzungen der Staatsdisziplin" bei Planung und Ausführung der Bauarbeiten zugelassen hätten. Im einzelnen wurden gravierende Qualitätsmängel, Verstöße gegen technologische und Bauvorschriften, sogar die Verwendung fehlerhafter oder unvollständiger Unterlagen festgestellt. Es mußte aber auch gerügt werden, daß diese Verstöße von den Leitungsorganen hingenommen oder gar nicht entdeckt wurden. Wieder einmal hatte ein Minister, der Vorsitzende des Staatskomitees für Bauwesen, Ignaty Nowikow, seinen Platz zu räumen.

Minister und Verleger streiten um „Figaro"-Preis

Was für Delors illegal ist, nennt Hersant parteiisch

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der seit Jahren schwelende Streit zwischen dem französischen Großverleger Robert Hersant, Inhaber oder Mehrheitsaktionär einer Reihe von Provinzblättern und der beiden Pariser Tageszeitungen „Figaro" und „France Soir", und der sozialistischen Regierung ist jetzt offen ausgebrochen. Hersant



„Figaro"-Inhaber Robert Hersant
FOTO: GAMMA/STUDIO X

hatte sich am vorigen Wochenende über eine Anweisung des Regierungsamtes für Konkurrenz und Verbrauch hinweggesetzt, den Einzelverkaufspreis seiner beiden Pariser Blätter „im Interesse der allgemeinen Preismäßigung" auf 3,70 Franc (1,23 Mark) zu beschränken; seit Montagmorgen werden seine beiden Zeitungen an den Kiosken mit 3,80 Franc angeboten, einem Preis übrigens, den die meisten anderen Blätter der Hauptstadt seit langem verlangen.

Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors schlug noch am gleichen Tage zurück und ordnete die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen den Verleger wegen „Anwendung illegaler Preise" an. Sollte die Justiz auf sein Ansinnen eingehen und Hersant vor ein Gericht bringen, riskiert der Verleger Geldstrafen von bis zu 200 000 Franc (70 000 Mark) oder eine Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren.

Das Konkurrenz- und Verbrauchsamt hatte vor allem den Beschluß des Verlegers nichtig gemacht, den Preis seiner ungewöhnlich beliebten Wochenendbeilage „Figaro Magazine" um einen Franc von 10,50 auf 11,50 Franc bei seinem Wiedererscheinen nach der Sommerpause heraufzusetzen. Auch diese Entscheidung hatte es behördlich rückgängig gemacht. Hersant reagierte daraufhin mit der einseitigen Heraufsetzung seiner Tageszeitungspreise. Unter dem Titel „Unannehmbar" schrieb der kampflustige Hersant, von seinen Gegnern „Citizen Cane" genannt, in einem Leitartikel im „Figaro" dazu: „Seit der Übernahme der Regierung durch Leute, die wir alle kennen, habe ich mich an eine dauernde ‚Sonderbehandlung' gewöhnen müssen. Einmal mehr haben Staat und Beamtentum gegen mich Partei ergriffen. Die Maßnahmen, die meine Zeitungen treffen, sind parteiisch und diskriminierend. In einer Demokratie unannehmbar. Folglich habe ich den Preis dieser Zeitung ab heute auf 3,80 Franc angehoben und danke meinen Lesern für ihr Verständnis."

Hersant mag mit seinem Vorwurf, systematisch seit 1981 von den zuständigen Behörden „gesondert behandelt" zu werden, nicht ganz unrecht haben. Seit 1976, also noch unter der früheren Regierung, steht er unter der Drohung einer Anklage, ein im August 1944 nach der Befreiung Frankreichs von deutscher Besetzung erlassenes Gesetz gebrochen zu haben, wonach kein Zeitungsherausgeber mehr als einen Titel in seiner Hand haben darf. Die damaligen Behörden hatten aus der Kollaboration einiger Zeitungsmagnaten mit den Deutschen die Lehre gezogen, daß „Großverleger" eher zu „Landesverrat" neigen als kleine Zeitungsmacher. Außerdem sollte auf diese Weise verhindert werden, daß ein einzelner Verleger einen zu großen Einfluß im Lande gewinnt.

Hersants engster Mitarbeiter, André Audinot, der Verlagsleiter des „Figaro", steht bereits seit dem 20. September 1982 unter der Anklage, das Gesetz vom 26. August 1944 gebrochen zu haben. Stellvertretend muß Audinot für die „Sünden" seines Herausgebers büßen und hat die Öffentlichkeit entsprechend unterrichtet. Daß Hersant und Audinot ihrerseits die gegenwärtige Regierung nicht in ihr Herz geschlossen haben, braucht nicht gesagt zu werden. So schrieb der „Figaro" in einem anonymen Leitartikel: „Weil wir jeden Tag den Franzosen sagen, daß ihre Regierung das Land in den Ruin führt, mag sie uns nicht."

Von gänzlich unerwarteter Seite hat Hersant jetzt Unterstützung erfahren. Die kommunistische Drucker-Gewerkschaft CGT, die Hersant seit Jahren erbittert befehdet, hat davor gewarnt, daß bei einer Verurteilung Hersants wegen der Preiserhöhungen zahlreiche Arbeitsplätze in der Pariser Region gefährdet sein könnten und die Regierung ihre Entscheidung daher noch einmal „überdenken" sollte.

Neue Kämpfe in der PLO. Zahlreiche Tote

AFP/AP, Beirut

Zu neuen schweren Artillerie-gefechten zwischen rivalisierenden Palästinensern ist es in der Nacht zum Mittwoch in Ostlibanon gekommen. Bei den Kämpfen zwischen Gegnern und Anhängern von PLO-Chef Arafat sollen in den vergangenen Tagen 26 Personen getötet und 48 verletzt worden sein. In der Ortschaft Seir Zanoun kam auch ein syrischer Soldat ums Leben, als ein Geschoß in eine syrische Stellung einschlug.

Walid Dschumblatt, Chef der sozialistisch-progressistischen „Partei des Libanon" und Gründer der „Front des Nationalen Heils", ist in Damaskus mit den Chefs der Meuterer in der von Arafat geleiteten Organisation Al Fatah zusammengetroffen. Wie verlautete, wurden Wege zur Stärkung der Beziehungen zwischen Libanesen und Palästinensern diskutiert, um der „imperialistisch-zionistischen Verschwörung" gegen Libanon besser entgegentreten zu können. Dschumblatt erklärte in einem Kommuniqué seine Unterstützung für die „palästinensische Reformbewegung" innerhalb der Fatah, teilte aber gleichzeitig mit, daß er jeglichen internen Kampf innerhalb der Organisation ablehne.

Bulgaren in Rom der Spionage angeklagt

AFP, Rom

Zwei frühere Angestellte der bulgarischen Botschaft in Rom sind gestern in Abwesenheit der Spionage angeklagt worden. Die Anklage kam einen Tag nach der Festnahme von Paola Elia Scricciolo, der Frau des sozialistischen Gewerkschafters Luigi Scricciolo, der seit 18 Monaten in Haft ist.

Die zwei Bulgaren Ivan Tomoff Sontcheff (34) und Simeon Georgieff Diytchnoff (46), die Italien verlassen haben, werden beschuldigt, das Ehepaar Scricciolo veranlaßt zu haben, ihnen vertrauliche Informationen über die Lage in Polen und insbesondere über die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" zu liefern. Scricciolo war bei dem sozialistischen Gewerkschaftsverband UIL für internationale Beziehungen verantwortlich. Er hatte vor zwei Jahren den Italien-Besuch von „Solidarität"-Führer Lech Walesa organisiert. Der Gewerkschafter war aufgrund von Aussagen des früheren Terroristen Antonio Savasta festgenommen worden, der ihn als einen Agenten des bulgarischen Geheimdienstes bezeichnet hatte. Die Namen der beiden jetzt angeklagten Bulgaren waren bereits im Zusammenhang mit dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. genannt worden.

Sri Lanka lockert Ausgangssprerre

AFP, Neu-Delhi/Colombo

Bei den schweren Rassenunruhen in Sri Lanka sind mehr als hundert Menschen, vor allem Angehörige der tamilischen Minderheit, getötet worden, berichtete gestern die indische Presseagentur PTI.

Die jüngsten Unruhen waren am vergangenen Wochenende ausgebrochen, nachdem Tamilen im Norden der Insel 13 Regierungssoldaten ermordet hatten. In der nördlichen Stadt Jaffna wurden 60 getötete Tamilien in die Leichenhäuser eingeliefert. Im Gefängnis der Stadt wurden drei rebellierende Tamilen von Wärtern erschossen. Die Revolte brach aus, nachdem die Tamilen erfahren hatten, daß in einem Gefängnis der Hauptstadt Colombo 35 tamilische Gefangene von Singhalesen ermordet worden waren. Die Regierung von Sri Lanka hat gestern die Ausgangssperre teilweise gelockert.

Pakistan: Komplott gegen Präsidenten

AFP, Islamabad

Eine Verschwörung gegen die Militärregierung unter Präsident Ziaul Haq haben die pakistanischen Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Daraufhin seien Polizei, Armee und die Geheimdienste in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden, teilte Innenminister Mehmud Haroon mit.

Nach seinen Angaben wurden in einer Wohnung in Lahore zwei Sam-7-Luftabwehrraketen entdeckt. Mit einer solchen Rakete war vor anderthalb Jahren ein Anschlag auf das Flugzeug Ziaul Haqs versucht worden, der nur knapp fehlgeschlagen war. Zu der Tat hatte sich die von den beiden Söhnen des hingerichteten ehemaligen Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto gebildete Organisation „Al Zulfikar" bekannt, die von Afghanistan aus operiert.

Demonstration gegen USA in Athen

dpa, Athen

Gegen die amerikanische Militärpräsenz in Griechenland haben in Athen rund 30 000 Menschen protestiert. Auf Spruchbändern und in Sprechchören forderten sie die griechische Regierung auf, das Mitte Juli mit den USA vereinbarte Stützpunkt-Abkommen nicht zu ratifizieren.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Kreiskys Politik rächt sich mit hohen Defiziten und Schulden

Höhere Steuern sollen Krise überwinden helfen / Konjunkturaufschwung nicht in Sicht

Von ULRICH B. MARKER

Massive Steuererhöhungen sollen Österreichs Staatshaushalt sanieren helfen. Die Hypothek, die Bruno Kreisky, bis April dieses Jahres österreichischer Bundeskanzler und 13 Jahre lang Alleinherrscher an der Spitze der sozialistischen Regierungspartei, seinem Land hinterlassen hat, ist offensichtlich höher und teurer, als selbst Pessimisten bisher befürchteten. Gewissermaßen als erste Rate darauf werden die österreichischen Steuerzahler ab 1984 jährlich umgerechnet annähernd drei Milliarden Mark mehr aufbringen müssen, nur um zu verhindern, daß das Defizit des Staatshaushaltes noch weiter ausufert.

Kreisky-Nachfolger Fred Sinowatz, seit dem Stimmenverlust der SPÖ bei der letzten Bundeswahl im April Regierungschef einer sozial-liberalen Koalition, mußte öffentlich eingestehen, daß das Nettodefizit des Staatshaushaltes 1983 nicht 48, sondern 68 Milliarden Schilling (9,7 Milliarden Mark) betragen werde und damit eine kritische Größenordnung erreiche.

Ob der auch im neuen Kabinett amtierende Finanzminister Herbert Salcher sich bei seiner damaligen Etatprognose versehentlich verschätzt hatte oder ob er sich auf Weisung Kreiskys im Hinblick auf die bevorstehende Wahl verschätzen mußte, konnte auch in einer Sondersitzung des Wiener Parlaments nicht geklärt werden, die zu diesem Zweck auf Antrag der oppositionellen christlich-konservativen Volkspartei mitten in der Ferienzeit abgehalten wurde.

Nach Meinung Wiener Wirtschafts- und Finanzkreise war die Haushaltslage aber schon 1982 in ein kritisches Stadium geraten, als der Fehlbetrag um mehr als ein Drittel höher war als die Prognose und das Nettodefizit sich mit 6,6 Milliarden Mark gegenüber 1981 fast verdoppelte. Dieser Fehlbetrag entsprach 4,1 Prozent des österreichischen Bruttosozialprodukts und war damit doppelt so hoch wie die entsprechende Quote in der Bundesrepublik. Unter günstigsten wirtschaftlichen Voraussetzungen werden die für 1983 zu erwartenden 9,7 Milliarden Mark Fehlbetrag bereits 5,7 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen.

Noch viel bedenklicher sieht die Bilanz aus, rechnet man zum Nettodefizit, der Lücke zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben, noch die Tilgungszahlen für die Staatsschulden dazu, die sich innerhalb eines Jahrzehnts etwa verdreifacht haben. Das sich daraus ergebende Bruttodefizit summierte sich 1982 bereits auf mehr als 10 Milliarden Mark. Für 1983 hatte Finanzminister Salcher diesen Fehlbetrag auf 10,5 Milliarden Mark geschätzt. Nach dem Eingeständnis von Bundeskanzler Sinowatz dürfte er aber bis Jahresende auf rund 13,5 Milliarden Mark steigen.



Österreichs Bundeskanzler Fred Sinowatz FOTO: JUPP DARCHINGER

Ende 1982 war der österreichische Staat mit 48,8 Milliarden Mark verschuldet – das entspricht mehr als 85 Prozent des gesamten Jahreshaushalts –, davon zu rund einem Drittel im Ausland. Die Neuverschuldung hatte 6,6 Milliarden Mark betragen. Die Zinsenverpflichtungen verschlingen bereits ein Viertel der gesamten Lohnsteuereinnahmen. Allein aus der

ÖSTERREICH

defizitbedingten Neuverschuldung erwächst eine jährliche Mehrbelastung für Zinsen von 0,8 Milliarden Mark.

Angesichts dieser tristen Finanzlage muß es Bundeskanzler Sinowatz schwerfallen, die Wirtschaftspolitik seines Amtsvorgängers und Parteivorsitzenden Bruno Kreisky zu verteidigen. Getreu seinem Motto, daß „einige Milliarden Schilling Schulden mehr eher vertretbar sind als 100 000 Arbeitslose", hatte Kreisky über ein Jahrzehnt eine forcierte Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik betrieben, weitgehend zu Lasten der Privatwirtschaft. Auch unrentable Arbeitsplätze wurden, besonders in den staatseigenen Betrieben, nötigenfalls aus Steuermitteln erhalten. Mit einem aufgeblähten Sozialaufwand sollten sozialistische Bilderbuchvorstellungen verwirklicht werden. Großmannssucht verleitete außerdem zu teuren Prestigeobjekten. Da die bescheidene Wirtschaftskraft eines Sieben-Millionen-Landes dafür einfach nicht ausreichte, wurde kräftig aus dem Staatshaushalt mitfinanziert, ohne Rücksicht auf die ständig wachsenden Defizite.

Inzwischen ist längst erwiesen, daß mit der von Kreisky hinterlassenen Hypothek der Defizite und Schulden keineswegs wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit erkauft werden konnten. Österreich ist so tief in den Sog der Weltwirtschaftsrezession geraten, daß sich auch jetzt noch keine Anzeichen für eine Konjunkturbelebung zeigen.

Fred Sinowatz, assistiert von seinem national-liberalen Koalitionsvizekanzler und Handelsminister Norbert Steger, steht nun vor der Aufgabe, unter denkbar ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine weitere Zuspitzung der Krise in den Staatsfinanzen zu verhindern. Dabei ist höchste Eile geboten, denn die Experten haben bereits errechnet, daß ohne Gegenmaßnahmen das Bruttodefizit des österreichischen Staatshaushaltes 1984 von 13,5 auf rund 18 Milliarden Mark anschwellen würde.

Als erster Schritt soll der Fehlbetrag des nächsten Jahres auf dem Ausmaß von 1983 „stabilisiert" werden. Da jedoch wegen der meist langfristig feststehenden Ausgabenposten ohne vorherige Gesetzesänderungen kaum mehr als 1,5 Milliarden Mark eingespart werden können, müssen fast drei Milliarden Mark von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Dazu soll ab 1984 die Mehrwertsteuer von 18 auf 20 Prozent, der Luxussteuersatz von 30 auf 32 Prozent erhöht werden. Auch die bisher mit 13 Prozent begünstigte Steuer für Energie wird auf 20 Prozent angehoben. Alle Zinsen von Barguthaben und Wertpapieren sollen mit einer zehnprozentigen Quellensteuer belegt werden. Außerdem sind Gebührenerhöhungen bei Post und Bahn sowie Beitragserhöhungen bei der staatlichen Sozial- und Arbeitslosenversicherung geplant.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der entscheidende Tip

„Auf die Pershing 2 scheint Genscher notfalls verzichten zu wollen"; WELT vom 19. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sowjets blockieren die Genfer Verhandlungen, weil sie darauf bestehen, daß die britischen und französischen Raketen mitgezählt werden. Früher wollten die Sowjets dies nicht, worauf Herr Conrad zu Recht hinweist, weil sie die Systeme für strategische Vergeltungswaffen hielten.

Wie kommt eigentlich dieser Sinneswandel? Ustinov wußte darauf keine „plausible" Antwort. Vieles spricht dafür, daß der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr ihnen den entscheidenden Tip gegeben hat. In seinem im Januar 1982 erschienenen Buch „Was wird aus den Deutschen?" schreibt Bahr nämlich: „Ein akzeptables Ergebnis wäre für mich eine Begrenzung auf so viele SS-20, die erforderlich sind, um die französischen und britischen Systeme auszubalancieren. Man muß davon ausgehen, daß es sie gibt, daß über sie nicht verhandelt wird, daß sie bleiben, daß man sie aber, wo auch immer berücksichtigen muß. Wenn nur sie bleiben und die Sowjetunion alles abbaut, was über ein Gegengewicht dazu hinausgeht, brauchte man in der Mitte, also bei uns nichts Neues, also Null." (S.181)

Dies war offensichtlich ein Versuch, den Sowjets eine Null-Lösung schmackhaft zu machen, ohne daß diese alles abbauen müssen. Es darf angenommen werden, daß diese Äußerung kaum mit dem, zu jenem Zeitpunkt noch amtierenden Bundeskanzler Schmidt, abgestimmt war. Es war ein Brandt-Bahr-Alleingang, nach dem Motto: „Ich will das Zeug nicht hier haben." Ein klassisches Beispiel, der westlichen Verhandlungsposition in den Rücken zu fallen.

Die Sowjets haben dann diese Anregung aufgegriffen und zu ihrer offiziellen Position gemacht. Am 21. Dezember 1982 erklärte Andropow dann: „Wir sind unter anderem bereit darauf einzugehen, daß die Sowjetunion in Europa nur genau so viele Raketen behält, wie Großbritannien und Frankreich besitzen, und nicht eine einzige mehr. Das bedeutet, daß die Sowjetunion Hunderte von Raketen abbauen würde, darunter mehrere Dutzend der modernen Raketen, die im Westen als SS-20 bezeichnet werden. Für die Sowjetunion und die USA würde das bei den Mittelstreckenraketen in der Tat eine ehrliche Null-Variante sein." (Neue Zeit Nr. 52/1982 S.9f)

In der Tat eine ehrliche Egon-Bahr-Null-Variante, denn die westlichen Regierungen hatten überhaupt keinen solchen Vorschlag gemacht, auf den die Sowjetunion sich hätte „bereit" erklären können, darauf einzugehen.

Dieses Spiel erinnert fatal an das Jahr 1970. Aber heute haben wir einen anderen Bundeskanzler.

Lothar Jung, Hamburg 20

Einseitig blind

In diesen Tagen stellen sich 64 Bundestagsabgeordnete der SPD, unter ihnen Fraktionschef Vogel, hinter die jetzige Regierung Nicaraguas. Je ein Abgeordneter der SPD und der Grünen nahmen an den Feierlichkeiten zum vierten Jahrestag der nicaraguanischen „Revolution" teil und bekundeten offene Sympathie für die jetzigen Verhältnisse in diesem Land. Zwei Wuppertaler SPD-MdBs ließen sich demonstrativ auf einer vom nicaraguanischen Regime getragenen Plakatausstellung fotografieren.

Das Motto der Wuppertaler Ausstellung heißt „Chile kämpft – Nicaragua lebt". Erstes ist richtig, und alle Demokraten sollten – deutlicher als bisher – den Widerstand gegen die menschenrechteverachtende Pinochet-Diktatur stützen. Aber auch Nicaragua kämpft. Das heutige Regime in Nicaragua ist marxistisch-totalitär, wie auch das gestürzte rechte Somoza-Regime totalitär war. Nicht von ungefähr kämpfen viele Somoza-Gegner (wie Eden Pastora) weiter – diesmal gegen die Sandinisten-Diktatur.

Wer – wie die SPD-MdBs – einseitig blind ist, verspielt leicht seinen moralischen Anspruch, Diktaturen anzuprangern. Demhingegen haben Bundeskanzler Kohl und Minister Geißler bewiesen, daß es ihnen ernst ist mit dem Einsatz gegen Unterdrückung.

Michael Voss, Wuppertal 1

Unvorstellbar

„Hilfe für Farbenblinde"; WELT vom 15. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihren oben genannten Artikel haben wir mit großem Erstaunen gelesen. Es erscheint uns absolut nicht vorstellbar, daß einer der Typen angeborener Farbenblindheit durch das im Artikel geschilderte Verfahren geheilt oder gebessert werden kann. Die wissenschaftliche Literatur über Farbensehen verfolgen wir mit großer Aufmerksamkeit. Hier ist nirgends ein Anhalt dafür zu erkennen, daß eine Behandlung angeborener Farbsinnstörungen in der genannten Weise möglich sein könnte.

Unseres Erachtens muß es bei der Übermittlung der Nachricht von Japan bis in die Spalten der WELT zu erheblichen Mißverständnissen gekommen sein. Anderenfalls müßte es sich bei der in Ihrem Artikel geschilderten Behandlung um unseriöse Praktiken handeln.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. W. Jaeger, Priv.-Doz. Dr. H. Krastel, Augenklinik, Universität Heidelberg

Wort des Tages

„Weder seine Artgenossen, noch seine Götter, noch seine Leidenschaften werden den Menschen je in Frieden lassen."

Joseph Conrad, brit. Autor (1857–1924)

Personalien



Janine Van Ussel, Frau des belgischen Botschafters. FOTOS: KEIL

VERANSTALTUNG

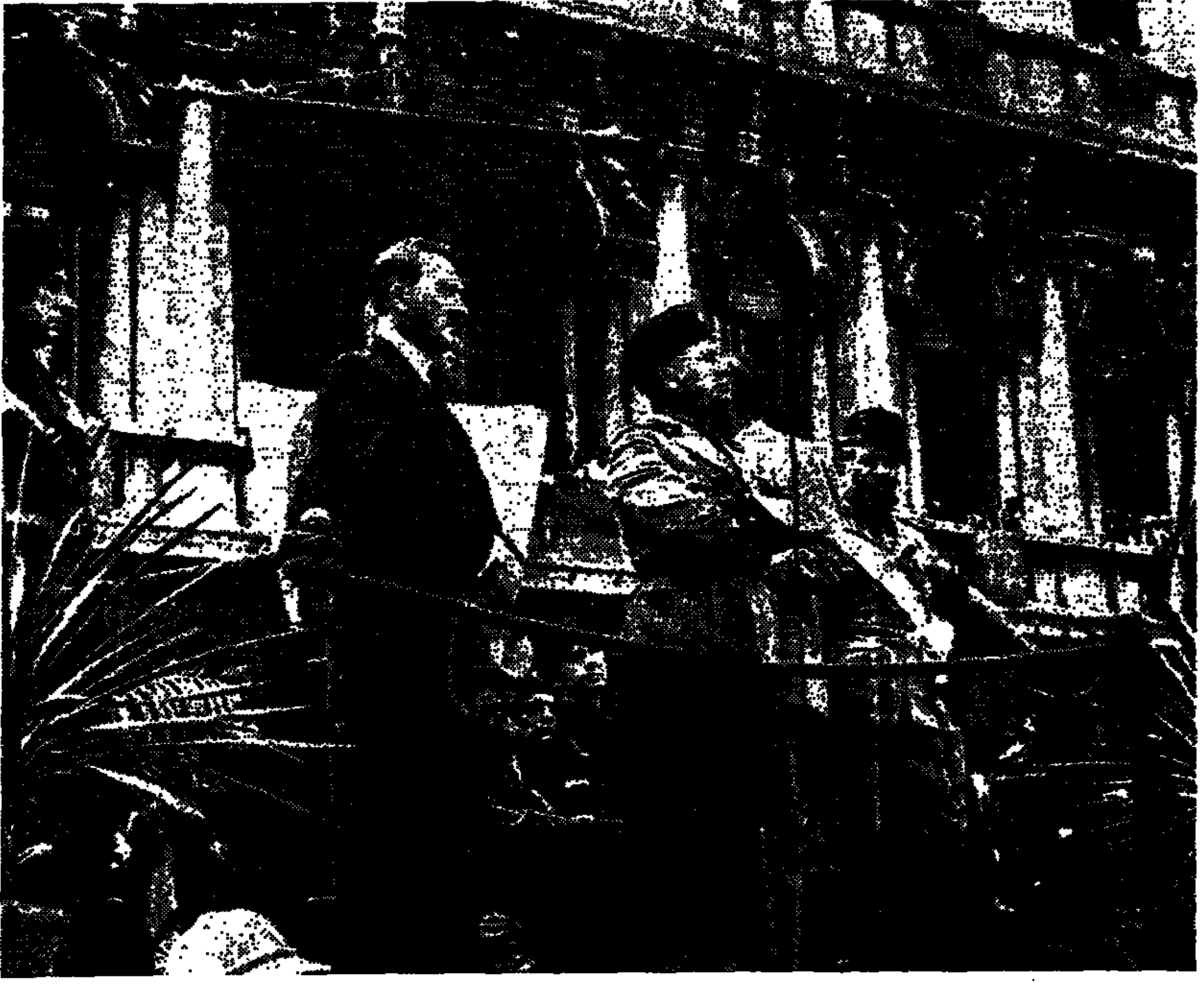
Bonns politische und diplomatische „Stallwächter" in Bonn halten durch, auch wenn die Temperaturen tropisch sind. 1350 Gäste kamen in die Muffendorfer Kommende, in *die Residenz des königlich-belgischen* Botschafters **Michel Van Ussel**. Der Nationalfeiertag der Belgier, der an die Eidesleistung des ersten belgischen **Königs Leopold** 1831 erinnert, gehört in Bonn mit zu den letzten großen Sommerempfängen. Michel Van Ussol ist seit Anfang des Jahres Botschafter am Rhein. 1956 kam er zum ersten Mal als junger Diplomat nach Bonn. Seitdem machte er Karriere. Er war Botschafter in Jakarta, bei der Unesco in Paris und bei der NATO in Brüssel. Seine Frau **Janine**, attraktiv und sehr gewandt, bestand als Gastgeberin ihre erste große Feuerprobe auf dem Bonner Diplomatenparkett. Wie schon am 14. Juli die Franzosen, ließen auch die Belgier aufspielen. Für die Nationalhymnen, aber auch für flotte Märsche hatte Van Ussel die Militärkapelle des Ersten belgischen Korps aus Weiden engagiert. Unter den Gästen Generalleutnant **Josef de Booth**, Kommandierender General der belgischen Streitkräfte in Deutschland, und Generalmajor **Jacques Noel**, Stellvertretender Chef des Stabes bei der Heeresgruppe Nord der NATO Europa-Mitte.

Unter den Deutschen Dr. **Friedrich Vogel**, Staatsminister im Kanzleramt, und Dr. **Alois Mertes**, Staatsminister im Auswärtigen Amt, die Botschafter Frankreichs und Israels, **Jacques Morizet** und **Jitzhak Ben-Ari**, und einer der an Bonner Dienstjahren ältesten afrikanischen Botschafter, **Theodore de Mel** von der Elfenbeinküste.



Staatsminister Vogel (links) und Israel-Botschafter Ben-Ari.

„Mussolinis Meinung über Hitler und Hitlers Meinung über Mussolini" lautet das Thema einer dreiteiligen WELT-Serie, die heute beginnt. Anlaß ist die hundertste Wiederkehr des Geburtstages des faschistischen Führers am 29. Juli. Mussolinis Meinung über Hitler schwankte: Der Diktator von 1922 blickte verachtungsvoll auf den Nationalsozialisten hinunter, der 1923 vor der Feldherrnhalle scheiterte. Er fühlte sich auch später überlegen, hielt sich für den besseren Kopf, geriet aber mit dem Beginn des Krieges 1939 mehr und mehr in den Bannkreis Hitlers.



Erste Begegnung 1934 in Venedig. Das Hitler-Vorbild Mussolini lernte seinen Bewunderer später fürchten. FOTO: ULLSTEIN

Mussolini und Hitler oder Der Widerstreit der Diktatoren

Von HILDE PURWIN

Morgen steht der 100. Geburtstag des Faschismus-Begründers Mussolini auf dem Kalender. In Europas Presse und Fernsehen wird kein Mangel an Bildern sein, die ihn mit seinem Achsenpartner Adolf Hitler zeigen – als Waffenbrüder zumeist, die sich am Brenner ewige Treue schwören, einig im Ziel, die Welt zu beherrschen. Aber eine klare Willensgemeinschaft hat zwischen den beiden Diktatoren nie bestanden, schon gar keine schlichte Männerfreundschaft. Hitler hat Mussolini bewundert und dessen Volk verachtet. Mussolini hat Hitler lange Zeit geringgeschätzt, später gefürchtet und ihn um sein Volk beneidet.

Die Ursprünge ähneln sich sehr. Beide Männer waren Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg, beide gründeten danach Parteien, die Bewegungen sein und eine „neue Ordnung" schaffen sollten. Sie wußten voneinander. Aufeinander zugegangen sind sie nicht. Das versuchte nur Hitler, während Mussolini sich vorsichtig zurückhielt. Ihm brachte sein Marsch auf Rom 1922 einen fast mühelosen Sieg mit Amt und Würden eines Regierungschefs. Hitler scheiterte ein Jahr später mit seinem Marsch zur Münchener Feldherrnhalle. Nur mit beschränktem Interesse verfolgte Mussolini die weitere Entwicklung des deutschen Nationalsozialismus und hielt sorgfältig auf Distanz. Als Hitler 1926 über die italienische Botschaft in Berlin in unterwürfigem Ton um „die Ehre einer Fotografie mit Widmung des Duce" bat, wurde er abgewiesen.

Hitler blickte dennoch weiter voller Bewunderung zu seinem Vorbild Mussolini auf. Noch viele Jahre später sagte er in seinen „Tischgesprächen": „Das Braunhemd wäre vielleicht nicht entstanden ohne das Schwarzhemd. Der Marsch auf Rom 1922 war der Wendepunkt der Geschichte. Die Tatsache, daß man das machen kann, hat uns Auftrieb gegeben. Würde Mussolini damals vom Marxismus überrannt worden sein, ich weiß nicht, ob wir uns hätten halten können."

Mussolini indessen bemühte sich in den zwanziger Jahren um gute Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich – auch um sich zu vergewissern, daß ein Anschluß Österreichs an Deutschland niemals zugelassen würde. Zu dieser Frage sagte er 1926 in einem Interview mit dem „Petit Parisien": „Diese Leute haben nichts vergessen, sich mit nichts abgefunden, sie hängen noch an ihren Träumen von gestern. Die germanische Gefahr müßte Italien und Frankreich immer mehr einander annähern. Unsere Interessen sind identisch."

Erst nach der Reichstagswahl vom September 1930, die der NSDAP einen hohen Stimmenzuwachs betrachte, verstärkte Mussolini die Kontakte. Unabhängig vom italienischen Botschafter in Berlin ließ er die Beziehungen zu den NS-Spitzen von einer Art persönlichem Gesandten pflegen, dem Major Renzetti, der seit Jahren in Deutschland lebte. In Rom empfing er Hermann Göring und gab ihm das einst verweigerte Foto für Hitler mit.

Daraufhin schrieb Hitler am 8. Juni 1931 seinen ersten Brief an Mussolini – Anrede: „Exzellenz" –, der neben ergebenem Dank den Satz enthielt: „Die geistigen Beziehungen, die zwischen den fundamentalen Glaubensbekenntnissen und Grundsätzen des Faschismus und der von mir geführten Bewegung bestehen, lassen mich lebhaft hoffen, daß nach dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland, an den ich blind glaube, die gleichen Beziehungen auch zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland für das Wohl der beiden großen Nationen entstehen werden."

Quellen:
Renzo De Felice, ordentlicher Professor an der Universität Rom: „Mussolini il duce / Gli anni del consenso" und „Mussolini il duce / Lo statio totalitario", erschienen 1974 bzw. 1981 im Verlag Einaudi, Turin. „The Ciano Diaries", erschienen 1945/46 im Verlag Doubleday, New York.

Aber auch nach Hitlers Machtergreifung 1933 blieb Mussolini zurückhaltend. Hitler richtete am Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler eine Botschaft an den „Duce" als den „Schöpfer der Weltanschauung, die unsere beiden Bewegungen verbindet", in der es hieß: „Mit Sicherheit verdanke ich es dem Faschismus, daß ich bis zu diesem Punkt gekommen bin."

Mussolini muß sich geschmeichelt gefühlt haben. Die Bitte Hitlers um eine Begegnung lehnte er nicht wieder so glatt ab wie mehrere vorausgegangene Wünsche gleicher Art, aber er verschob das Treffen auf unbestimmte Zeit. Mussolini wollte keine zweiseitigen Vereinbarungen, er strebte einen Viererpakt zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland an, dessen Urheberschaft er keinesfalls mit Hitler teilen wollte.

In den Augen des „Duce" fehlte es dem „Führer" an politischem Großformat. „Mein Kampf" fand er unlesbar, und den Rassismus der Nazis hielt er für schädlich. Aber Renzetti ließ er ausrichten: „Die antisemitische Propaganda ist ein Fehler gewesen. Man muß den Eindruck eines Rassenkampfes löschen, der stets ein wenig nach Mittelalter riecht. Es gibt so viele Mittel, um die von den Nazis gewünschte Rassenreinheit zu erreichen, ohne auf die extreme Form der Verfolgung zurückzugreifen."

Im Oktober 1933 trat Deutschland aus dem Völkerbund aus, und Mussolinis großer Plan, der Viererpakt, begann im Sande zu verlaufen. Dagegen unterzeichneten im März 1934 Italien, Österreich und Ungarn die „Römischen Protokolle" zur Absicherung der Unabhängigkeit Österreichs. Erst danach kam es am 14. Juni 1934 zum ersten Treffen Hitler–Mussolini in Venedig, aufgezogen als gewaltige Polit-Show mit 70 000 Schwarzhemden als Statisten. Das einzige wichtige politische Thema war Österreich. Hitler wetterte gegen Dollfuß, war aber bereit, der Feststellung zuzustimmen, daß kein Interesse Deutschlands am „Anschluß" bestünde. Das Problem sei weder akut noch international realisierbar.

Persönlich beeindruckt hatten sich die beiden Diktatoren auf höchst unterschiedliche Weise. Mussolini schilderte seiner Schwester, Hitler sei fanatisch und doktrinär, „auf der unendlichen Suche nach originärem und wildem Leib und Blut jenseits der Vernunft", und er habe, „anstatt mit mir über aktuelle Probleme zu sprechen, mir sein ‚Mein Kampf' aus dem Gedächtnis rezitiert". Hitler äußerte sich unmittelbar nach der Rückkehr nach Berlin beim Frühstück mit Renzetti voller Begeisterung: „Männer wie Mussolini werden nur einmal alle tausend Jahre geboren, und Deutschland kann froh sein, daß er ein Italiener ist und kein Franzose."

Die Ermordung des Wiener Bundeskanzlers Dollfuß im Juli 1934 brachte die deutsch-italienischen Beziehungen unter den Gefrierpunkt. Mussolini ordnete umgehend die Teilmobilmachung von vier Divisionen zwischen Brenner und Treviso an und entfachte eine heftige antideutsche Propagandawelle. In einer Rede in Bari sagte er: „30 Jahrhunderte der Geschichte erlauben uns, mit souveränem Mitleid gewisse Doktrinen von jenseits der Alpen zu betrachten, aufrechterhalten von den Nachkommen der Leute, die keine Schrift kannten, um ihr eigenes Leben zu dokumentieren in einer Zeit, in der Rom Cäsar, Virgil und Augustus hatte."

In Österreich selbst entwickelte sich die Lage anders, als Mussolini hoffte. Aber er blieb beim Nein gegen den „Anschluß". Im Frühjahr 1935 sagte er im Gespräch mit dem Publizisten Ernst Niekisch, Österreich müsse unabhängig bleiben, auch wenn es sich politisch an Deutschland annähere, denn er könne die Deutschen nicht am Brenner haben. „Ich habe dies Berlin mehrfach wissen lassen", sagte er, „aber Hitler verstand das Abc der Politik nicht, das im Prinzip do ut des besteht. Hitler wollte immer nur nehmen, ohne je zu geben."

1936 aber konnte Mussolini von Hitlers Politik profitieren. Dessen Rheinland-Besetzung im März des Jahres hinderte nach Mussolinis Ansicht die westlichen Demokratien daran, sich voll auf seinen etwa zur gleichen Zeit begonnenen Krieg gegen Äthiopien zu konzentrieren. Als Nichtmitglied des Völkerbunds war Deutschland außerdem nicht an den Sanktionen gegen Italien beteiligt, die ihn schwer verärgerten.

Vergeblich versuchte Mussolini, Paris durch Hinweise auf die „deutsche Gefahr" zur Anerkennung seines „Imperiums" in Afrika zu bewegen. Im Gespräch mit dem französischen Radikalsozialisten Malvy sagte er: „Ich werde noch einige Zeit abwarten. Aber wenn sich die Haltung der französischen Regierung mir gegenüber und dem faschistischen Regime Italiens gegenüber nicht bald ändert und man mir nicht die Sicherheiten gibt, die ich brauche, dann werde ich die Vorschläge Hitlers annehmen, und Italien wird der Verbündete Deutschlands."

Das diplomatische Spiel mit zwei Kugeln hat Mussolini bis in den Zweiten Weltkrieg hinein zu spielen versucht – nicht als Beherrscher des Spielfelds, sondern immer mehr als gespaltene Persönlichkeit. Mal kehrte er zur Idee des Viererpakts zurück, um Hitlers Machtstreben zu bremsen. Mal hielt er einen künftigen Krieg zwischen den „neuen" und den „alten" Völkern für unausweichlich, glaubte aber seinen Einfluß auf Hitler groß genug, um die Oberaufsicht zu behalten. „Die Deutschen mögen die militärische Kriegführung übernehmen", sagte er seinem Kultusminister Bottai, „die politische Führung sollen sie mir überlassen."

Im Mai 1936 war der Krieg in Äthiopien vorbei, zwei Monate später begann Franco den Bürgerkrieg in Spanien, militärisch unterstützt von Italien und Deutschland. Im Herbst verwandte Mussolini in einer Rede zum erstenmal den Begriff „Achse", als er vom deutsch-italienischen Zusammengehen sprach. Es blieb zunächst beim Begriff, und es verging auch noch ein Jahr, bis Mussolini der dringenden Einladung Hitlers folgte und zum erstenmal nach Deutschland reiste, fünf Tage kreuz und quer durch das Reich. Beeindruckt haben ihn nicht die – wenigen – Gespräche mit Hitler, wohl aber die deutschen Massen, vor allem die Kundgebung in Berlin, wo viele Tausende während der Rede des „Duce" nicht wankten und nicht wichen, obwohl der Regen wie aus Kübeln vom Himmel fiel.

Morgen lesen Sie:
Die Expansionspolitik Hitlers, der Anschluß Österreichs, die Sudeten-Krise und der Einmarsch der Deutschen in Prag 1939 beunruhigte Mussolini zutiefst. „Jedesmal, wenn Hitler sich einen Staat nimmt, schreibt er mir eine Botschaft", klagte der italienische Diktator. Er bringt die Viererkonferenz in München zustande, aber er scheitert als Friedensstifter.

Lebensdaten

1883 29. Juli: Geburt in Predappio (Romagna)
1904 Redakteur des sozialistischen „Popolo" in Trient
1912 im Parteivorstand der Sozialisten, Chefredakteur des „Avanti"
1914 Bruch mit der Partei, Gründung des „Popolo d'Italia"
1915 Kriegsfreiwilliger (Bersaglieri), 1917 schwer verwundet
1919 Gründung des „Fascio di Combatimento" (Frontkämpferbund), „Duce" (Führer) der Faschisten
1922 Marsch auf Rom, Regierungsübernahme, Zerschlagung der Parteien
1929 Lateran-Verträge mit dem Vatikan
1936 Eroberung Äthiopiens
1937 Beitritt zum Antikomintern-Pakt
1938 Marschall des Imperiums", erstes Judengesetz
1939 Besetzung Albaniens, Bündnis mit Deutschland
1940 Achse Berlin–Rom–Tokio, Kriegseintritt, Niederlage gegen Griechenland
1943 Kapitulation in Afrika. Alliierte Landung auf Sizilien. Faschistischer Großrat setzt Mussolini ab. Entmachtung des „Duce". Kapitulation Italiens. Internierung auf dem Gran Sasso und Befreiung durch deutsche Fallschirmjäger. Gründung der Faschistisch-republikanischen Partei und der italienischen faschistischen Republik (Republik von Salo) in Oberitalien.
1945 28. April: Nach der Niederlage auf der Flucht von italienischen Partisanen bei Como mit seiner Geliebten Clara Petacci erschossen.

Im Kreise seiner „Schwarzhemden": Mussolini beim Marsch auf Rom

Der „Duce" und der Traum vom revolutionären römischen Reich

Von G. DESCHNER

Winston Churchill schwärmte: „Unsere persönlichen Beziehungen waren stets spontan und herzlich." Der Kommunist Antonio Gramsci hingegen fand ihn seelenlos: „Seine Doktrin ist ganz in seiner physischen Maske enthalten, im Rollen der Augen, in der stets drohend geballten Faust."

Adolf Hitler, dessen Verhältnis zu ihm zwischen Verachtung und Verehrung schwankte, erwies ihm noch in seinem Testament Reverenz: „Er ist vielleicht noch größer als ich." Schon Anfang der dreißiger Jahre hatte, mit kirchlicher Vorsicht, selbst Papst Pius XI. konzediert: „Vielleicht war auch ein Mann erforderlich wie jener, den uns die Vorsehung begegnen ließ, ein Mann, der nicht die Sorgen der liberalen Schule hatte."

Doch auch bei Liberalen fand sich wohlformulierte Bewunderung: Theodor Wolff beispielsweise, der scharfsinnige Chefredakteur des liberalen „Berliner Tageblattes", schrieb schon 1930 über ihn: „Sein Genie hat einen tragischen Zug. Vielleicht ist es das, was seine Erscheinung noch höher über den Alltag hinaushebt und ihn denen, die sich abmühen, hinter der für die Geschichte geformten Figur den Menschen zu suchen, über alle Gegensätze hinweg näherbringt."

Die Rede ist immer von Italiens faschistischem Staatschef Benito Mussolini, dessen „hundertster Geburtstag" am 29. Juli in Italien ähnliche Wellen schlägt wie 1982 das Gedenkjahr für den Nationalhelden Garibaldi.

Predappio in der norditalienischen Romagna war der Geburtsort jenes Mannes, dessen facettenreiche politische Gestalt die Nachwelt beschäftigt. Nacheinander, manchmal auch nebeneinander, war er Sozialist und Revolutionär, Faschist und italienischer „Duce", Deutschlands Alliierter und Hitlers Marionette.

Er war mit Leidenschaft Journalist. Er schrieb politische Pamphlete und ideologische Grundsatztexte. Er unterhielt ausführliche Briefwechsel, selbst ein Unterhaltungsroman mit dem Titel „Die Tragödie von Mayerling" wurde unlängst aufgefunden.

Als Diktator und Führer liebte er die heroische Pose. Es schien, als spielte er immer eine Mischrolle aus Alexander dem Großen und Julius Cäsar – aber er ließ sich auch ungeniert in der Badehose fotografieren.

Schweiz-Aufenthalt stellte die Weichen

Die politische Rolle, so einer seiner Biographen, habe ihm schon der Vorname auferlegt, den sein Vater – Schmied, Gastwirt, Musikant und glühend antihabsburgisch eingestellter Italiener – ihm gegeben hatte: Benito wurde benannt nach jenem mexikanischen Revolutionspräsidenten Benito Juarez, der den von Napoleon eingesetzten habsburgischen Kaiser Maximilian von Mexiko hatte erschießen lassen.

Mussolini hat von sich selbst gesagt, der Mann der Öffentlichkeit werde für die Öffentlichkeit geboren, das sei angeborenes Geschick. Wie selbstverständlich geriet er nach seiner durch viele Beweise eines aufrührerischen Geistes unterbrochenen Erziehung bei den frommen Salesianer-Brüdern in Faenza und nach einer kurzen Zeit als Volksschullehrer früh auf die politische Bahn.

Ein Auslandsaufenthalt in der Schweiz stellte in den Jahren 1882 bis 1904, wie der wohl beste Mussolini-Kenner, sein italienischer Biograph Renzo De Felice meint, die Weichen. In Lausanne und anderen Schweizer Städten verkehrte Mussolini hauptsächlich mit italienischen Fremdarbeitern und geriet bald auf die Bahn eines linksextremen Agitators; mit den Behörden lebte er ständig auf Kriegsfuß.

In Genf lernte er Angelica Balabanoff kennen, eine Klara-Zetkin-Figur des italienischen Sozialismus, die versuchte, aus ihm einen guten Marxisten zu machen. Zeitweise besuchte er die Vorlesungen des Soziologen Vilfredo Pareto und studierte dessen These vom Wechsel der Eliten.

Den stärksten Einfluß übten auf den jungen Revolutionär aber weder Marx noch Pareto aus, sondern Georges Sorel und Friedrich Nietzsche, deren Ideen der Gewalt und des Mythos des Übermenschen ihn entzückten.

Seit 1904 Redakteur des sozialistischen Parteiblatts „Popolo", attackierte Mussolini die Monarchie, die Kirche und die Gemäßigten unter den Sozialisten. Gleichzeitig war er auch glühender Nationalist, der für die „unerlösten Gebiete", die „Irredenta" unter habsburgischer Herrschaft von Trient bis nach Dalmatien stritt. Als er 1912 in den Parteivorstand aufrückte, setzte er den Ausschluß gemäßigter Kandidaten durch und wurde Chefredakteur des Parteiblatts „Avanti" (Vorwärts).

Wie bei vielen anderen Führern späterer faschistischer Bewegungen war es aber erst der Krieg, der Mussolini die entscheidende Wende vollziehen ließ. Über die Frage des Kriegseintritts Italiens geriet er 1914 in Gegensatz zu seiner Partei, die ihn am Ende ausschloß.

Mit finanzieller Hilfe aus Frankreich gründete er im September 1914 in Mailand eine neue Zeitung für Arbeiter und Soldaten, den „Popolo d'Italia". Die Teilnahme am Krieg, erklärte er, diene dazu, die Waffen der sozialen Revolution zu schmieden. Als die italienischen Niederlagen sich häuften, machte Mussolini das parlamentarische System für den kläglichen Zusammenbruch verantwortlich, überhäufte es mit Schmähungen und suchte nach neuen politischen Formen.

Ähnlich wie fast gleichzeitig Hitler gewannen für ihn die Konturen des Kommenden aus der Apotheose des Frontsoldaten Gestalt. Die aus den Schützengräben heimkehrenden Soldaten bezeichnete er als die „Aristokratie der Zukunft". Für diese werde es einen „neuen Sozialismus" geben, den er sich jetzt nur noch antimarxistisch und national vorstellen konnte.

Das war die Geburtsstunde des Faschismus. Zur Durchsetzung seiner Ziele gründete er revolutionäre Verbände, nach den Rutenbündeln der römischen Liktoren „Fasci" genannte Stoßtrupps, deren „Duce" er wurde. Begünstigt durch den Verfall der überlieferten Lebensverhältnisse, der weitverbreiteten Suche nach einem neuen Halt, der Dekomposition bislang sicherer Wertordnungen und den daraus entstehenden



Benito Mussolini: Verliebt in die heroische Pose FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Gärungen, die – wie den ganzen Kontinent – auch Italien ergriffen hatten, wurde seine straff geführte Bewegung zu einer entscheidenden politischen Kraft. Bedenkenlos zog Mussolini die Mittel der Gewalt und des Terrors in das politische Kalkül und ertrotzte 1922 nach einem Marsch seiner „Schwarzhemden" auf Rom von König Viktor Emanuel III. die Übergabe der Macht.

Der „Duce" hat sich selbst einen „flexiblen Revolutionär" genannt. Durch unerwartete Kompromisse mit den alten Eliten, etwa dem monarchistischen Offizierkorps, und durch eine für Italien ungewohnte Kontinuität politischen Handelns festigte er sein Regiment. Die relativ gute Meisterung der Weltwirtschaftskrise, energisch betriebene öffentliche Arbeiten gigantischen Ausmaßes, wie die Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe, und die Tatsache, daß neuerdings auch in Italien die Eisenbahnzüge pünktlich verkehrten, verstärkten im eigenen Land ebenso wie draußen den Eindruck, Mussolinis Herrschaft bedeute Stabilität.

Die Methoden der Linksrevolutionen und die Technik des Maschinenzeitalters machte er den Zwecken eines rechten Umsturzes dienstbar. Wie sein ganzes politisches System war auch Mussolinis Handeln und Denken eine eigentümliche Mischung von Revolution und Reaktion. Ihn widerwillig bewundernden politischen Gegnern erschien er wie ein Kommunarde, der Weihwasser in sein Petroleum gegossen hatte.

Kleinere Unruheherde, Irritationen durch eine minimale Opposition, ließen sich leicht mit einem ausgebauten Polizeiapparat kontrollieren. Bald konnte Mussolini seine Partei zurückdrängen und einen cäsaristischen Regierungsstil verfolgen. Über der Beschäftigung mit Oswald Spengler und dessen historischer Zyklentheorie verfestigte sich in Mussolini in viel reflektierterer Weise als bei anderen Führern der faschistischen Epoche die Überzeugung, daß Liberalismus, Parlamentarismus und Sozialismus nicht nur aktuell überwunden, sondern historisch überholt seien und daß Europa in eine Spätphase eingetreten war, deren adäquate politische Organisationsform eben die des Führerstaates mit korporativen Strukturen sei.

Ziel: Einheitsgefühl durch Kulturrevolution

Daß Mussolini in der heutigen Geschichtschreibung mehr als tragische denn als verächtliche Figur betrachtet wird, hängt am ehesten mit seinem Bemühen zusammen, dem autoritären System Dauer zu verschaffen und die in seinen Augen noch zu sehr der Dekadenz verhafteten Italiener zu kämpferischen „neuen Menschen" zu erziehen, wie sie den meisten Diktatoren vorschwebten.

In einer durch flankierende Sozialpolitik massenwirksam abgestützten Kulturrevolution sollte seinem Volk, das noch nie in seiner Geschichte von der staatlichen zur nationalen Einheit gefunden hatte, ein neues Einheitsgefühl in altrömischem Geist aufgezwungen werden. Im Mittelmeer, in Ostafrika, so Mussolinis Vision, sollte das neue „Impero", das zweite „Imperium Romanum", entstehen – gegen den wachsenden Widerstand des Volkes, das klagte, sein „Duce" habe ihm die unbefangene Lebensfreude genommen, und das deswegen immer mehr hinter Mussolinis ausgreifenden Zielsetzungen unbewegbar verharrte.

Eine Totalisierung des Systems war die Folge. Immer häufiger drohte Mussolini die „Ausstoßung der Mißvergnügten" an. Mit dem steigenden Realitätsverlust verdichtete sich auch das Bündnis mit Hitler, von dem ihn dennoch vieles trennte.

Das galt für die Außenpolitik, die bei Hitler auf eine ganz neuartige Rassenherrschaft zielte. Mussolini hingegen verblieb in der Tradition des älteren Imperialismus, wie ihn auch Frankreich und England pflegten. Er wollte für Italien Mitsprache im Kreis der Großmächte.

Das galt auch für den zum imperialen Mythos wie zum Bündnis mit Hitler passenden neuen Rassismus, dem antijüdischen Dekret von 1938, das aber im Gegensatz zu Hitlers Antisemitismus nicht biologistisch, sondern national-kulturell begründet war. Weil die Juden sich nicht genügend assimiliert hätten, wurden sie aus der nationalen Gemeinschaft ausgestoßen, schließlich aber doch vor dem Genocid bewahrt.

Die Idee, durch das Bündnis mit Hitler den Rücken frei zu bekommen für die Expansion im Mittelmeer, sich aus dem „großen Krieg" jedoch heraushalten zu können, erwies sich im August 1939 als Illusion. Mussolini stand vor einer unumkehrbaren Entscheidung, die er immer hatte vermeiden wollen. Vergeblich mühte er sich, doch noch einen Ausgleich zwischen England und Deutschland herbeizuführen. Erst nach dessen Scheitern setzte er 1940 ganz auf die deutsche Karte.

Zum letzten Mal gab er sich damals einer Illusion hin. Er meinte, daß das „proletarische und faschistische Italien" an der Seite der Nationalsozialisten den Krieg gegen die „reaktionären und plutokratischen Demokratien" als eine Art Parallelkrieg und ausschließlich für die eigenen Interessen führen könnte. Aber mit den gegen den deutschen Willen geführten Offensiven in Nordafrika und Griechenland, denen Mussolinis Volk und Armee weder materiell noch moralisch gewachsen waren, lieferte er sich auf Gedeih und Verderb dem Unstern Hitlers aus.

Als die Alliierten im Juli 1943 auf Sizilien landeten, als der Ausgang des Krieges erkennbar war, wählte das oberste Parteigremium der Faschisten seinen „Duce" ab, und der König ließ ihn kurz vor seinem 60. Geburtstag gefangensetzen. Von deutschen Fallschirmjägern befreit, blieb Mussolini noch bis zum Schluß des Krieges Chef eines faschistischen Schattenregimes in Norditalien – ein gebrochener Mann, dem das deutsche Gnadenbrot bitter schmeckte und ihn in seinen Reden nostalgisch an die sozialistische Frühzeit anknüpfen ließ.

Am Ende stand der Versuch, in einem Konvoi der deutschen Wehrmacht in Richtung Schweizer Grenze zu flüchten. Am 28. April 1945 starb er unter den Kugeln kommunistischer Partisanen, mit ihm seine Geliebte Clara Petacci. Am Tag darauf wurden die Leichen in Mailand, mit dem Kopf nach unten hängend, zur Schau gestellt – auf dem Loretoplatz, wo ihm das Volk einst zugejubelt hatte.

GOLF / Offene Deutsche Meisterschaft – Drei Talente im Schatten von Bernhard Langer

Das teure Vergnügen, ein Profi zu sein

139 Golfer starten heute zur Offenen Deutschen Meisterschaft in Köln-Refrath. Wie schwer es ist, in diesem Sport Geld zu verdienen, beschreibt WELT-Mitarbeiter Gerd A. Bolze am Beispiel der drei deutschen Profis, die im Schatten von Bernhard Langer spielen.

GERT A. BOLZE, **Köln**

Der spanische Philosoph Ortega y Gasset war ein Sportsmann. Leistungssport, so formulierte er, sei ein Bruder der Arbeit. Was ja wohl stimmt. Und Arbeit, so der Volksmund, ist das halbe Leben. Golf wiederum, jetzt kommt wieder (wörtlich) der spanische Denker, „reicht hin, das Leben zu rechtfertigen".

Was nun? Das wird schwierig: Golf ist Leistungssport, also Arbeit, aber auch fast schon Weltanschauung und Philosophie, die ausreichen, ein ganzes Leben zu erfüllen. Wenn aber jemand immer vor mir kassiert, weil er besser arbeitet, was manche ich dann mit meinem Golfspiel, das mein Leben zwar rechtfertigen wird, mir aber kaum den Unterhalt einbringt?

Bernhard Langer (25) ist der einzige deutsche Golf-Profi, der gut verdient. In der ewigen europäischen Rangliste, die im Golf stets nach dem Verdienst erstellt wird, liegt er bereits an zehnter Stelle mit 225 000 Pfund, umgerechnet rund eine Million Mark. Da steckt er auch schon einmal Rückschläge weg und sagt: „Ich könnte natürlich laut Scheiße schreien oder den Schläger gegen einen Baum dreschen. Aber das wäre gegen mein Naturell. Golf ist ein demütigender Sport."

Und ein demütigender Broterwerb. Torsten Gideon (25) hat seinen Ärger auch nicht herausgeschrieen, als er Anfang Mai in Florenz erst einmal aufgab: „Ich muß jetzt erst mal wieder nach Hause."

Torsten Gideon ist immerhin Ranglistenerster der deutschen Golflehrer. In diesem Jahr nimmt er zum ersten Mal an der sogenannten Europa-Tour der Profis teil, bei der in 29 Turnieren insgesamt 2,75 Millionen Pfund oder elf Millionen Mark ausgeschüttet werden. Ende des letzten Jahres flog er nach Südafrika und spielte acht Turniere in zwei Monaten. Seine Plazierungen schwankten zwischen Rang 26 und 47. Am Ende hatte er umgerechnet 5500 Mark aus den Löchern klauben können, hatte aber für die ganze Reise 9000 Mark ausgegeben.

Bei den ersten europäischen Turnieren in Tunis und Madrid schied er schon montags in der Vor-Qualifikation aus, in denen oft genug 250 Profis um 30 freie Plätze im Hauptfeld (meist 132 Mann) spielen. Als es in Florenz dann wieder nicht klappte, fuhr er erst einmal nach Hause.

Und dort, in seinem Klub St. Dionys, warteten dann acht Klubmitglieder, die ihn fragend anschauten. Diese acht haben so etwas wie eine Sponsor GmbH gegründet, um Gideon zu unterstützen. Jeder zahlt im Monat 500 Mark ein, der Golflehrer bekommt also 4000 Mark, von seinen Preisgeldern muß er dafür 50 Prozent an die Sponsoren zurückzahlen. Das reicht noch nicht einmal hin, die Reisespesen zu decken. Denn – und diese Angaben stimmen vom Star Langer bis zum Profi-Lehrling Gideon überein – „eine Turnierwoche kostet einen Spieler 1500 bis 2000 Mark". Immerhin: Nach der Pause klappte es bei Gideon besser, er verdiente rund 6000 Mark.

Carlo Knauß aus München, 22 Jahre alt, ist schon im dritten Jahr dabei. Eine Textilfirma sponserte ihn im ersten Jahr seiner europäischen Tour mit 50 000 Mark, zwölf Monate später mit 35 000 Mark, in diesem Jahr nur noch mit 20 000 Mark. „Ich suche einen neuen Sponsor", sagte Knauß, der schon mit 16 Jahren gegen den Willen seiner Eltern vom Gymnasium abging, um Golflehrer zu lernen, drei Jahre lang, wie es vorgeschrieben ist. Knauß hat während der Europa-Tour in diesem Jahr schon Geld verdient – 140 Mark für seinen 73. Platz in Tunis. Im letzten Jahr stand er auf Platz 148 der europäischen Rangliste mit 571 Pfund oder 2284 Mark. „Damit bekommt man keinen guten Caddie", sagt Knauß.

Caddies sind jene dienstbaren Geister, die ihrem Meister nicht nur die Schläger hinterherziehen, sie geben auch Tips, achten auf Flug und Lage des Balles. Ein guter Caddie kostet 100 Pfund in der Woche und erhält nach dem Turnier zusätzlich fünf Prozent des Preisgeldes. Weil fünf Prozent von nichts eben auch nichts ist, verlangen die Herren von Spielern wie Knauß 150 Pfund die Woche. Knauß sagt: „Das Geld spare ich lieber. Ich trage meine Schläger selbst."

Hans Peter Thül (19) aus Hubbelrath ist der dritte deutsche sogenannte „playing pro" nach Bernhard Langer. Er hat Golf gelernt wie andere ein Handwerk. Drei Jahre Golflehrer-Azubi, zwei Jahre Geselle im Heimatverein. Der Klub zahlt ihm ein Fixum von 1500 Mark im Monat und trägt für ihn im ersten Jahr seiner „spielenden Profi-Karriere" alle Kosten und Spesen, die über diese Summe hinausgehen. Seine Gewinne braucht er nicht abzugeben. Auch nicht die 10 000 Mark, die er als Sieger der Nationalen Offenen Deutschen Meisterschaften Mitte Mai in Feldafing erhielt. Ein warmer Regen – in Paris erhielt er für seine Plazierung 40 Pfund. Aber er sagt: „Der Erfolg lockt."

Das harte Brot der frühen Golf-Jahre. Carlo Knauß sagt: „Langer hat auch vier Jahre gebraucht, um ein ganz Großer zu werden." Und das Beispiel Langer spornt an, drei junge Deutschen machen es ihm schon nach. Auch wenn sie sich jetzt meist nur montags quälen, um die Vor-Qualifikation zu überstehen – für die es kein Geld gibt. Auch wenn sie meist am Samstag und Sonntag nicht mehr dabei sind, wenn die besten 65 von 132 unter sich, die anderen ausgeschieden sind und kein Geld verdienen. In Köln erhält der 65. noch 660 Mark ...

SPORT-NACHRICHTEN

Wunderlich gesperrt

Dortmund (dpa) – Der Deutsche Handball-Bund hat Nationalspieler Erhard Wunderlich für ein Jahr für alle nationalen und internationalen Spiele gesperrt. Hintergrund der Sperre ist die Weigerung des Vereins VfL Gummersbach, Wunderlich ohne Ablöse für den FC Barcelona freizugeben. Der Verband und der Spieler selbst lehnten jede Stellungnahme ab. Nach den Statuten des internationalen Verbandes, unter die Wunderlich bei einem Wechsel fällt, kann die Entscheidung innerhalb einer Woche revidiert werden, wenn der Verein die Freigabe erteilt.

Westphal überraschte

South Orange (sid) – Michael Westphal (18) besiegte beim Tennis-Turnier von South Orange (New Jersey) in der ersten Runde den an Nummer eins gesetzten Brian Gottfried (USA) mit 6:3, 7:6.

Wien will Breitner

München (sid) – Der Wiener SC will Paul Breitner zu einem Comeback überreden. Der Klubvorsitzende, Inhaber einer Ölfirma, kündigte Gespräche mit dem zurückgetretenen Kapitän des FC Bayern München an.

Hinault: Kein WM-Start

Paris (dpa) – Frankreichs Radsport-Idol Bernard Hinault wird auch bei der Weltmeisterschaft (4. September in Zürich) fehlen. Er brach ein Training ab und kündigte an, er werde sich am rechten Knie operieren lassen.

UdSSR unbesiegt

Rio de Janeiro (sid) – Die unbesiegten Sowjetrussinnen, China, Südkorea, Bulgarien, Polen und Jugoslawien haben sich in Brasilien für die Endrunde der Basketball-Weltmeisterschaft der Damen qualifiziert.

STANDPUNKT / Ein Skandal?

Zeter und Mordio schallt oft aus der Ecke der Verlierer. Bei einer drohenden Niederlage schlägt Aufgeregtheit schnell in Empörung um, das Empfinden für Gerechtigkeit gerät leicht aus dem Lot.

In Wien, dem Austragungsort der Fecht-Weltmeisterschaften, wurde das Mannschafts-Finale der Damen zwischen Deutschland und Italien nicht nur von erhitzten Gemütern als Skandal bezeichnet. Turbulente Szenen gab es, Proteste und Tränen bei den unterlegenen deutschen Damen.

Der geballte Zorn richtete sich gegen die Kampfrichter und die am Rande der Planche so mächtig agierenden Italiener. Cornelia Hanisch nahm kein Blatt vor den Mund. Sie warf den Obleuten vor, „gekauft" zu sein.

Die Vorwürfe gegen das französisch-polnische Kampfrichtergespann Brouquier/Kondrasz sind bitterböse. Horst Wauschkun, Vizepräsident des Deutschen Fechter-Bundes, will sogar im nächsten Jahr alle Wettkämpfe mit Polen absagen. Eine Reaktion, die trotz aller Empörung über das Ziel hinausschießt.

So hanebüchen und kraß falsch einige Entscheidungen gewesen sind – wer will denn beweisen, daß Bestechungsgelder den sportlichen Kampf zur Farce degradierten? Nur dunkle Machenschaften zu wittern, ist fahrlässig.

Problematischer als zweifelhafte Auftritte von Kampfrichtern ist das dubiose Spiel, das die Italiener hinter den Kulissen betreiben. Der Internationale Fecht-Verband (FIE) ist zu einem Instrument umfunktioniert worden, das vorwiegend italienische Interessen durchsetzt. Die Italiener haben sich mit dieser Interessenpolitik fast alle Sympathien in der Fechterwelt verscherzt. 1984 steht die Wiederwahl des italienischen FIE-Präsidenten Giancarlo Brusati an. Die Stimmen des Deutschen Fechter-Bundes wird er nach den Ereignissen im Damenflorett-Finale wohl kaum bekommen.

ANDREAS SCHIRMER

LEICHTATHLETIK / Hervorragende Generalprobe auf die Weltmeisterschaft

Erwin Skamrahl – nach dem Rekordlauf Flucht an einen unbekannten Ort ...

KLAUS BLUME, **München**

Er lachte zwar, doch er blieb skeptisch. „Die Zeit", sagte Erwin Skamrahl, und deutete auf die große elektronische Anzeigetafel, „reicht nicht aus, um in Helsinki Weltmeister zu werden." Die Zeit – 44,50 Sekunden – sind Europarekord (vorher Markin, 44,60) über 400 m. Polizist Erwin Skamrahl aus Groß-Ilsede lief sie bei 30 Grad Hitze vor 26 000 Zuschauern im Münchner Olympiastadion. Zehn Tage vor der Weltmeisterschaft wurde er damit zum Weltbesten dieses Jahres. „Ja", sagte er, „da muß ich mich wohl für die nächsten Tage an einen Ort zurückziehen, den keiner kennt." Um den frischen Ruhm zu verarbeiten, um die Form noch zu steigern.

Harald Schmid, der Europarekordler über 400 m Hürden, war in 45,11 Sekunden Zweiter vor Europameister Hartmut Weber (45,23 Sekunden). Während Schmid strahlte, ging Weber erst mal allen Fragern aus dem Weg. Erst Stunden später analysierte er die unverhoffte Niederlage: „Nach 320 m wollte ich angreifen. Doch ich wirkte hilflos. Vielleicht habe ich im Trainingslager in der Nähe von Bordeaux zu viel gearbeitet. Aber vielleicht liegt es einfach nur an München, daß ich in dieser Stadt, auf dieser Bahn, gegen Erwin nicht gewinnen kann." Vor einem Jahr hatte Weber bei den deutschen Meisterschaften in München gegen Skamrahl verloren.

Skamrahl hatte vor dem Rennen geblufft. Er käme direkt aus dem Training und deshalb seien keine großen Taten von ihm zu erwarten: „So um 45,5 Sekunden herum werde ich laufen können, ihr braucht also keine Angst vor mir zu haben."

Doch dann stürmte er über die ersten 200 m in 20,7 Sek. Auf den letzten 40 m wurden ihm die Beine schwer, da trat er fast auf der Stelle. Nein, meinte Skamrahl später, nun sei er kein 320-m-Läufer mehr, nun sei er tatsächlich ein vollwertiger 400-m-Spezialist.

Er habe nur mal testen wollen, ob es denn nach seinem mißglückten Sturmlauf bei Gegenwind in Bremen endlich mal klappen könnte, nach hohem Anfangstempo mit einer passablen Zeit ins Ziel zu kommen. In München gelang es.

„Na, haben die 400-m-Läufer nicht mal für einen schönen Abend gesorgt?" fragte Bundestrainer Manfred Kinder. In der Tat, denn in einem 400-m-Rennen zuvor hatte der Dortmunder Soldat Jörg Vaihinger (20) bereits 45,61 Sekunden erzielt. Die deutsche 4 x 400-m-Staffel für Helsinki dürfte somit komplett sein..

Harald Schmid, Harmut Weber, Erwin Skamrahl und Jörg Vaihinger sind in der Lage, den Europarekord von 3:00,46 Minuten (1972: England) zu brechen. „Mein Gott, sind das Perspektiven", sagte Vaihinger überrascht. Sicher, denn diese Staffel kann sogar die starken Amerikaner gefährden.

Die Generalprobe der deutschen Leichtathleten auf die Weltmeisterschaft war hervorragend: Europarekord durch Erwin Skamrahl, Junioren-Europarekord über 200 m durch den Kornwestheimer Jürgen Evers (20,56 Sekunden), Landesrekord über 4x100 m der Männer durch die Nationalstaffel mit 38,66 Sekunden und Landesrekord über 400 m der Frauen durch Gaby Bußmann (Ahlen-Hamm) in 49,99 Sekunden. Hinzu kam ein Speerwurf des Leverkusener Klaus Tafelmeier von 90,20 m bei absoluter Windstille, ein Hochsprung über 2,32 m des Europameisters Dietmar Mögenburg und ein beherzter 800-m-Lauf von Hans-Peter Ferner, der in 1:44,99 Minuten Zweiter hinter Ndiwa (1:44,20 Minuten) aus Kenia wurde.

Steigerungen sind möglich. Die 4x100m-Staffel rannte in München zum erstenmal in der Besetzung Bastians, Haas, Evers und Andreas Rizzi. Bundestrainer Paul Wagner hatte Bastian erst eine halb Stunde zuvor gebeten, mitzulaufen. Der Wechsel zwischen Haas und Evers (Wagner: „Der Evers wird von Tag zu Tag schneller") war noch nicht perfekt. Die Bronzemedaille bei der WM ist für die vier Sprinter möglich.

Oder da ist die 400-m-Rekordhalterin Gaby Bußmann. Auf die Zehntelsekunde exakt hatte sie ihre Marschtabelle erfüllt. In Finnland will sie schneller sein – noch hat sie zehn Tage Zeit für die Feinarbeit. Die Ausgangsbasis sind 49,60 Sekunden.

Oder Klaus Tafelmeier. Ein Speerwurf von über 90 m bei Windstille, zuvor im holländischen Hengelo bei ähnlichen Bedingungen eine Leistung von 88,10 m – damit gehört der Leverkusener zu den Medaillenanwärtern. Noch habe er Probleme mit seinem Rücken, doch das gäbe sich, zumal er schon seit einer Woche aus der extremsten Traingingsbelastung heraus ist.

Oder da ist Hans-Peter Ferner. Der 800-m-Europameister hat zuvor im 1700 m hoch gelegenen St. Moritz trainiert. Dieses Höhentraining zahlt sich schon aus. Jetzt wird er noch etwas für seine Spurtschnelligkeit tun. Das ist notwendig, denn im Endspurt hat er vor einem Jahr in Athen den großen Sebastian Coe besiegt.

Die deutschen Leichtathleten haben für die Weltmeisterschaften mit Rekorden mobil gemacht. Die acht Goldmedaillen bei den Europameisterschaften im vergangenen Jahr in Athen sind keine Belastung, sondern Ansporn.

Als die deutschen Leichtathleten von Zuschauern im Münchner Olympiastadion gefeiert wurden, rannte die Tschechoslowakin Jarmilla Krachtovilova über 800 m mit 1:53,28 Minuten Weltrekord (zuvor Olisarenko, UdSSR, 1:53,43). Es war ein Rekord aus Versehen. Eigentlich wollte die Pragerin über 200 m starten. Eine Muskelverhärtung, tags zuvor aufgetreten, ließ das Sprinten jedoch nicht zu. Bei den Weltmeisterschaften in Helsinki wird die Weltrekordlerin nicht über 800 m an den Start gehen. „Ich will über 200 m und 400 m gegen Marita Koch aus der DDR kämpfen, ich gehe jetzt doch nicht den leichteren Weg." Marita Koch wiederum, so will es die französische Sportzeitung „L'Equipe" erfahren haben, will in Helsinki den 400-m-Lauf streichen ...

LEICHTATHLETIK

Test-Wettkämpfe in München. Männer: 100 m: 1. Johnson (Kanada) 10,19, 2. Haas (Deutschland) 10,25. 200 m: 1. Evers (Deutschland) 20,56 (Junioren-Europarekord), 400 m: 1. Skamrahl 44,50 (Europarekord), 2. Schmid 45,11, 3. Weber (alle Deutschland) 45,23. 800 m: 1. Ndiwa (Kenia) 1:44,20, 2. Ferner (Deutschland) 1:44,99 ... 7. Wülbeck (Deutschland) 1:46,25. 4x100-m-Staffel: 1. Deutschland (Bastians, Haas, Evers, Rizzi) 38,66 (DLV-Rekord), 2. Kanada 38,69. 3000-m-Hindernis: 1. Kiprotich Rono (Kenia) 8:17,42 (Jahres-Weltbestzeit), 2. Ilg (Deutschland) 8:18,27 (DLV-Jahresbestzeit). Hochsprung: 1. Mögenburg 2,32 (Deutschland), 2. Trzepizur (Polen) 2,29, 3. Thränhardt und Nagel (beide Deutschland) je 2,26, Stabhochsprung: 1. Jantschev (Bulgarien) 5,60 ... 3. Schmidt, 4. Winkler, 5. Volmer (alle Deutschland) je 5,50, Dreisprung: 1. Bouschen (Deutschland) 17,25, Speerwerfen: 1. Tafelmeier (Deutschland) 90,20.

Frauen: 100 m: 1. Taylor (Kanada) 11,22 ... 5. Vollmer (Deutschland) 11,71. 400 m: 1. Bussmann 49,99 (DLV-Rekord), 2. Thimm (beide Deutschland) 50,78, 800 m: 1. Kratochvilova (CSSR) 1:53,28 (Weltrekord), 2. Januchta (Polen) 2:00,45, 3. Krott (Deutschland) 2:01,76, 4x100-m-Staffel: 1. Kanada 43,04, 2. Deutschland II (März, Sommer, Gaugel, Vollmer) 43,84, 3. Deutschland I (Hirsch, Bussmann, Thimm, Schabinger) 43,85, Hochsprung: 1. Meyfarth (Deutschland) 1,94, 2. Brill (Kanada) 1,88.

Länderkampf Skandinavien-USA in Stockholm: Frauen: 1500 m: 1. Decker (USA) 3:57,12 (Jahres-Weltbestzeit), Speerwerfen: Lillak (Finnland) 71,34.

Lafontaine für kernwaffenfreie Bundesrepublik

dpa/AP, **Saarbrücken**

Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges wächst nach Ansicht des saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, wenn die Sowjetunion als Antwort auf die Stationierung von Pershing 2 und Marschflugkörpern in Westeuropa Kurzstrecken-Raketen in der „DDR" und der CSSR aufstellt. In einem Interview der Illustrierten „Bunte" meinte Lafontaine, ein solcher Schritt Moskaus „wäre schärfstens zu verurteilen". Nachrüstung bedeute für ihn angesichts des heutigen Waffenpotentials „nur noch ein Fortschreiten im Wahnsinn".

Auf die Frage, wie er sich die Verteidigung Westeuropas vorstelle, sprach sich Lafontaine für „Entnuklearisierung der Bundesrepublik und Westeuropas" und „Umrüstung auf defensive Systeme" aus. Auch mit defensiven Systemen könne eine ausreichende Verteidigung sichergestellt werden.

Mit der Feststellung, er halte die „Waldspaziergangsformel" der Genfer Unterhändler bei den Mittelstreckenverhandlungen für „völlig unakzeptabel", brachte sich Lafontaine in Widerspruch zur Auffassung der Bonner SPD-Führung. Der von der Parteispitze grundsätzlich begrüßte Kompromiß, wonach bei einer Begrenzung auf 75 sowjetische SS-20-Rakten und 75 Abschußgestelle für Marschflugkörper ein Verzicht auf die Stationierung der Pershing-2-Raketen möglich ist, würde lediglich zu einer weiteren Aufrüstung führen, erklärte Lafontaine. Die Sowjets müßten rund 130 Milliarden Mark aufwenden, um ihr Abwehrsystem auf die in Baumwipfelhöhe fliegenden Marschflugkörper umzustellen.

Bonn: Malta soll bei KSZE einlenken

dpa, **Bonn**

Die Bundesregierung hat gestern an die Regierung von Malta appelliert, durch Zustimmung zum Schlußdokument einen baldigen Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu ermöglichen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), äußerte die Hoffnung, daß Malta nachgebe, damit der in der jetzigen internationalen Situation so nützliche KSZE-Prozeß nicht gefährdet werde. Es gebe im Kreis der KSZE-Teilnehmerstaaten gegenwärtig Überlegungen, das Madrider Folgetreffen notfalls zunächst ohne Malta abzuschließen. Die von Malta in Madrid vertretenen Wünsche nach einer Konferenz über Sicherheit im Mittelmeer seien nicht konsensfähig.

Bremer Plan für 12 000 Arbeitsplätze

W. WESSENDORF/DW. **Bremen**

Mit Hilfe eines Sonderprogramms will das Land Bremen, wo die Stahlindustrie und die Werften in großen Schwierigkeiten sind, in den nächsten vier Jahren Anreize zur Schaffung von 12000 neuen Arbeitsplätzen bieten. Der Bremer SPD-Senat hofft, daß mindestens fünf Bundesländer das Ersuchen für das Sonderprogramm unterstützen, nachdem der Bund schon Einverständnis signalisiert hat. Auch die EG muß noch zustimmen.

Private Investoren können dann damit rechnen, für jeden neu zu schaffenden Arbeitsplatz von Bund und Land eine 15prozentige Finanzhilfe zu bekommen (8,75 Prozent Steuerzuschuß, 6,25 Prozent Barauszahlung). Für Bund und Land bedeutet das Jahresausgaben von 18 bis 20 Millionen Mark.

Reagan: Keine Spaltung Libanons durch Teilabzug

US-Präsident hofft, daß Syrer Israels Beispiel folgen

DW. **Washington/Jerusalem**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan erwartet, daß die teilweise Rückverlegung der israelischen Truppen in Libanon nur einen Schritt zu ihrem völligen Abzug aus dem Nachbarland darstellt. Auf einer Pressekonferenz sagte Reagan, mit dem teilweisen Rückzug der Israelis hätten sich bessere Chancen auch für einen Abzug der Syrer aus Libanon eröffnet. Er werde dieses Thema gegenüber dem israelischen Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Arens zur Sprache bringen, mit denen er heute zusammentrifft.

Shamir und Arens hatten gestern und vorgestern im US-Außenministerium und im Pentagon Gespräche über die Libanon-Frage geführt. Dabei sollen sie einen detaillierten Zeitplan für den Teilrückzug in Libanon vorgelegt haben.

Reagan sagte, er sei „sehr hoffnungsvoll", daß sich ein israelischer Teilrückzug als „eine Phase ihres Abkommens (mit Libanon) über einen Abzug" erweisen werde. Falls die Israelis in „einem phasenweisen Rückzug abziehen, wird uns dies sicherlich besser in die Lage versetzen, die Blockade, die von Syrien errichtet worden ist, zu durchbrechen und sie, die Syrer, zu überzeugen, ihr Versprechen, daß sie sich bei einem Rückzug der anderen auch zurückziehen, einzuhalten", meinte der Präsident.

Er teile nicht die Ansicht des libanesischen Präsidenten Gemayel, daß ein israelischer Teilrückzug zu einer Spaltung des Libanon führen könnte, sagte Reagan weiter. Falls sich die Israelis jedoch in neuen Positionen festsetzen sollten und die Syrer sich ebenso verhielten, dann wäre dies ein Schlag gegen die Souveränität Libanons.

In der Knesset in Jerusalem hat Ministerpräsident Begin gestern drei Abstimmungen über Mißtrauensanträge erfolgreich überstanden. Mit jeweils 59 zu 53 Stimmen lehnten die Abgeordneten die von den Oppositionsfraktionen eingebrachten Anträge ab, die sich sowohl gegen die Person des Regierungschefs als auch gegen dessen Wirtschafts- und Libanonpolitik richteten. Sprecher der Opposition warfen Begin vor, die Wirtschaftspolitik versagt und Libanon in einen „Sumpf" verwandelt zu haben.

Im Ostteil der Stadt und in Nablus im Westjordanland waren gestern aus Protest gegen die Ermordung von drei Studenten an der Universität von Hebron sämtliche Geschäfte der Palästinenser geschlossen. In Nablus wurde eine junge Palästinenserin bei einer Demonstration getötet. Die Tageszeitung „Jerusalem Post" nannte das Massaker von Hebron die „logische Folge der Handlungen und Unterlassungen der Regierung" Begins.

Sowjets rechnen mit Einbußen bei Getreide

F. H. NEUMANN/DW. **Moskau**

Die Sowjetunion wird bei der diesjährigen Getreideernte den von westlichen Fachleuten noch im Frühsommer vorausgesagten Ertrag von rund 200 Millionen Tonnen offenbar nicht erreichen. Andeutungen in dieser Richtung machte der neue Ministerpräsident der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR), Witalij Worotnikow. Er sagte, die Getreideernte werde in der RSFSR, der größten Sowjetrepublik, „ein bißchen höher" ausfallen als im vorigen Jahr. In diesem Jahr habe sich die Trockenheit besonders nördlich des Kaukasus und an der unteren Wolga ungünstig ausgewirkt.

Vier Jahre hintereinander hatte die UdSSR Mißernten zu verzeichnen. Das Ergebnis vom vergangenen Jahr, das vermutlich bei 180 Millionen Tonnen lag, war noch relativ am besten. Laut Plan sollten in diesem Jahr weit über 200 Millionen Tonnen geerntet werden. In den letzten beiden Jahren wurden bei Getreide von Moskau keine Ertragszahlen mehr veröffentlicht.

In den von Worotnikow genannten russischen Gebieten und in der östlichen Ukraine herrschte schon im vergangenen Herbst außergewöhnliche Dürre. Sie schädigte die Wintergetreide-Saaten. In den transkaukasischen Gebieten, die zu den fruchtbarsten Gebieten der Sowjetunion gehören, haben nach langer Hitzeperiode nun heftige Unwetter mit Hagelschlag die Kulturen in Mitleidenschaft gezogen.

Worotnikows Äußerungen wurden von Alarmrufen einer Kommission der sowjetischen Zentralregierung begleitet. Die Kommission kritisierte den ausgesprochen langsamen Verlauf der Ernte. Die Presse prangerte auch die verlustreiche Lagerung von Kartoffeln an.

Strauß: Zusagen Honeckers für Erleichterungen

● Fortsetzung von Seite 1

blik Deutschland 250 Millionen anbiete. Nach Strauß' Überzeugung wird man sich etwa in der Mitte treffen.

Beim Abschluß eines Kulturabkommens zwischen beiden deutschen Staaten werde die Berlin-Klausel keine Rolle spielen, zitierte Strauß den SED-Chef. Honecker habe versichert, ein solches Abkommen könne „jederzeit abgeschlossen werden". Hingegen müßten sich die Westmächte und die Sowjetunion beim Abschluß eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten nach Honecker über die Anwendung der Berlin-Klausel erst noch einigen.

Hinsichtlich der Umweltprobleme zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik Deutschland, zum Beispiel Versalzung der Werra, Gewässergüte der Elbe und Rauchgasentschwefelung, habe sich Honecker zu „kurzfristig" anzusetzenden Gesprächen bereit erklärt, desgleichen auch zu Expertengesprächen über die Sicherheit kerntechnischer Anlagen im Grenzbereich. Nach seinem Eindruck, so Strauß, würden diese Gespräche in ein „Umweltabkommen" mit der „DDR" einmünden können.

Strauß bekräftigte seine Meinung, daß auch nach der Nachrüstung die Ost-West-Beziehungen nicht verhärtet werden würden. Selbst Honecker habe hier sehr vorsichtig formuliert: Die Nachrüstung könnte Kriegsgefahr auslösen, sie könnte die deutsch-deutschen Beziehungen belasten. Demgegenüber habe er, Strauß, betont, derartige Warnungen hätten sich auch bei der Aufstellung der Bundeswehr und Einführung atomarer Waffenträger in der Bundesrepublik 1957 als gegenstandslos erwiesen.

Für den Krieg, habe er seinen östlichen Gesprächspartnern versichert, sei kein Platz mehr in Europa. Europa sei der sicherste Kontinent der Welt. Die östliche Seite müsse den Deutschen endlich glauben: „Von deutschem Boden wird niemals mehr ein Krieg gegen den Osten ausgehen." Denn ein Raketenkrieg würde den „bewußten Selbstmord der Menschheit" bedeuten. Seine Zuversicht, daß sich zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn einmal Verhältnisse entwickeln würden, wie sie sich nach jahrhundertelanger „Erbfeindschaft" im Westen ergeben hätten, habe bei seinen Gesprächspartnern „wenigstens emotionell Eindruck erweckt".

Nach Meinung des CSU-Chefs hat sich der Osten bereits mit der westlichen Nachrüstung „abgefunden". Offensichtlich strebe die Sowjetunion nun ein mittelfristiges militärisches Arrangement von drei bis fünf Jahren an. Die angedrohten „Gegenmaßnahmen" des Ostens würden nach seiner Auffassung in der Stationierung neuer mobiler Atomraketen mit geringeren Reichweiten auf den Territorien der „DDR" und der Tschechoslowakei bestehen.

Energisch verwahrte sich Strauß gegen zum Teil „skurile" Darstellungen seiner Gespräche in Polen, wie sie in westlichen Zeitungen wiedergegeben worden seien. Er denke nicht daran, sich gegen „normale Päckchen" nach Polen zu wenden. Mit seinen Äußerungen habe er lediglich die großen Sonderpaketaktionen mit Portosubventionen aus dem Bundeshaushalt gemeint, die zur Abwendung einer Hungersnot in Polen bestimmt waren.

Erfurter Propst für ein Friedenskonzil

epd, **Vancouver**

Die Welt kann sich nicht länger den „Sicherheitsluxus des Wettrüstens" leisten. Diese Auffassung vertreten die 17 Delegierten des evangelischen Kirchenbundes der „DDR" in einem Beschlußantrag an die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates.

Vor Einbringung des Antrages erläuterte der Erfurter Propst Heino Falcke auf einer Friedens-Veranstaltung der Vollversammlung, daß es den Delegierten aus der „DDR" am liebsten wäre, die Welt-Kirchenkonferenz könne sich in der Beurteilung der atomaren wie der konventionellen Bewaffnung zu einem kompromißlosen „Nein ohne jedes Ja" entschließen. Da nach Falckes Einschätzung aber eine einheitliche Verabschiedung einer solchen Forderung aller Wahrscheinlichkeit nach keine Chance habe, forderten die Delegierten zunächst eine Umkehr von der Abschreckungsideologie, die Arbeit an einem gerechten Frieden und die Erprobung einer friedlichen Konfliktlösung. Um dem ein Stück näher zu kommen, forderte Falcke den noch zu wählenden Zentralausschuß des Kirchenrates auf, ein allgemeines christliches Friedenskonzil, wie es Dietrich Bonhoeffer angesichts des drohenden Zweiten Weltkrieges für nötig hielt, einzuberufen.

Die Situation im geteilten Deutschland macht es nach Falckes Ansicht für die beiden deutschen Kirchen besonders notwendig, sich aktiver für den Frieden einzusetzen. Zwar habe sich die Synode des evangelischen Kirchenbundes in der „DDR" bisher noch nicht zu jenem „Nein ohne jedes Ja" durchringen können, doch glaubt der Erfurter Propst, daß eine solche Mehrheitsentscheidung nicht mehr lange auf sich warten lasse.

„Lehrstellen-Zusage wird bis Herbst eingehalten"

Wilms: Jugendliche sollen flexibel und mobil sein

GISELA REINERS/DW. **Bonn**

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) geht davon aus, daß bis zum Herbst die Zusage des Bundeskanzlers eingehalten werden kann, alle ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen würden eine Lehrstelle finden. Der Markt sei in voller Bewegung; das sei neu für die Sommermonate, sagte die Ministerin gestern in Bonn.

Allerdings sei es nicht möglich, daß in allen Berufen und in allen Regionen genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt würden. Deshalb appellierte sie an die jungen Leute, bei der Berufswahl flexibel und mobil zu sein. An die Betriebe richtete sie die Bitte, auch noch im September freigebliebene Plätze zu melden und zu besetzen. Die Ministerin beklagte es, daß viele Jugendliche sich weder bei der Arbeitsverwaltung noch bei Betrieben abmeldeten, wenn sie eine Lehrstelle gefunden hätten. Dadurch entstehe besonders für die Betriebe viel zusätzliche Arbeit. Darüber hinaus verfälsche dieses Verhalten die Statistik.

Bundesweit seien im Juni 411 000 Ausbildungsplätze und 543 000 Bewerber gemeldet gewesen, sagte Frau Wilms. Die Zahl habe sich seit April günstig entwickelt; die Schere beginne sich zu schließen. Das Landesarbeitsamt für Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf habe für Juni 5082 Lehrstellenangebote gemeldet; im vergangenen Jahr seien es zur gleichen Zeit nur 3990 gewesen. Diese Tendenz sei überall zu beobachten. Sie verwies auf die Zwischenbilanz des Deutschen Industrie- und Handelstages, der mehr als neun Prozent mehr Lehrstellen als im Vorjahr registriert habe. Im Handwerksbereich seien es etwa fünf bis sechs Prozent mehr.

Frau Wilms erklärte, in manchen Bereichen gebe es sogar ein Überangebot an Ausbildungsplätzen. So meldeten sich in München nur zwei Bewerber, verfügbar seien aber 151 Plätze für Maurer. Bei Friseuren sei das Verhältnis 350 offene Stellen zu 82 Interessenten. In Bonn seien von 600 offenen Stellen 112 im Nahrungsmittelhandwerk zu finden, doch gebe es nur 35 Bewerber.

dpa, **Nürnberg**

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, hat die Arbeitsämter der Bundesrepublik gestern zu einer neuen Lehrstellenoffensive aufgefordert. Er sagte, die Berufsberater sollten in die Betriebe „ausschwärmen", um festzustellen, in welchem Umfang noch Ausbildungsplätze frei sind. Gleichzeitig sollen sie um zusätzliche Stellen werben. Stingl appellierte an die Jugendlichen, sich jetzt schnell für eine Lehrstelle zu entscheiden, „damit keine Ausbildungsstellen durch Doppelbewerbungen blockiert bleiben".

China will Atompotential mehr ausbauen

AFP, **Peking**

In der Volksrepublik China mehren sich die Anzeichen dafür, daß das Land sein Atomwaffenpotential ausbauen wird. Innerhalb von zwei Tagen hat der Politkommissar der Streitkräfte, General Yu Qiuli, in zwei Interviews eine Modernisierung der „Volksbefreiungsarmee" und ein Durchbrechen des „Atom-Monopols" der USA und der UdSSR angekündigt. Er distanzierte sich gleichzeitig von dem Rüstungswettlauf der beiden Supermächte, dem sich China nicht anschließen wolle.

Die chinesische Armee ist mit 4,2 Millionen Soldaten die größte der Welt, besitzt aber zum Teil noch recht primitive Waffensysteme. China will nach Yus Worten die Reorganisation der Armee größtenteils ohne Waffenkäufe im Ausland erreichen.

In Interviews mit einer Armeezeitschrift und der „Peking-Rundschau" nannte Yu als strategische Konzepte der chinesischen Armee auch den „Volkskrieg" und die „positive Verteidigung". Diese aus der Zeit Mao Zedongs stammenden Konzepte dürften somit auch nach einer Modernisierung Teil der chinesischen Strategie bleiben.

Die erste chinesische Atombombe war 1964 gezündet worden. Seit drei Jahren hat China seine Atomversuche eingestellt. Jedoch geht der Aufbau einer eigenen Nuklearstreitmacht weiter. Außerdem hat das Land mit Erfolg eigene Interkontinentalraketen mit einer Reichweite von 9600 Kilometern getestet. Yu Qiuli bestätigte, daß China große Anstrengungen unternehmen werde, um seine Armee nahezu ohne ausländische Hilfe zu reorganisieren. Besonders die Rüstungsindustrie und -forschung würden weiterentwickelt.

Ankara warnt Gastarbeiter in Deutschland

dpa/Rei, **Ankara**

Das Arbeitsministerium in Ankara hat gestern die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland davor gewarnt, ihre Arbeitsplätze freiwillig aufzugeben und sich unter Mitnahme der von der Bundesregierung geplanten Rückkehrhilfe auf den Weg ins Heimatland zu machen. In einer Erklärung wies das Ministerium darauf hin, daß es wegen der hohen Arbeitslosigkeit für Türken, die freiwillig auf ihren Job verzichteten, später praktisch unmöglich sei, wieder eine Anstellung in der Bundesrepublik zu finden. Das Arbeitsministerium machte die Gastarbeiter ferner darauf aufmerksam, daß sie bei eigener Kündigung Verluste an sozialen Leistungen hinnehmen müßten und riet, vorher genau die Sozialgesetzgebung und die Aufenthaltsbestimmungen für die Bundesrepublik zu studieren.

Die Bundesregierung plant, freiwillig in ihr Heimatland zurückkehrenden Gastarbeitern, die hier in einem bestimmten Zeitraum arbeitslos werden oder kurzarbeiten, eine Prämie von 10 500 Mark, für jedes Kind zusätzlich noch 1500 Mark zu zahlen. Staatssekretär Heinrich Franke vom Bundesarbeitsministerium bedauerte gestern die türkische Aufforderung. Die Beträge, die den Gastarbeitern ausgezahlt würden, seien „ansehnlich". Zusammen mit den Fertigkeiten, die viele Türken in der Bundesrepublik erworben hätten, hätten die Rückkehrer durchaus Chancen für eine Existenzgründung.

Wer allerdings seinen Job in Deutschland aufgibt, fällt wieder unter den seit 1974 geltenden Anwerbestopp. Er kann nicht mehr zurück.

Kritik im DGB an Steinkühlers Streikforderung

AP, **Stuttgart**

Als „Anmaßung" und „Alleingang" hat der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Karl Heinz Hoffmann die Aufforderung des Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiters Franz Steinkühler zurückgewiesen, aus Protest gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen für 15 Minuten die Arbeit niederzulegen. Der Aufruf des „selbsternannten Streikführers" schade der Friedensdiskussion. Hoffmann warnte alle verantwortlichen Gewerkschafter davor, „den Bogen zu überspannen". Auch der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, hat Steinkühler gestern kritisiert. Er forderte, auf der nächsten DGB-Vorstandssitzung die Stuttgarter Aufforderung zu diskutieren und eine endgültige Haltung des Gewerkschaftsbundes zur Nachrüstung und zu den Friedensinitiativen festzulegen.

Zu Anschlag auf Allianz bekannt

dpa, **Stuttgart**

Eine der Polizei bisher unbekannte „revolutionäre autonome Widerstandsbewegung" hat sich zu dem Sprengstoffanschlag auf das Allianz-Verwaltungsgebäude in Stuttgart bekannt. Ein am Morgen im Büro der dpa eingegangenes Bekennerschreiben wird vom Landeskriminalamt als authentisch betrachtet. Die Explosion in der Nacht zum Dienstag hatte etwa 60 000 bis 80 000 Mark Sachschaden angerichtet.

Gericht: Bedenken gegen Ausländererlaß

dpa, **Stuttgart**

Als verfassungsrechtlich bedenklich hat das Verwaltungsgericht Stuttgart den baden-württembergischen Ausländererlaß bezeichnet, wonach ausländische Arbeitnehmer nach ihrer Heirat mindestens drei Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gelebt haben müssen, bevor ihr Ehepartner aus dem Heimatland nachziehen darf. Das Gericht verpflichtete die Stadt Stuttgart, einer Spanierin die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, die ihr bisher unter Berufung auf den entsprechenden Erlaß des baden-württembergischen Innenministeriums verweigert worden war. In der Urteilsbegründung heißt es, daß es keinerlei Anhaltspunkte dafür gebe, daß es sich um eine Scheinehe handele. Es könne sich also nur um eine „generalpräventive Maßnahme" handeln, das heiße, die Klägerin würde als „abschreckendes Beispiel" für andere Ausländer abgeschoben. Damit würde sie zum „Objekt staatlichen Handelns" herabgewürdigt, was gegen den in Artikel 1 des Grundgesetzes gewährleisteten Schutz der Menschenwürde verstoße. Darüber hinaus könne auch der Artikel 6 GG in Anspruch genommen werden, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen (AZ: VRS 16 K 1117/83).

Ausreisewillige verurteilt

dpa, **Frankfurt**

Brigitte Zille, Witwe des vor zwei Jahren verstorbenen Bürgerrechtlers Günter Zille aus Dessau, ist in der „DDR" wegen ihrer Ausreisebemühungen zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt mitteilte, sind Einzelheiten über das Gerichtsverfahren sowie über die zugrunde gelegten „Straftatbestände" im Westen noch nicht bekanntgeworden.

Kein Grund zum Jubeln – Eine Bilanz nach 30 Jahren TV in der Schweiz

Statt mehr Franken mehr Konkurrenz

Ende Juli 1953 wurden in der Schweiz die ersten öffentlichen Fernseh-Versuchssendungen über den Sender Üetliberg bei Zürich ausgestrahlt. Die wöchentliche Sendezeit betrug drei Stunden, und die technische Einrichtung im Studio bestand aus drei Kameras und einem Filmabtaster. Die erste Nachrichtensendung in Bildern Ende August vor 30 Jahren enthielt zwei Beiträge: eine Reportage über die Eröffnung des Flughafens Zürich-Kloten und einen Filmbericht von den Radweltmeisterschaften auf der Rennbahn Zürich-Oerlikon.

Heute, 30 Jahre später, ist das Schweizer Fernsehen eine nationale Macht mit zwei Millionen Gebührenzahlern, die nach zuverlässigen Erhebungen im Durchschnitt 63 Minuten täglich vor dem Bildschirm sitzen und die gleichen Krimi- und Familienserien, Wiederholungen von Erfolgsfilmen, aufwendigen Shows aus Amerika und Paris zu sehen bekommen wie wir, sich über langatmige Diskussionen und politische Indoktrination sowie die Vernachlässigung von Zuschauer-Wünschen bei Sport, Krimis und Spielfilmen ärgern.

Will man Marktforschern und der größten Tageszeitung in der Schweiz glauben, ist das eidgenössische Fernsehen schlecht. Das Boulevardblatt „Blick" überschrieb deshalb eine wochenlange Serie anläßlich des silbernen Jubiläums mit dem vernichtenden Titel „25 Jahre Bildstörung". Die Zeitung stellte fest, daß alle Eidgenossen das Fernsehen liebten, viele es fürchteten, daß dieses das Leben der Bürger verändert und gewiß noch eine revolutionäre Zukunft vor sich habe, daß jedoch auch beim Jubiläum kein Grund zu Jubel vorhanden sei. Dazu habe es zu viele Fehler, Pleiten und Pannen gegeben …

Das Fernsehen hatte es in der Schweiz von Anfang an schwer. Ein Verein zu seiner Bekämpfung konstituierte sich, blieb jahrelang am Leben und ging erst ein, als die zu Beginn magische Zahl von 180 000 Konzessionen erreicht war und das Fernsehen außer einem deutschsprachigen auch französische und italienische Programme ausstrahlte.

Am 4. März 1958 wurde zwischen Fernsehen und Zeitungsverlegern ein Vertrag unterzeichnet, in dem sich das Fernsehen für maximal zehn Jahre zum Verzicht auf TV-Werbung verpflichtete. Zeitungsverleger und Anzeigen-Agenturen aber mußten versprechen, dem Fernsehen bis zu einem Bestand von 180 000 Konzessionären jährlich zwei Millionen Franken zu zahlen. Dreieinhalb Jahre später war die Zahl erreicht, die Zahlungsverpflichtung der Zeitungsverleger erloschen und das Fernsehen berechtigt, ihnen auf dem Bildschirm Konkurrenz zu machen.

Es dauerte jedoch weitere dreieinhalb Jahre, ehe die ersten Werbespots zu einem Minuten-Preis von rund 7000 Mark über die Bildschirme liefen. Doch immerhin brachte Werbung dem Fernsehen allein im ersten Jahr rund 25 Millionen Mark ein.

Man konnte das Geld gebrauchen: anläßlich des Wettbewerbs „Goldene Rose von Montreux" wurden im Frühjahr 1967 erstmals in der Schweiz farbige Fernsehsendungen ausgestrahlt. Ein Jahr später wurde in Bern auch der weitere Ausbau des nationalen Fernsehens gebilligt. Zwei weitere Ketten wurden Ende des Jahres eingerichtet und den einzelnen Landessprachen zugewiesen. 15 Jahre nach den ersten Anfängen hatte das helvetische Fernsehen bereits eine Million von Fernsehkonzessionären.

Von da an ging die Entwicklung des Schweizer Fernsehens mit Siebenmeilenstiefeln weiter: Neue Sendeanlagen und Verwaltungsbauten schossen aus dem Boden, die Administration wurde zu einer regelrechten Macht im Staate, die Postenjagd war in den TV-Zentren Zürich, Genf und Lugano in vollem Gange, und erstmals gab es auch Streit um die Gebühren. Sie sollten gleich um 15 Prozent angehoben werden – zur gleichen Zeit, in dem das zuständige Ministerium in Bern die „Kommission für die Behandlung von Beschwerden betreffend den Programmbereich" einsetzte, der Einführung eines weiteren Werbeblocks im Abendprogramm zustimmte und „Richtlinien für Gegendarstellungen an Radio und Fernsehen" in Kraft setzte …

Das Fernsehen aber hatte sich längst etabliert, hatte Stars hervorgebracht, Karriere-Hoffnungen zerstört, bei den Zuschauern einiges an Kredit verloren und ohne Skrupel über seine Verhältnisse gelebt. Heute befindet es sich in akuter Finanznot, und ein berühmter Unternehmensberater gibt dem Schweizer Fernsehen wenig Chancen für eine positive Entwicklung, „wenn es so weitermacht wie bisher".

Die Zuschauer zwischen Basel und Chiasso, Bodensee und Genfer See stört dies nicht: Sie haben schließlich die Wahl zwischen mindestens vier deutschen, je drei französischen, österreichischen und italienischen Programmen. Viele Schweizer sagen denn auch: „Was unser Fernsehen braucht, ist nicht mehr Geld, sondern Konkurrenz."

WALTER H. RUEB

KRITIK

Mit Phantasie aus der Misere?

Damenschneiderinnen sind plötzlich wieder im Kommen, Schieferdecker, Kaminbauer und Verkäufer: Horst Danker hat den Bogen weit gespannt bei seinem Versuch (**„Arbeit gibt es genug – Verschüttete Berufe werden wiederentdeckt"**, ZDF), jugendliche Arbeitslose auf „Phantasie und Initiative" hinzuweisen, mit deren Hilfe sie vielleicht aus der Misere herauskommen können. Dabei hat er sogar den „Sozialarbeiter" erwähnt. In diesem Berufssektor gibt es nun zwar 100 000 Arbeitslose, aber der Autor ließ durch den Mund einer leitenden Dame der Arbeiterwohlfahrt ausrichten, die Gemeinden sollten sich dieses Reservoirs annehmen, denn es gebe viele Einsatzmöglichkeiten.

Tatsächlich sind Denkmalspflege und Stadtsanierung ein wachsender Markt für geschulte Spezialhandwerker, etwa solche, die im Fortbildungszentrum für Handwerk und Denkmalspflege in der Propstei Johannisberg bei Fulda geschult werden. Leider hat der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Paul Schnitker, in dem eingeblendeten Interview nicht darauf hingewiesen, daß Auftraggeber für solche Experten fast immer das Gesamtpaket suchen, den Zusammenschluß von Handwerkern unterschiedlichster Richtung für einen Gesamtauftrag, und daß die Deutschen hinter ähnlichen polnischen Initiativen herhinken, die den Zuschlag bekommen.

Junge Leute wollen und sollen wieder Verkäufer werden – ein „verschütteter Beruf". Sind da wirklich 200 000 Stellen unbesetzt? Und gibt es wirklich 700 000 Arbeitsplätze für „Naturschutz und Umwelt"? Darüber müßten sich die äußern, die es zu bezahlen hätten, aber sie hörte man leider nicht.

EBERHARD NITSCHKE





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Die wunderbaren Jahre
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Unsere kleine Farm
Der Dieb von Walnut Grove
16.10 Tagesschau
16.15 Gefühls-Sachen
Eifersucht
Was ist der Grund, wenn ein 18jähriger seine Freundin förmlich bewacht? Liebe oder anmaßender Besitzanspruch? Oder wenn eine 36jährige Ehefrau sich von ihrem Partner trennt, weil sie mit seiner und ihrer eigenen Eifersucht nicht mehr zurechtkommt? Auch Prominente wie Dietmar Schönherr und Beatrice Richter erzählen, wie sie mit der Eifersucht fertig geworden sind.
17.00 Matt und Jenny
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Annettes erstes Biwak
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Der 7. Sinn
20.18 Unter deutschen Dächern
Der Kulturbunker
Film von Susanne Müller-Hanpft und Martin Bosboom
300 Millionen Mikrofilmaufnahmen, das „kulturelle Erbe" unserer Geschichte, lagern in einem alten Silberbergwerkstollen im Schwarzwald in 688 Meter Tiefe.
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live mit Elton John, dem Jazz-Musiker Dizzy Gillespie und dem Jesuitenpater Leppich, der unter der Bezeichnung „das Maschinengewehr Gottes" in den sechziger Jahren für Schlagzeilen sorgte.
22.00 Souvenirs, Souvenirs
Ausgesucht von Chris Howland
Mit Rex Gildo, Hildegard Knef, Conny Froboess u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Amadeus-Quartett
Franz Schubert:
Streichquintett C-Dur, op. 163
Quartettsatz c-Moll, op. posth.
00.05 Tagesschau

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
Der Kampf mit den Gespenstern
Pinocchio ist mit Lina im Dorf der fleißigen Bienen. Nachdem es mit anderen Arbeiten nicht so recht hingehauen hat, soll er nun die Gäste bewirten. Aber siehe da, die Gäste sind der Fuchs und der Straßenkater, die sich ins Vertrauen der Dorfbewohner eingeschlichen haben. Und dann, als Pinocchio endlich einschlafen kann, passiert es: Die Diebe sind ins Lagerhaus eingebrochen.
15.45 Wir haben Spaß
Das Fahrradrennen
16.40 Ferienkalender
17.00 Musik und Technik
13teilige Sendereihe
1. Tonerzeugung
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.25 Patienten gibt's
Letzte Folge: Mondnacht
19.00 heute
19.30 Zirkus, Zirkus
Attraktionen und Sensationen der Manege
21.00 heute-journal
21.20 Live aus Bayreuth:
Aspekte extra
Wagner im Wandel
Impressionen von den Bayreuther Festspielen 1983
22.50 Engel aus Eisen
Deutscher Spielfilm, 1980
Mit Ulrich Wesselmann, Hilmar Thate und Ilse Pagé u. a.
Regie: Thomas Brasch
Eine Kriminalgeschichte aus der Zeit der Berliner Luftbrücke.
Während oben das Donnern der Motoren nicht verstummt, herrscht unten eine politische, ökonomische und psychologische Ausnahmesituation. Die Blockade, die zur Teilung führt, hat auch die Polizei geteilt, und in diesem Vakuum baut der siebzehnjährige Werner Gladow seine Bande auf.
00.10 heute

WEST
18.00 Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer (3)
18.30 Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer (3)
19.00 Sie machten Steine aus gebrannter Erde (3)
Norddeutsche Backsteinarchitektur
19.15 Fährbahnhof Puttgarden

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Gegen alle Flaggen
Amerik. Spielfilm, 1952
21.35 Ein Fest für alle Frauen
500 Amerikanerinnen schaffen ein Frauenkunstwerk
22.20 Zwischen Brettl und Brettern
23.10 Schon wieder gefälschte Tagebücher?
23.55 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.00 Der Junge, der mit den Tieren sprach
Amerik. Spielfilm, 1975
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Stromberg – Die letzte Nacht
21.10 Die Grenz' ist die Grenz'
21.35 Sport unter der Lupe
22.20 Abschied von Tewjes Welt
3. Jiddisch – Chance einer Kultur

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Saison in Salzburg
Operette von Max Wallner und Kurt Feltz
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend …
Zu Gast: Alice und Ellen Kessler
21.45 Z. E. N.
21.50 BR unterwegs

Rätselhafter Export

HH – „Anders als in früheren konjunkturellen Erholungsphasen gingen diesmal vom Außenhandel keine belebenden Wirkungen auf die Binnenwirtschaft aus. Vielmehr bewegte sich die Exportentwicklung bis zuletzt in ruhigen Bahnen." So das Urteil des Wirtschaftsministeriums im Lagebericht, der in der Gesamtbewertung durchaus optimistisch ist. So auch die Einschätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris vor wenigen Tagen.

Bei aller Unsicherheit in den Exportprognosen sind sich Bonn und Paris einig, daß die Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik diesmal mehr als früher vom Inlandsmarkt bestimmt werde. Um so mehr überrascht der Optimismus der Hamburger Wirtschaftsforscher, die jetzt eine Besserung bis ins nächste Jahr hinein erwarten. Gerade die vom HWWA ins Feld geführten Faktoren sind es, die Bonn und Paris zu einer entgegengesetzten Einschätzung veranlassen.

Auch wenn die Ölpreise langfristig wieder steigen dürften, so ist im Moment keine Preissteigerung in Sicht. Die Verlagerung von Opec- zu Nordsee-Öl hält außerdem an. Damit ist auch nicht zu sehen, wie die Opec als Nachfrager wieder stärker in Erscheinung treten sollte. Eher ist damit zu rechnen, daß einige wichtige Mitglieder wie Saudi-Arabien ihre Importe allenfalls auf dem hohen Niveau stabilisieren. Fragezeichen erscheinen auch zu wichtigen europäischen Käuferländern wie gerade Frankreich am Platze. Die Konjunkturentwicklung dort nimmt einen solchen Verlauf, daß auch wachsender Protektionismus innerhalb der Gemeinschaft zu befürchten ist.

Alles in allem kein Panorama, in dem ein kontinuierlicher Exportanstieg zu sehen ist.

Heringspoker

Ha (Brüssel) – Beschämende Szenen bietet das Gezerre über die Brüsseler Heringsquoten. Was sich die EG-Regierungen an kleinlichem *Gefeilsche leisten*, ist bei allem Verständnis für die wirtschaftlichen Hintergründe nicht mehr nachzuvollziehen. Weder Kompromißvorschläge noch das „Beichtstuhlverfahren" des Ratsvorsitzes mit den Kontrahenten *konnte bislang* einen Ausweg aus der Sackgasse der Engstirnigkeit weisen. Der Grund ist klar: Es fehlt ganz einfach am politischen Willen zum Ausgleich. Nichts ist von der euphorischen Stimmung geblieben, die sich zu Beginn dieses Jahres nach den ersten Beschlüssen über die gemeinsame Fischereipolitik eingestellt hatte, statt dessen wird das mühsam Erstrittene seither wegen ein paar Tonnen zusätzlicher Heringe politisch aufs Spiel gesetzt. Der Glaubwürdigkeit und dem Ansehen der EG-Partner und der Gemeinschaft schadet das Trauerspiel. Nur die Heringe können sich darüber freuen, daß sie wegen des verlängerten Fangverbots eine neue Schonfrist *erhalten*.

Besseres Bauspar-Klima

Von WERNER NEITZEL

In den Chefetagen der Bausparkassen – und nicht nur dort – atmet man auf. Eine zweijährige Dürreperiode, die durch kräftige Einbrüche im Neugeschäft und durch teilweise stockenden Geldeingang gekennzeichnet war, scheint vorüber zu sein. Jedenfalls können öffentliche und private Bausparinstitute im bisherigen Verlauf dieses Jahres mit mehr oder minder deutlichen Zuwachsraten in den beiden wichtigen Komponenten Neugeschäft und Geldzufluß zur Zuteilungsmasse aufwarten.

Diese Feststellung ist wichtig, denn weit mehr als andere Sparten ist die Bausparwirtschaft von anhaltender Dynamik abhängig. Bekanntlich gehen von einem ansteigenden Bausparneugeschäft auch Wachstumsimpulse für den Geldeingang aus, die wiederum nötig sind, um die Zuteilungsfristen relativ kurz und das Bausparen in Konkurrenz zu anderen Finanzierungsformen für neue Interessenten attraktiv zu halten. Vom Funktionieren dieses Kreislaufs hängt also einiges ab.

Sensibilität und Störanfälligkeit des Bausparens waren gerade in den vergangenen zwei Jahren nicht zu übersehen. Insbesondere das rapide Absacken beim Neuabschluß von Bausparverträgen um rund 34 Prozent innerhalb von zwei Jahren bereitete der Branche Kopfzerbrechen. Das Neugeschäft der über dreißig deutschen Bausparkassen, das den Bausparsummen nach 1980 den Spitzenwert von über 107 Milliarden Mark erreicht *hatte*, war im vergangenen Jahr auf das Niveau der Jahre 1975/76 zurückgefallen.

Die Gründe für diese Rutschpartie liegen auf der Hand: Die allgemein schwache Konjunkturlage mit gestiegenen Arbeitslosenzahlen und geschrumpften realen Einkommen, verbunden mit einer weitverbreiteten Unsicherheit im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, schlugen voll durch. Stark sinkende Baugenehmigungen und -fertigstellungen, unter anderem eine Folge allzu hoher Kapitalmarkt-Zinsen sowie Bauland- und Baupreise, rundeten das düstere Bild ab.

Auf den ersten Blick nicht ganz so ungünstig war der Trend im Geldeingang, der in den letzten Jahren, wenn auch in bescheidenem Rahmen, immerhin noch zugenommen hat. Zu verdanken ist dies dem wesentlich stärker gewordenen Gewicht der Zins- und Tilgungsbeiträge für den Zuteilungstopf. Die Sparleistungen fielen indessen im vergangenen Jahr auf den Stand von 1978 zurück. Sondersparzahlungen flossen spärlicher, zumal andere Anlageformen mit günstigeren Zinsen lockten.

In Anbetracht des auf nunmehr rund 812 Milliarden Mark angeschwollenen Vertragsbestandes, von dem knapp zwei Drittel nicht zugeteilt sind, wäre freilich ein deutlich kräftigerer Schwung im Geldeingang erforderlich gewesen, um bisher gewohnte Wartezeiten bis zur Zuteilung zu halten. Da jene Voraussetzung ausblieb, hatte in erster Linie der sogenannte Schnellsparer, also derjenige, der in einem Zug 40 oder 50 Prozent der Bausparsumme als Sparguthaben einbezahlte, längere Zuteilungsfristen zu „schlucken". Diese Wartezeit mit einer relativ teuren Vor- bzw. Zwischenfinanzierung zu überbrücken, fällt schwer.

Dieser ärgerliche Tatbestand tangierte freilich, obwohl die Kassen dies ungern oder gar nicht wahrhaben wollen, auch den durchaus „normalen" Sparer, der sich mit Hilfe einiger Sondereinzahlungen etwas schneller ans Zuteilungsziel heranpirschen wollte.

Der mißlichen Lage im Wohnungsbau und damit auch an der Bausparfront begegneten die Bausparkassen mit einer Verbreiterung *des Tarifangebots*, um mit neuen Zinskombinationen und Disagio-Varianten noch zögernde Bausparaspiranten aus ihrer Reserve zu locken. Sogar die Abschlußgebühr blieb nicht unangetastet. In der Branche beginnt sich eine Linie durchzusetzen, nach der dieses „Eintrittsgeld" dann zurückerstattet wird (wenn es nicht gar erst zeitversetzt auf dem Konto belastet wird), sobald der Kunde auf ein Bauspardarlehen verzichtet.

Unisono klagen die Bausparkassen über die schwindende Schubkraft der staatlichen Bausparförderung und verweisen immer wieder auf den Multiplikator-Effekt für den Wohnungsbau, den es im Auge zu behalten gelte. Einer Verkürzung der staatlichen Bindungsfrist für Bausparmittel sind denn auch wohl kaum stichhaltige Argumente entgegenzusetzen. Auch einer Gleichstellung mit dem künftigen Beteiligungssparen sollte eigentlich nichts im Wege stehen.

Weiteren Zugeständnissen in Richtung einer Aufstockung oder Strukturveränderung staatlicher Bausparförderung setzt die knappe Kassenlage der öffentlichen Hand unerbittliche Schranken. Die Bausparkassen sollten deshalb nicht müde werden, Kreativität und Ideenvielfalt auf eine weitere Verbesserung ihrer Angebote zu konzentrieren. Die bisher erzielten Erfolge können sich sehen lassen. *Aber schon die* Bankenkonkurrenz auf dem Gebiete der Baufinanzierung zwingt zu weiteren Anstrengungen. Das inzwischen wieder freundlichere Bausparklima gibt sicherlich Rückhalt.

WELTHANDEL / Hoher Dollarkurs führt zu Importsog in die Vereinigten Staaten

In den USA wächst damit die Gefahr neuer protektionistischer Maßnahmen

H.-A. SIEBERT, Washington

Im transatlantischen Handelsstreit ist eine Situation entstanden, die leicht zum Casus belli werden kann: Auf Dauer nicht akzeptabel ist für die EG die in Washington entwickelte Praxis, gleichzeitig mit den Rekordhaushaltsdefiziten, die wegen der hohen Zinsen Kapital aus anderen Ländern absaugen und den Dollar stärken, zu protektionistischen Maßnahmen zu greifen. „Schon eine Sache ist schlimm, beides ist jedoch unerträglich", erklären westeuropäische Diplomaten in der US-Hauptstadt.

Der starke Dollar findet Anklang *vor allem bei den rund* 4,2 Millionen Amerikanern, die in diesem Jahr der wechselkursbedingten niedrigen Preise wegen den alten Kontinent besuchen. Aber die 1981 begonnene Aufwertung hat noch zwei andere Seiten. Einmal verteuern *sich in den USA* hergestellte Güter auf den Weltmärkten, zum anderen verbilligen sich ausländische Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten. Das löste bereits einen Importsog aus, der sich bei Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs *noch verstärken* wird.

Die Reagan-Administration hat bei Autos, Massenstahl, Edelstahl, Motorrädern und anderen Produkten die Notbremse gezogen, indem sie Einfuhrbarrieren errichtete. 1981 erreichte das amerikanische Handelsdefizit 39,7 und 1982 42,7 Milliarden Dollar. In diesem Jahr ist ein Fehlbetrag von 70 Milliarden Dollar zu erwarten. Da auch die Dienstleistungen die Rechnung kaum noch verbessern, verschlechtert sich die US-Leistungsbilanz von elf (1982) auf 25 bis 30 Milliarden Dollar. Davor wies sie zwei Jahre lang solide Überschüsse aus.

Was die Europäer nicht hinnehmen wollen und können, ist die doppelte Bestrafung, die ihre Ursache in den enormen US-Haushaltsdefiziten hat. Sie verlieren Milliardenbeträge, die in Dollarpapieren *angelegt* werden, weil sie höhere Renditen bringen als auf den einheimischen Finanzmärkten. Zu Hause fehlt das Geld jedoch für dringende konjunkturfördernde Investitionen. Zugleich beschneidet Washington der EG durch protektionistische Eingriffe die Möglichkeit, den Kapitalfluß durch Exporterlöse auszugleichen.

Ärgerlich ist zudem, daß die europäischen Anlagen in amerikanischen Schatztiteln das US-Budgetdefizit mitfinanzieren, wodurch der Druck auf die Regierung am Potomac gemildert wird, die Ausgaben weiter zu kürzen oder neue Einnahmen zu schaffen. Kaum verständlich ist andererseits, daß Washington die immer größer werdende Handelslücke hinnimmt. Der zinsbedingte starke Dollar bremst ebenso die US-Ausfuhren wie die schwächere wirtschaftliche Erholung in den Partnerstaaten.

Die Lösung liegt allein in der Beschneidung der roten Zahlen im US-Budget. Sie würde die Zinsen – wegen verminderter Defizitfinanzierung durch die Treasury – drükken und den um etwa 20 Prozent überbewerteten Dollar auf eine realistischere Parität zurückführen. Aber wie es aussieht, geschieht vorläufig *nichts*. Nach neuen Voraussagen werden Amerikas Exporte, die 1981 und 1982 wertmäßig um 1,8 und 9,2 und in den ersten fünf Monaten 1983 sogar um 10,5 Prozent gesunken sind, weiter abnehmen, und zwar mindestens bis zum Frühjahr 1984.

Daß die Exekutive und Legislative am Potomac nichts tun, überrascht deshalb, weil sich die gewaltige Handelslücke durchaus als Aufschwungbarriere erweisen kann. Dann nämlich, wenn der zyklische Nachholbedarf gedeckt ist. So geschah es auch nach der vorletzten Rezession. Immerhin exportiert Amerika heute acht Prozent seiner Güter und Dienstleistungen – beinahe doppelt soviel wie 1970. Von 1980 bis 1982 ist in den USA die Zahl der exportabhängigen Arbeitsplätze von 6,2 auf 4,9 Millionen gesunken, in Relation zu allen verfügbaren Jobs betrug der Rückgang 40 Prozent. Im Klartext heißt das, daß die US-Arbeitslosenrate – zur Zeit zehn Prozent – *erst nach Ankurbelung der Exporte* stärker schrumpfen wird.

Die Vereinigten Staaten haben im vergangenen Jahr Waren für 212,2 Milliarden Dollar ausgeführt, verglichen mit 233,7 Milliarden Dollar 1981. Nach einer Aufstellung des Wirtschaftsmagazins „Fortune" fielen die Exporte der 50 größten amerikanischen Unternehmen, die sich im Außenhandel betätigen, um 6,8 Prozent auf 58,7 Milliarden Dollar. General Motors verdrängte Boeing auf den zweiten Rang, aber nur, weil ihre Ausfuhren lediglich um 18, die des Flugzeugbauers jedoch um 36 Prozent zurückgingen. Der Grund für den Sturz: 1982 stiegen die US-Exportpreise um 4,2, der Dollar gegenüber 22 wichtigen Währungen aber um 16 Prozent.

EG-FISCHEREI-VERHANDLUNGEN

Wieder keine Einigung über Fangquoten für Heringe

WILHELM HADLER, Brüssel

Hoffnungslos festgefahren sind in dieser Woche erneut die EG-Verhandlungen über die Aufteilung der Fangquoten für Nordsee-Heringe. Auch für andere Speisefische bleiben die endgültigen diesjährigen Fangrechte im „EG-Meer" deshalb weiterhin in der Schwebe.

Die zweitägigen Beratungen der Fachminister scheiterten diesmal nicht nur an unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen Dänemark und den übrigen heringfangenden Ländern, sondern an einem Kampf „alle gegen alle". Gegen britischen Widerstand gelang es wenigstens dem Nicht-EG-Mitglied Norwegen, eine vorläufige Quote von 20 500 Tonnen in den gemeinsam bewirtschafteten Gewässern zu erhalten.

Während für die wichtigsten anderen Fischarten im Januar nach jahrelangem Tauziehen Verteilungsschlüssel festgelegt worden sind, die auch für die nachfolgenden Jahre die Grundlage für einen Kompromiß bilden könnten, ist diese Ausgangsentscheidung bei Heringen noch immer hart umstritten: Grund dafür ist, daß die EG für sechs Jahre ein allgemeines Fangverbot verhängt hatte. 1983 stehen nach Berechnungen der Wissenschaftler zum ersten Mal wieder 84 300 Tonnen Heringe zur Disposition.

Zunächst hatte der Rat den Mitgliedsländern im Vorgriff auf eine Einigung provisorische Quoten zugeteilt, vor allem um den Holländern das Geschäft mit ihren begehrten Matjes zu ermöglichen. Diese Mengen sind indessen längst ausgeschöpft. Die Kommission mußte daher zum Schutz der Bestände inzwischen wieder ein vorläufiges Fangverbot verhängen.

Die Dänen, die einen Anteil von 40 Prozent der Gesamtquote verlangen, halten die ihnen von der Kommission zugestandenen Heringe für unzureichend und blokkieren deshalb auch die Bewilligung weiterer *Interims-Fangrechte*. Statt dessen pochen sie auf die Annahme eines Vorschlages, der kürzlich von Fischerei-Experten der Mitgliedsregierungen entworfen wurde. Dieser begünstigt die Bundesrepublik, Dänemark und Holland, trifft dafür aber bei Großbritannien, Frankreich und Belgien auf entschiedenen Widerstand.

Peinlich ist die Verhärtung der Fronten nicht zuletzt wegen der *Auswirkungen* auf die Drittlandsbeziehungen. Die Gemeinschaft muß nämlich Norwegen Fischereirechte zuteilen, wenn sie ihrerseits Fangquoten für Kabeljau und andere Fischarten in norwegischen Gewässern bekommen will. Die Briten, deren Heringstrawler aus der Nordsee verbannt sind, hielten gesonderte Zugeständnisse für Oslo im Rat nicht für vertretbar. Eine qualifizierte Mehrheit gegen sie kam schließlich zustande, weil Frankreich *die Zustimmung der* Partner zur Ratifizierung eines Abkommens mit Äquatorialguinea erhielt. Dieses Abkommen sichert seinen Fischern Fangrechte für Thunfisch. Die Gemeinschaft muß dafür eine Finanzhilfe bezahlen.

AUF EIN WORT



„Das Steuerrecht in einem humanen Rechtsstaat sollte wenigstens so einfach gestaltet sein, daß ein Bürger mittlerer Intelligenz seine Rechte und Pflichten nach Erklärung durch seinen Steuerberater versteht. Inzwischen benötigen Steuerberater *gelegentlich* selbst Tutoren."

Hans. H. Gattermann, FDP-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

FOTO: JUPP DARCHINGER

Dollar auf neuem Höchststand

rtr, Frankfurt

Ölpreiserhöhungen und erneute Befürchtungen über steigende US-Zinsen haben am Mittwoch den Dollar an den internationalen Devisenmärkten auf den höchsten Stand seit dem 30. Dezember 1975 getrieben. An der Frankfurter Devisenbörse wurde der amtliche Mittelkurs der amerikanischen Währung mit 2,6230 DM nach 2,6015 DM am Vortag ermittelt. Die Deutsche Bundesbank gab Händlern zufolge 10,6 Millionen Dollar an den Markt ab. Das Pfund Sterling durchbrach wieder die Vier-DM-Marke. Der Zinsvorteil der US-Währung sei nach wie vor ein Hauptgrund für den steigenden Kurs. Hinzu kommen Spekulationen über einen Anstieg der Prime Rate. Denn im Handel wird erwartet, daß die US-Notenbank versuchen wird, das Geldmengenwachstum durch eine restriktivere Geldpolitik zu kontrollieren.

KONJUNKTUR

Die aufwärts gerichteten Kräfte überwiegen weiterhin

HEINZ HECK, Bonn

Im Konjunkturbild der Bundesrepublik *überwiegen nach wie vor* „die aufwärts gerichteten Kräfte", heißt es im gestern veröffentlichten Monatsbericht des Wirtschaftsministeriums.

Vor allem die private Nachfrage hat sich – nach den Einzelhandelsumsätzen zu urteilen – zu Beginn des Sommerhalbjahres weiter recht lebhaft entwickelt, mit Schwergewicht bei den langlebigen Gebrauchsgütern.

In der Bauwirtschaft habe der *Nachfrageanstieg ebenfalls* angehalten. Vor allem die Auftragsvergaben an den Wohnungsbau hielten sich „auf hohem Niveau". Allerdings seien inzwischen auch in anderen Bausparten, vor allem dem gewerblichen Bau, erhöhte Aufträge zu verbuchen.

Der Auftragseingang bei der Industrie zeigt ein differenziertes Bild, denn In- und Auslandsaufträge nehmen nach Darstellung des Ministeriums einen „entgegengesetzten Verlauf". Dem Volumen nach liegen die Inlandsaufträge heute (April/Mai) saisonbereinigt um 5,5 Prozent über dem Stand *vom Herbst 1982 (also dem Zeitraum* vor dem durch die Investitionszulage beeinflußten Auftragsschub der Jahreswende).

Damit habe sich die inländische Nachfrage nach Industrieprodukten tendenziell weiter gefestigt, während der Auftragseingang aus dem Ausland in jüngster Zeit (April/Mai gegenüber Februar/März: 2,5 Prozent) „spürbar zurückgegangen" sei. Zu Beginn des Jahres sei es vorübergehend zu ei*nem deutlichen Anstieg gekommen*.

Der Arbeitsmarkt hat bisher noch nicht sichtbar von den positiven Entwicklungen profitiert. Saisonbereinigt habe die Arbeitslosigkeit zugenommen, der Anstieg habe sich jedoch zur Jahresmitte „deutlich" abgeflacht. Zugleich sei der Umfang der Kurzarbeit weiter „erheblich" zurückgegangen. An der Preisfront hält die Ruhe an. Die Verbraucherpreise lagen im Juni nur noch 2,4 Prozent über dem Vorjahresniveau.

HWWA-PROGNOSE

Exportaussichten verbessern sich allmählich wieder

J. BRECH, Hamburg

Für den weiteren Verlauf dieses Jahres erwartet das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung einen allmählichen Anstieg der deutschen Exporte, der sich im nächsten Jahr verstärkt fortsetzen wird. Mit der Besserung der Konjunktur in den westlichen Industriestaaten wird einmal deren Nachfrage nach deutschen Waren steigen. Zum anderen dürften die Erholungstendenzen in der westlichen Welt auf die übrige Welt ausstrahlen.

Steigende Öl- und Rohstofferlöse sollten es den Opec- und anderen Entwicklungsländern erlauben, die Importe nicht mehr einzuschränken und in gewissem Umfang sogar wieder zu vergrößern.

Für einen Anstieg der Exporte spricht nach Meinung des HWWA schließlich die günstige internationale Wettbewerbsposition der deutschen Anbieter, die besser als Ende der siebziger Jahre ist. Aufwertungen der D-Mark über die Kosten- und Preisdifferenzen hinaus seien im Rahmen des europäischen Währungssystems EWS kaum wahrscheinlich. Eher wären sie gegenüber dem Dollar zu erwarten, da sich bei den gegenläufigen Entwicklungen der Leistungsbilanzen ein wachsendes „Aufwertungspotential" herausbildet. Eine wesentliche Beeinträchtigung der Exportaussichten in den Dollarraum erwartet das HWWA jedoch nicht, da gerade im Verhältnis zum Dollar ein großer Wettbewerbsvorsprung bestehe.

Der reale Außenwert der D-Mark auf Verbraucherpreisbasis ist nach Angaben des HWWA vom Sommer 1981 bis Mitte 1983 um rund fünf Prozent gestiegen. In den zwei Jahren zuvor sei er aber um mehr als das Doppelte, gegenüber dem US-Dollar sogar um rund ein Drittel gesunken.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Deutsche Rohöleinfuhr deutlich gesunken

Bonn (DW.) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik Deutschland sind nach vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahr um 11,3 Prozent auf 32,6 Millionen Tonnen zurückgegangen. Damit habe sich der Trend, weniger Rohöl, dafür aber mehr Ölprodukte zu importieren, weiter verstetigt. Der Durchschnittspreis je Tonne Rohöl frei deutsche Grenze ist im Markt gesunken. Dadurch hat sich die deutsche Rohölrechnung im Berichtszeitraum um 3,7 auf 18,5 Milliarden Mark verringert. In den ersten sechs *Monaten* des vergangenen *Jahres* waren für den Rohölimport noch rund 22,1 Milliarden Mark zu bezahlen. Mit Abstand größtes von insgesamt 22 Lieferländern ist wiederum Großbritannien mit acht Millionen Tonnen vor Libyen (4,8 Millionen Tonnen) und Nigeria (3,3 Millionen Tonnen).

Ölpreise erhöht

Caracas (rtr) – Venezuela und Mexiko haben ihre Preise für schweres Rohöl um 0,39 Dollar bis 1,50 Dollar je Barrel erhöht. Die Preiserhöhung Mexikos ist die erste seit März dieses Jahres. Agenten-Berichten zufolge werden dadurch die Einnahmen des Landes aus dem Ölgeschäft um täglich rund 800 000 Dollar steigen.

Trend zur Nivellierung

Berlin (AP) – Das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik ist nach einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zwar bei einzelnen Leistungsansprüchen korrekturbedürftig, hat sich aber insgesamt positiv bei der Umverteilung von Einkommen ausgewirkt. Das Institut empfahl in seinem jüngsten Wochenbericht Korekturen an dem System, weil bei sinkender Beschäftigung die größere Finanzierungslast auf zu wenige Schultern verteilt werde. Im Gesamtbild der Umverteilung sei in allen sozialen Gruppen ein Trend zur Nivellierung von den hohen zu den niedrigen Einkommen unverkennbar, schreiben die Wissenschaftler.

Kredite nicht benötigt

Mexiko-Stadt (dpa/VWD) – Das hochverschuldete Mexiko hat aufgrund der günstigen Entwicklung seiner Deviseneinnahmen bisher darauf verzichtet, eingeräumte Kreditlinien in Höhe von über 1,4 Milliarden Dollar (rund 3,6 Milliarden DM) in Anspruch zu nehmen. Wie aus mexikanischen Presseberichten hervorgeht, hat Mexiko die seit Mai zur Verfügung stehende zweite Tranche (1,1 Milliarden Dollar) des von Geschäftsbanken gewährten Fünf-Milliarden-Dollar-Darlehens noch nicht gezogen. Das gleiche gilt für die Kreditlinie des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 325 Millionen Dollar.

„Sozialpläne beschränken"

Köln (rtr) – Eine Reform des Insolvenzrechts sollte nach Auffassung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) den für die Reorganisation eines Unternehmens Verantwortlichen einen größeren Handlungsspielraum einräu*men. Dazu gehörten eine Beschränkung* der Sozialpläne und bessere Bedingungen für den Erwerb von Teilen eines angeschlagenen Unternehmens. Der Verband warnt allerdings vor der Erwartung, eine Reform des Insolvenzrechts hätte einen spürbaren Rückgang der Firmenzusammenbrüche zur Folge. Fachleute schätzten die Erfolgsquote eines Reorganisationsverfahrens, wie es die vom Ministerium eingesetzte Kommission anstrebt, auf fünf Prozent.

Zuwachs im „DDR"-Handel

Wiesbaden (AP) – Um 39 Prozent sind die Warenlieferungen der Bundesrepublik an die „DDR" im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, betrug der Wert der gelieferten Waren 3,9 Millionen Mark. Im Gegenzug lieferte die „DDR" Güter im Wert von 3,3 Millionen Mark und steigerte damit ihre Lieferungen um *ein Prozent*.

Zahlungsaufschub gewährt

Paris (dpa/VWD) – Die westlichen Gläubigerländer des mit rund zehn Milliarden Dollar verschuldeten Peru haben dem Land für die kommenden zwei Jahre Zahlungsaufschub gewährt. Wie der peruanische Wirtschafts- und Finanzminister Carlos Rodriguez Pastor erklärte, muß gut eine Milliarde Dollar erst in den kommenden achteinhalb Jahren zurückgezahlt werden.

Erster Tewidata-Kurs

Bonn (DW.) – Die von einem Konsortium unter der Führung von PM Portfolio Management am 18. Juli zum Kurs von 202,50 Mark emittierten Vorzugsaktien der Tewidata AG, München, wurden gestern zum erstenmal im ungeregelten Freiverkehr gehandelt. Der erste Kurs betrug in München 310 Mark bei einem Umsatz von 4269 Stück.

BELGIEN / Sanierungskonzept für Cockerill-Sambre

Werkschließungen geplant

dpa/VWD/AFP, **Brüssel**

Belgiens Regierung hat nach monatelangen harten Verhandlungen einen radikalen Sanierungsplan für den angeschlagenen Stahlkonzern Cockerill-Sambre in Lüttich und Charleroi beschlossen. Premierminister Wilfried Martens gab in Brüssel bekannt, daß sich die Ministerrunde auf einen drastischen Kapazitätsabbau und Betriebsstillegungen sowie die nötigen Finanzmittel für das Überleben des Stahlriesen geeinigt hätten. Cockerill-Sambre hatte im vergangenen Jahr einen Verlust von 11,9 Milliarden Franc (rund 600 Millionen Mark) hinnehmen müssen.

Während der Plan der Regierung nichts über die Zahl der Beschäftigten aussagt, die durch diese „Roßkur" den Arbeitsplatz verlieren, rechnen Experten damit, daß die Belegschaft bis 1986 um ein Drittel von 22 000 auf 14 000 abgebaut wird. Die Kosten, um das Unternehmen wieder aus den roten Zahlen herauszuführen und den Bedürfnissen des Marktes anzupassen, wurden in der Entscheidung mit rund 26,8 Milliarden Franc (1,35 Milliarden Mark) beziffert.

Nach dem Plan sollen die Kapazitäten für warmgewalzten Stahl um 1,4 Millionen Tonnen verringert werden und zwei Stahlwerke ihre Tore schließen. Ferner sollen zwei von vier Walzstraßen stillgelegt werden, das Ende einer weiteren wird erwogen. Als Manager für die Ausführung des Sanierungsplans hat die Regierung den französischen Experten Jean Goundois nominiert, den ehemaligen Generaldirektor des französischen Stahlgiganten Rhone-Poulenc und Berater der Luxemburger Arbed.

Die Regierung wird dem Konzern für die Umstrukturierung Finanzmittel bereitstellen. Belgien bürgt für die Schulden des Unternehmens von 51 Milliarden Franc (2,55 Milliarden Mark). Daneben sollen neue Mittel von 27 Milliarden Franc in Form von Anleihen aufgenommen werden. Die Regierung wird den Sanierungsplan mit einem Sonderprogramm für die betroffenen Stahlarbeiter kombinieren, um die größten sozialen Härten aufzufangen. Diejenigen Arbeitnehmer, die ihren Job behalten, müssen mit Einkommenseinbußen rechnen. Darüber hinaus ist eine Sonderregelung geplant, wonach Arbeiter schon mit 55 Jahren in Pension geschickt werden können.

USA / Entscheidung über IWF-Zuweisungen fällt diese Woche

Eine Ablehnung hätte fatale Folgen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Auf der Kippe steht die Entscheidung, ob die USA ihre Zusage erfüllen und ihren Beitrag zur Aufstockung der knapp gewordenen Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) leisten. Als Anteil der im Februar beschlossenen Quotenerhöhung und Ausweitung des Allgemeinen Kreditabkommens muß der Kongreß 8,4 Milliarden Dollar bewilligen. Bisher gab nur der Senat sein Plazet.

Die Anfang der Woche im Repräsentantenhaus begonnene Debatte zwang den Sprecher, Thomas O'Neill, schon zu dem Eingeständnis, daß „wir zur Zeit für eine Passage keine Mehrheit haben". Die Entscheidung fällt vermutlich an diesem Donnerstag. Die Konsequenzen sind nicht abzusehen, wenn das Haus die Zuweisung ablehnen sollte; die internationale Verschuldungskrise erhält dann eine neue, gefährliche Dimension.

Präsident Reagan, der als Wahlkämpfer noch gegen alle multilateralen Organisationen Front machte, hat für die IWF-Hilfe geworben. Gegner im Repräsentantenhaus sind jedoch vor allem republikanische Abgeordnete, die, vom einflußreichen „Wall Street Journal" unterstützt, angesichts der riesigen Haushaltsdefizite und notwendigen weiteren Ausgabenkürzungen derartige „Geschenke" nicht für vertretbar halten. Das Argument der Konservativen: Der Fonds solle gefälligst auf den privaten Kapitalmärkten Darlehen aufnehmen; außerdem könne er ja seinen Goldschatz im Wert von rund 45 Milliarden Dollar in klingende Münze umwandeln.

Viele liberale Kritiker sehen in der starken Einschaltung des IWF wiederum eine Rettungsaktion für die Geschäftsbanken, denen die Vergabe riskanter Kredite an Entwicklungsländer wie Mexiko und Brasilien aus Gewinnsucht vorgeworfen wird.

Die Reagan-Administration hofft auf die Einsicht der meisten Abgeordneten in letzter Stunde. Denn ihnen muß klar sein, daß die USA bei der nächsten Krise Mexiko oder Brasilien auf eigene Faust herauspauken müssen, wenn sie eine internationale Kooperation verweigern. Abgesehen davon, daß in der Hauptsache wegen der Konzentration der Verschuldung auf Lateinamerika US-Banken betroffen sind, stimmt die These vom „bail out" nicht. Der IWF, der den Schuldnerländern mit Beistandskrediten bei wirtschaftspolitischen Auflagen unter die Arme greift, hält die Banken vielmehr „im Geschäft".

Im politischen Gerangel vergessen viele Abgeordnete auch, daß jeder US-Dollar, den der Fonds von den USA als Darlehen erhält, durch die Währungskredite anderer Staaten „gestreckt" wird, und zwar im Gegenwert von rund vier Dollar. Washington trägt also nur ein Fünftel der Finanzlast, die zudem noch angemessen verzinst wird. Als sicher muß gelten, daß jeder Verzicht auf eine Stärkung des westlichen Geldsystems die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit in wichtigen Ländern rapide vergrößert.

Am Potomac, in Europa und in der Dritten Welt hofft man auf die Vernunft des Repräsentantenhauses. Die Freigabe des US-Anteils drängt, weil erst danach viele Geberländer ihren Scheck abschikken. Noch ist der IWF nicht leergebrannt, aber der Boden der Kasse ist schon zu sehen: Mit sieben Milliarden Sonderziehungsrechten (ein SZR = 2,75 Mark) erreichten die Ziehungen im ersten Halbjahr 1983 eine neue Rekordhöhe.

BAYERNGAS / Absatz trotz Flaute gesteigert

Preissenkungen im Herbst

DANKWARD SEITZ, **München**

In einer Größenordnung von 5 bis 6 Prozent wird Anfang Oktober 1983 der Bezugspreis für Erdgas reduziert werden. Dies kündigte der Geschäftsführer der Bayerischen Ferngas GmbH (Bayerngas), München, Fred H. Maier, an. Grund für die Verbilligung, die für alle deutschen Ferngasgesellschaften gelten wird, ist die sinkende Tendenz der Rohöl- und damit der Heizölpreise, die über die Preisgleitklausel auf das Erdgas drücken. Eine Preissenkung um 1 Prozent war bereits im April eingetreten.

Die Preisschraube etwas zurückdrehen zu können, dürfte der Erdgaswirtschaft ganz gelegen kommen. Denn während der Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik 1982 gegenüber dem Vorjahr mit 362 Mill. um 3,3 Prozent geringer war, fiel der Rückgang beim Erdgas mit 8,2 Prozent doch wesentlich deutlicher aus. Maier führt dies neben der Konjunkturflaute und Energiesparmaßnahmen darauf zurück, daß viele Großabnehmer auf kostengünstigere Energieträger umgestiegen sind. So verminderte sich der Erdgaseinsatz in Kraftwerken um 24 Prozent und bei der industriellen Kundschaft um rund 9 Prozent. Dieser Trend hielt im ersten Quartal 1983 an.

Zu dem noch im Vorjahr heftig diskutierten Thema Erdgasimporte aus der UdSSR sagte Maier, daß der Vertragsabschluß sich bisher als richtig erwiesen habe. Das russische Gas ist „neben den Bezügen aus der Nordsee und aus Holland die sicherste Energiequelle der Bundesrepublik". Die UdSSR sei ein loyaler Exporteur und habe in der letzten Zeit keinerlei politischen Druck auf die Abnehmer ausgeübt. Ganz anders sei dies bei Algerien und Libyen, die „höchst unzuverlässig" seien, ihren Geschäftspartnern die Konditionen „oktroyierten" und mit ihrem Preis um rund 25 Prozent über dem europäischen Niveau lägen. Diese beiden Länder schieden daher als Erdgaslieferanten für die Bundesrepublik aus.

Mit dem Geschäftsjahr 1982 zeigte sich Maier sehr zufrieden. Ganz im Gegensatz zur Branche konnte die Bayerngas als fünftgrößte deutsche Ferngasgesellschaft trotz eines in Bayern um 2 Prozent geringeren Erdgasverbrauchs ihren Absatz um 9,4 Prozent auf 2,8 Mrd. cbm steigern. Der Umsatz erhöhte sich – trotz Preissenkungen – sogar um 25,3 Prozent auf 1,3 Mrd. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 22,3 (12,0) Mill. DM werden 10 (12) Prozent Dividende auf das erhöhte Grundkapital von 120 (100) Mill. DM ausgeschüttet und 7,0 Mill. DM den freien Rücklagen zugeführt. Investiert hat Bayerngas 1982 rund 34,6 (82,8) Mill. DM und abgeschrieben 17,9 (13,7) Mill. DM.

Daß die Gesellschaft gegenüber der Branche einen „echten Verkaufszuwachs" erzielen konnte, führt Maier darauf zurück, daß in Bayern – im Vergleich zu anderen Bundesgebieten – noch ein hoher Nachholbedarf bei der Erschließung besteht. Rund 5000 bis 10 000 neue Haushalte würden auch in Zukunft pro Jahr an das Versorgungsnetz angeschlossen.

ZÖLLE / Neue internationale Nomenklatur vorgestellt

Protektionismus erschwert

IRENE ZÜCKER, **Genf**

Nach zehnjähriger Sisyphusarbeit wurde die Reform der internationalen Tarifnomenklatur, eine Ordnung, welche die Zolltaxen nach Warengruppen, Kapiteln und Positionen (Tarifnummern) gruppiert, vom internationalen Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zolls vorgestellt.

Ziel des neuen Systems ist die vermehrte Angleichung der Warengliederung in den Zolltaxen. Das zukünftige „harmonische System" erweitert die Tarifpositionen von gegenwärtig 1000 auf 1240, die in rund 5000 Tariflinien aufgeteilt sind. Wesentlichstes technisches Merkmal sind die neuen sechsstelligen Tarifnummern anstelle der gegenwärtig vierstelligen, was mehr Transparenz und weniger Spielraum für protektionistische Tarifangleichungen sowie nationale Untergruppierungen läßt. Nur zu viele Länder teilen die Zolltarifnummern weiter auf, um sich so nationale Spezialwünsche zu ermöglichen. Wegen solch mißbräuchlicher Vorgehen und neuer Produktkategorien drängte sich die Revision der zur Zeit gültigen Brüsseler Nomenklatur von 1955 auf.

Nur 50 Staaten unterzeichneten diese Vereinbarung. Dazu gehören auch die Mitglieder der EG. Benutzt wird sie jedoch von etwa 150 Ländern. Bedeutendste Ausnahme sind die USA, die trotz eigenem Tarifsystem Mitglied des Brüsseler Zollrats sind und an der Revision mitgearbeitet haben. Davon wird abgeleitet, daß die USA einer Ratifikation der neuen internationalen Nomenklatur-Konvention positiv gegenüberstehen. Dies ist entscheidend, da die EG mit dem Gedanken spielt, für ihren Beitritt die Unterzeichnung durch die USA vorauszusetzen.

Das Inkrafttreten der neuen Tarifnomenklatur ist für Anfang 1987 vorgesehen. Die große Zeitspanne ist notwendig, da in der Genfer Weltorganisation Gatt die Zollsätze auf die neue Grundlage eingestellt werden müssen und jeder Gatt-Mitgliedsstaat sein Einverständnis zur Umrechnung notifizieren muß.

BANKEN / Geteilte Meinungen zur Geldpolitik – Dollar als Unsicherheitsfaktor

Kapitalmarktzins wird wieder sinken

rtr, **Frankfurt**

Trotz des ausgesprochen festen Dollarkurses und der Befürchtungen um steigende Zinsen in den USA glaubt man in Bankenkreisen weiterhin, daß die deutschen Zinsen im Jahresverlauf noch sinken werden. Wie eine Umfrage unter Chefvolkswirten und Vorständen einiger Institute ergeben hat, sind die Meinungen allerdings darüber geteilt, ob die Bundesbank ihre Leitzinsen 1983 noch einmal wird senken können. Seit Ende Mai halten sich die Kapitalmarktzinsen in mittleren und langen Laufzeitbereichen meist über acht Prozent, nachdem sie im März bis auf etwa 7,5 Prozent gefallen waren.

Die Hypothekenzinsen liegen bei fünfjähriger Zinsbindung und hundertprozentiger Auszahlung zwischen 8,75 und neun Prozent, etwa dreiviertel Punkt über ihrem diesjährigen Tiefststand. Ludwig Schorck, Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt in Wiesbaden, rät ab, bei Bau- und Kaufentscheidungen in der Erwartung billigerer Konditionen noch zu warten, schließt aber nicht aus, daß die Zinsen am Kapitalmarkt bis Ende des Jahres wieder das Niveau vom März erreichen könnten.

Hans Günther Schönmann, Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank, nennt das Abwarten ein „Lotteriespiel, bei dem nur wenige gewinnen, aber die meisten verlieren, teils durch steigende Zinsen, teils durch Preiserhöhungen". Da sich Hypotheken mit fünfjähriger Zinsbindung stärker verteuert hätten als solche mit zehnjähriger, rate er zur Aufnahme langfristiger Gelder.

Volkswirte Frankfurter Banken sind insgesamt der Ansicht, daß die Kapitalmarktrendite kurzfristig wegen der restriktiven Geldpolitik der US-Notenbank noch steigen könnte. Gerhard Riedel, Chefökonom der BHF-Bank, hält allerdings einen Rückfall der Rendite am Kapitalmarkt bis auf 7,8 Prozent wie zum Jahresbeginn – oder sogar darunter – für möglich, wenn der Dollar sich auf 2,25 bis 2,35 DM ermäßigt. Riedel gehört auch zu den Experten, die eine weitere Rücknahme der Leitzinsen durch die Bundesbank um jeweils einen halben Punkt für möglich halten.

Reinhold Stössel, Chefvolkswirt der Dresdner Bank, meint, daß die Kapitalmarktrendite bis Ende des Jahres unter acht Prozent fallen wird, allerdings nicht auf die Tiefststände vom März. Eine Senkung der Leitzinsen durch die Bundesbank sei aber nicht wahrscheinlich, wenn auch aus konjunktureller Sicht notwendig.

Am wenigsten optimistisch äußerte sich Erwin Sell, Volkswirt der Westdeutschen Landesbank, zur weiteren Zinsentwicklung. Der Dollar werde sich nur leicht abschwächen, wodurch die deutschen Märkte stark von der Entwicklung in den USA abhängig blieben. Eine nachhaltige Zinssenkung könnte erst Anfang 1984 eintreten, wenn sich die Erholung der US-Wirtschaft verlangsame und damit die zinstreibende Kreditnachfrage nachlasse.

NIEDERLANDE / Umfrage bei Industrieunternehmen

Investitionsneigung wächst

BODO RADKE, **Den Haag**

Als deutliches Zeichen wachsenden Optimismus über die Zukunftsentwicklung in Wirtschaftskreisen der Niederlande interpretieren Experten das Ergebnis einer Umfrage bei allen holländischen Industrie-Unternehmen mit mehr als zehn Arbeitnehmern zum Thema Investitionsneigung. Nach dieser vom Zentralbüro für Statistik durchgeführten Enquete ist für dieses Jahr eine durchschnittliche Zunahme der Investitionen von neun Prozent gegenüber 1982 zu erwarten. 1981 hatten die Investitionen noch um elf und 1982 um fünf Prozent jeweils gegenüber dem Vorjahr abgenommen.

Die bessere Stimmungslage geht auch aus den Antworten auf die Frage an die einzelnen Betriebe hervor, wie es um die Nachfrage nach ihren Produkten stehe. Waren es im Dezember letzten Jahres noch 43 Prozent, die die Nachfrage als unbefriedigend bezeichneten, sind es jetzt nur noch 35 Prozent. Auch der Anteil der Unternehmer, die für das nächste halbe Jahr mit Entlassungen rechnen, ist rückläufig (30 Prozent gegenüber 39 Prozent im Dezember). Der stärkste Aufschwung von Investitionen wird sich in diesem Jahr in der holländischen Erdöl-Industrie mit vermutlich 99 Prozent gegenüber 1982 vollziehen. (SAD)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

[illegible]

VEBA

Verzicht auf Risiko-Geschäft

T. BAIER, Berlin

Die Politik „weg vom Öl" will der Veba-Konzern weiter verfolgen. Man werde seine Aktivitäten in diesem Bereich reduzieren und auf einige ergebnisorientierte Vorhaben konzentrieren, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Veba AG, Rudolf von Bennigsen-Foerder auf der Aktionärsversammlung in Berlin. Sorgen machen dem Konzern noch der Glassektor sowie die Düngemittelsparte bei den Chemische Werke Hüls. Die Kernbereiche von Hüls schrieben aber schwarze Zahlen. Zufrieden äußerte sich der Veba-Chef über die Entwicklung im Handel und Verkehr. Beim wichtigsten Veba-Bereich, der Elektrizitätswirtschaft, wird wieder mit einem stabilen Ergebnisbeitrag gerechnet.

Vor rund 700 Aktionären wollte Bennigsen-Foerder noch keine Ertragsprognose abgeben, stellte jedoch ein „anständiges" Ergebnis in Aussicht, wenn sich die Entwicklung des ersten Halbjahres in den zweiten sechs Monaten fortsetze.

In den ersten sechs Monaten ist der Veba-Umsatz nach Angaben von Bennigsens um rund sechs Prozent auf 23,5 Mrd. DM zurückgegangen. Diesen Rückgang begründete er mit einem gezielten Verzicht auf Geschäfte mit hohem Risiko – vor allem im internationalen Handel.

In Berlin wird die Veba ihre Beteiligung an der Bewag im Rahmen der Bewag-Kapitalerhöhung von etwa acht Prozent auf rund zehn Prozent erhöhen, da das Land Berlin nicht voll an der Kapitalaufstockung teilnimmt. Eine mögliche Erhöhung des Veba-Anteils an der Ruhrkohle AG um einige wenige Punkte, begründete von Bennigsen damit, daß die Veba der größte Kohleverstromer in der Bundesrepublik sei.

Der Hauptversammlung am 25. August in Duisburg wird eine Dividende von 7,50 DM je 50-DM-Aktie vorgeschlagen.

HEIMBAU

Im Neugeschäft geringes Plus

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach zweieinhalb Jahre dauerndem teilweise erheblichem Rückgang des Neugeschäfts hat die Bausparkasse Heimbau AG, Köln, im 1. Halbjahr 1983 wieder eine geringfügige Zunahme verzeichnen können. Das zweite Halbjahr hat das Institut jedoch nur mit „verhaltenem Optimismus" begonnen. Da der bis vor kurzem zu beobachtende Auftrieb der Baukonjunktur bereits wieder nachgelassen habe und die Pläne der Bundesregierung zur Neugestaltung der Sparförderung die Bausparaspekte nur teilweise berücksichtigen, müsse „die Nachhaltigkeit der Trendwende im Bauspargeschäft bezweifelt werden".

Das schwache Neugeschäft von 1,08 Mrd. DM (minus 20,7 Prozent) hat sich 1982 bei der Heimbau auch auf den Vertragsbestand (12,06 nach 12,23 Mrd. DM) negativ ausgewirkt. Der Rückgang auf 348 000 (359 000) Verträge im Bestand betraf jedoch ausschließlich den nicht zugeteilten Bestand und seitens der Heimbau vorgenommene Auflösungen älterer nicht besparter Verträge.

Dank hoher Tilgungszahlen (201 Mill. DM) auf den erhöhten Darlehensbestand von 1,5 (1,43) Mrd. DM nahm das Finanzaufkommen um 1,4 Prozent auf über 550 Mill. DM zu. Die gesamte Zuteilung wurde mit 495 (510) Mill. DM nicht gehalten.

Der Zinsüberschuß nahm 1982 um 4,8 Prozent auf knapp 48 Mill. DM zu. Dieser Mehrertrag wurde jedoch durch eine relative Verteuerung des Neugeschäfts, gestiegenen Personalaufwand und erhöhte Risikoaufwendungen aufgezehrt, so daß der Jahresüberschuß wie 1981 mit 3,5 Mill. DM ausgewiesen wird. Nach Rücklagendotierung von 1,5 (1,5) Mill. DM werden 10 Prozent Dividende an die Alleinaktionärin, Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, ausgeschüttet.

MAXHÜTTE / Im Notfall liegt in der Bonner Schublade noch eine Bürgschaft von 100 Millionen

Gemeinsam auf der Suche nach einem Ausweg

DANKWARD SEITZ, München

Bayern wartet auf Bonn. Bonn wartet auf die Banken, die ihrerseits wiederum auf Bonn und Bayern warten. Und die Maxhütte wartet auf alle drei. Das Verwirr- und Pokerspiel um die Sanierung der zum Duisburger Klöckner-Stahlkonzern gehörenden Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg/Oberpfalz, treibt jetzt offensichtlich seinem Höhepunkt zu. Sicher scheint indes, daß sowohl der Bund, Bayern und die Banken einen Beitrag zur Umstrukturierung und damit zum Überleben des bayerischen Stahlwerks beisteuern werden.

Daß die Maxhütte letztendlich nicht untergehen wird, diese Gewißheit hat ihr Vorsitzender der Geschäftsführung, Joachim Oberländer, seit einem Gespräch im Bonner Wirtschaftsministerium am vergangenen Freitag. Dort hat er, wie Oberländer jetzt vor der Presse in München mitteilte, von einem „vorlauten" Beamten erfahren, daß aus einem noch in der Schublade liegenden zusätzlichen 2,4-Mrd.-DM-Stahlhilfeprogramm für die Maxhütte im Notfall eine Bürgschaft über 100 Mill. DM vorgesehen ist.

Hintergrund für die dringend erforderliche Hilfe ist die angesichts der europäischen Stahlkrise notwendige und im Gegensatz zu den anderen deutschen Stahlunternehmen bereits begonnene Umstrukturierung der Maxhütte für insgesamt rund 213 Mill. DM. Die erste Phase, der Bau einer neuen Stranggießanlage für 162 Mill. DM, ist schon zu 70 Prozent abgeschlossen, doch ist die Finanzierung des Projekts noch immer nicht sichergestellt. Anlaufen soll die Anlage bereits am 15. November.

Knapp 90 Mill. DM wurden bisher für den Bau der Stranggießanlage nach den Worten von Oberländer ausgegeben. 41 Mill. DM wurden von den Banken dafür bereitgestellt; mit 50 Mill. DM wurde „stillschweigend" ein Verrechnungskonto, das bei der Muttergesellschaft unterhalten wird, „überzogen", ohne daß Klöckner aber bisher eine Finanzierungsbeteiligung für dieses Projekt zugesichert hat. 3 Mill. DM Zuschuß kamen aus der bayerischen Staatskasse; weitere 21 Mill. DM sind bewilligt, aber nach dem Haushaltsrecht solange blockiert, bis die Durchfinanzierung der Investition sichergestellt ist.

Weil Klöckner offensichtlich nicht bereit ist, eine verbindliche Zusage für eine finanzielle Beteiligung zu geben, die Zeit aber drängt, wurden am vergangenen Freitag mit Vertretern Bayerns und der Bundesregierung in Bonn erste Gespräche darüber geführt, ob Bundes- und Landesmittel auch ohne Durchfinanzierung gewährt werden können. Nach Angaben von Oberländer geht es dabei um einen Gesamtbetrag von 80,5 Mill. DM, aufgeteilt in 47 Mill. DM Investitionszulagen und 33,5 Mill. DM Beihilfen für Abschreibungen und Sozialpläne. Neben dem bereits gewährten 41 Mill. DM Bankenkredit verbliebe dann noch der notwendige Restbetrag von 25 Prozent Eigenmitteln (40,5 Mill. DM), der aus Abschreibungen nachgeschoben werden kann. Wenn Bonn und München sich zu einem Betrag von 100 Mill. DM durchringen könnten, so Oberländer, könnte sogar die zweite Umstrukturierungsphase – Modernisierung des Nahtlos-Rohrwerkes (50 Mill. DM) – in Angriff genommen werden.

Die Schwierigkeiten bei allen Verhandlungen führte Oberländer darauf zurück, daß die Maxhütte stellvertretend für die gesamte deutsche Stahlindustrie Wegbereiter sei. Leicht verwundert zeigte sich Oberländer allerdings darüber, daß Bonn der Maxhütte bis Anfang nächster Woche noch einmal „Schulaufgaben" mit auf den Weg gegeben hat: Gibt es weitere Möglichkeiten zur Kosteneinsparung und ein stärkeres Engagement der Banken? Kann die Produktpalette der Maxhütte wie vorgesehen erhalten bleiben?

Ohne diese Fragen schon zu beantworten, meinte Oberländer, daß die Maxhütte keine weitere Walzstraße schließen könne, dann sei das Unternehmen selbst nicht mehr lebensfähig. Wenn man gezwungen werde, weitere Kosten einzusparen, dann sei dies nur über einen verstärkten Personalabbau möglich. Und Klöckner könne man selbst nicht zu einer Garantieerklärung zur Produktpalette zwingen.

Auch wenn Klöckner bisher zu allen Forderungen geschwiegen habe, dürfe man die Mutter nicht pauschal verurteilen, so Oberländer. Immerhin habe sie der Maxhütte Stahlquoten für rund 100 000 Jahrestonnen überlassen und auch keine Einwände gegen die vorläufige Inanspruchnahme der 50 Mill. DM gehabt.

Oberländer zeigte sich überzeugt, daß das Konzept tragfähig ist. Die Produktionspalette bleibe bis auf die darin vorgesehenen Beschneidungen voll erhalten. Vereinbart sei ein Abbau der Werkwalzkapazität um 0,552 Mill. Auf 1,054 Mill. Jahrestonnen und beim Rohstahl um 0,675 Mill. auf 1,025 Mill. Jahrestonnen sowie ein Personalabbau um 1000 Mitarbeiter auf 5300 Beschäftigte.

In den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1982/83 (30. 9.) sank die Rohstahlerzeugung der Maxhütte nach Angaben von Oberländer um 18,4 Prozent und beim Walzstahl um 16,0 Prozent. Der Versand fiel um 13,0 Prozent. Für das Gesamtjahr wird bei einem Umsatzrückgang von 7,0 Prozent auf 1,07 Mrd. DM ein zweistelliger Millionenverlust erwartet, nachdem 1981/82 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt worden war.

ZÜBLIN

Bauleistung wurde wieder erhöht

MANFRED FUCHS, Stuttgart

Für die Ed. Züblin AG Bauunternehmung, Stuttgart, die im Geschäftsjahr 1982 rund 41 (33) Prozent ihrer gesamten Bauleistung in der Gruppe von 1.368 (1,113) Mrd. DM im Ausland abwickelte, ebbt der Auslandsboom ebenso wie bei den Wettbewerbern ab. Wie Züblin-Vorstandsvorsitzender Dietrich Lenz auf der Jahrespressekonferenz sagte, kommen aus dem Ausland nur noch wenige Aufträge: Im ersten Halbjahr 1983 lag der Auftragseingang aus dem Ausland bei der AG nur noch bei 34 Mill. DM gegenüber 330 Mill. DM im entsprechenden Halbjahr 1982.

Die rückläufigen Ölpreise der Opec-Länder seien fatal für die Baubranche, da die Hauptauftraggeber des Auslands nun kein Geld mehr haben. Dazu komme die Konkurrenz zum Beispiel aus Korea, die qualitativ immer besser werde. Der Auslandsboom für die deutschen Baufirmen werde sich sobald nicht wiederholen. Zur Zeit werden zwei Großprojekte in Irak umgeschuldet, an denen Züblin in der Größenordnung von 20 Mill. DM beteiligt ist.

Aufgrund des per 30. Juni 1983 bestehenden Auftragsbestandes der Gruppe von 1,775 (2,340) Mrd. DM hofft Züblin, die zu den zehn größten Bauunternehmen in der Bundesrepublik zählt, im Geschäftsjahr 1983 ihre Vorjahres-Bauleistung mindestens wieder zu erreichen und das Ergebnis zu halten. Wegen des rückläufigen Auftragseinganges aus dem In- und Ausland im ersten Halbjahr 1983 auf 479 (736) Mill. DM wird aber für 1984 ein Rückgang der Bauleistung der Gruppe erwartet.

Im Geschäftsjahr 1982 hatte die Gruppe eine Bauleistung von 1,368 (1,113) Mrd. DM erbracht, davon 763 (693) Mill. DM bei der AG im Inland. Die Zahl der Beschäftigten stieg in der Gruppe bis zum 30. September 1982 auf 10 416 (8380), davon im Inland nur leicht auf 5493 (5424) Mitarbeiter.

Trotz der zusätzlichen Risiken im Auslandsbau hat dieser Bereich wieder wesentlich zum Gesamtergebnis von Züblin beigetragen: Die AG weist für 1982 einen Jahresüberschuß von 4,9 (5,3) Mill. DM aus. In die Rücklagen wurden 1,75 (2,5) Mill. DM eingestellt. Der Bilanzgewinn von 3,3 (2,8) Mill. DM dient zur Verteilung von wieder 12 Prozent Dividende auf das erhöhte Grundkapital von 25 (20) Mill. DM, das zu knapp 43 Prozent von der Lenz Vermögensverwaltungsgesellschaft, Stuttgart, und zu 31 Prozent von der AG für Bauunternehmungen, Glarus, gehalten wird.

GENO-ZENTRALBANK / Hoher Zinsüberschuß

Gutes Ergebnis erwartet

WERNER NEITZEL Stuttgart

Die Genossenschaftliche Zentralbank AG, Stuttgart, bezeichnet die Ertragsentwicklung 1982 mit „sehr befriedigend". Der Zinsüberschuß – einschließlich einer Sonderausschüttung der Bausparkasse Schwäbisch Hall – hat sich auf 124,1 (53,4) Mill. DM erhöht und damit mehr als verdoppelt.

Da sich die Kostensteigerungen im Rahmen hielten, stieg der Jahresüberschuß trotz sehr vorsichtiger Risikovorsorge auf 37,3 (17,1) Mill. DM. Nach Zuweisung von insgesamt 25 Mill. DM in die Rücklagen werden unverändert 7,5 Prozent Dividende und zusätzlich 2 Prozent Bonus auf 100 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet.

Auch für 1983 rechnet die Bank mit einem „sehr ordentlichen Ergebnis". Die positive Entwicklung des vergangenen Jahres habe sich weiter fortgesetzt. In 1982 war die Bilanzsumme der Zentralbank kräftig um 14 Prozent auf 9,05 Mrd. DM gewachsen. Dabei wirkte sich die verbesserte Liquiditätslage der 599 Mitgliedsbanken – als der Primärstufe – günstig aus. So stiegen bei der Zentralbank die Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten um 14,2 Prozent auf 4,7 Mrd. DM. Relativ schwach, um nur 1,3 Prozent auf 2,89 Mrd. DM, nahmen die Forderungen an die Mitgliedsbanken zu.

Der noch schwache wirtschaftliche Aufwärtstrend machte sich bei den Ausleihungen an Nichtbanken bemerkbar: Sie gingen um 3,8 Prozent auf 766 Mill. DM zurück. Weiterhin günstig entwickelte sich dagegen das Dienstleistungsgeschäft. Bemerkenswert im Wertpapiersektor war der Anstieg der neuen Eigenanlagen der Mitgliedsbanken um 37 Prozent.

GRUNDIG-BANK / Warten auf Konjunkturbelebung

Wachstumsgrenze erreicht

DANKWARD SEITZ, München

Sobald das konjunkturelle Umfeld besser wird, will die Grundig-Bank GmbH, Fürth, ihr Dienstleistungsgeschäft weiter ausbauen. Alle Vorbereitungen sind getroffen, wie Geschäftsführer Klaus P. Kübel mitteilte, in die Vermögensanlage-Beratung einzusteigen.

Obwohl das zur Max-Grundig-Stiftung gehörende Institut nach den Worten von Kübel in den letzten Jahren „keine nennenswerten erkennbaren Risiken eingegangen" ist, werden alle Kreditengagements „sehr sorgfältig" auf ihre Bonität durchforstet. Der bisherige Spielraum ist nämlich so ausgereizt, daß ein weiteres Ertragswachstum kaum noch möglich ist.

Schon die Ertragsverbesserung im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 3.) wurde kaum vom Wachstum der Bilanzsumme um 3,3 Prozent auf 1,32 Mrd. DM oder des Geschäftsvolumens um 3,0 Prozent auf 1,5 Mrd. DM bestimmt. Es ist vielmehr eindeutig der „kontinuierlich verbesserten" Zinsmarge zuzuschreiben.

Die Entwicklung kommt in dem von 9,4 Mill. auf 6,4 Mill. DM gesunkenen Jahresüberschuß nicht zum Ausdruck, weil der Abschluß 1981/82 bilanzielle Sondermaßnahmen mit steuerlichen Auswirkungen (Auflösung und Ausschüttung von Rücklagen) enthielt, die einen Vergleich nicht ermöglichen. Deutlicher wird dies in dem auf 19,7 (16,7) Mill. DM gestiegenen Betriebsergebnis. Ausgeschüttet werden insgesamt 5,4 Mill. DM.

Den Rückstellungen wurden 7,4 Mill. DM zugeführt; in die offenen Rücklagen flossen 1 Mill. DM, die nun mit 28,5 Mill. DM zu Buche stehen. Das Kreditvolumen insgesamt erhöhte sich um 4,7 Prozent auf 1,1 Mrd. DM, wobei sich der Anteil der Großkredite verringerte.

NAMEN

Günther J. Schmidt, Aktionär und Chef der Togal-Werke, München und Lugano, wird heute 65 Jahre.

Dr. **Günther Herion,** Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V., Wiesbaden/Bonn, vollendet am 29. Juli das 60. Lebensjahr.

Dr. **Johannes Sebulke** (43) wurde als Nachfolger von **F. Kauffmann** zum Geschäftsführer der Tiede GmbH + Co., Rißprüfanlagen, Eßlingen, bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: House of Natural Food (Deutschland) GmbH; **Bergheim:** Harry Hensel, Heizungs- u. Sanitärgroßhandlung, Elsdorf; **Braunschweig:** Siegfried Pilz; **Heidelberg:** Nachl. d. Adalbert Kurt Weiß, Eppelheim, Inh. d. Textil-Kurt Weiß; **Wiesbaden:** City Kaufhaus Spandau GmbH, Mainz-Kastel.

Vergleich beantragt: Köln: BGI Betreuungs-Ges. f. Immobilienvermögen mbH.

Aktien weiterhin widerstandsfähig

Großchemietitel sowie Preussag gesucht

DW. – Der Börsenbeginn stand am Mittwoch im Zeichen günstiger Konjunkturprognosen und der vorangegangenen Kurserholung an der Wall Street. Meinungskäufe führten in den meisten Standardaktien zunächst zu leicht steigenden Kursen. Im Mittelpunkt der Nachfrage standen die Titel der Großchemie sowie die Preussag-Aktien, für die seit Tagen ein größerer Kaufauftrag im Markt liegt. In der zweiten Börsenstunde blieben Kaufaufträge weitgehend aus. Für die Zurückhaltung wurden der wieder anziehende Dollar, aber auch die leicht nachgebenden Kurse am Rentenmarkt verantwortlich gemacht.

Die Nachrichten über die sich verstärkende Autokonjunktur führten bei Daimler mit 609 DM zu einem neuen Spitzenstand, der jedoch nicht gehalten werden konnte. Der günstige Commerzbank-Zwischenbericht verlor seine anregende Wirkung auf die Bankaktien. Mit Abschlägen bis zu 1 DM lagen sie nur noch knapp behauptet. Im Bereich der Spezialwerte hielt die Nachfrage nach Gerresheimer Glas an, wo mit 127 DM (plus 4 DM) ein neuer Höchstkurs erreicht wurde. Die erstmals in den Börsenhandel eingeführten Tewidata-Aktien gingen zu 310 DM um, der Zeichnungspreis betrug 202,50 DM.

Düsseldorf: Thüringer Gas erhöhten sich um 15 DM auf 485 DM und Küppersbusch um 10 DM auf 355 DM. Stoehr verbesserten sich um 5,70 DM auf 60,50 DM und Gerresheimer sowie Isenbeck stockten je um 5 DM auf. Stahl Bochum verminderten um 8 DM, Ravensberger Spinne um 6 DM und Rheag um 5 DM.

Frankfurt: Jeweils bei Doppelminus fielen Commerzbank-Reste auf 9,70 DM minus 4,30 DM und Dresdner-Bank-Reste auf 9 DM minus 5,30 DM bei jeweils 45 Prozent Abnahme. Wiebau-Bezüge lagen mit 22,40 DM über Parität bei 12 836 Stück Umsatz. Ansonsten blieben MAN-Roland 419 DM plus 9 DM, Verseidag bei Phusankündigung 85 DM und Holzmann 445 DM minus 14 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 103 DM gut behauptet, während NWK Vorzüge auf 164,50 DM (minus 1 DM) nachgaben. Beachtlich fester gingen Reichelt zu 82 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi lagen bei 141 DM (minus 1 DM) etwas leichter.

München: Audi NSU erhöhten um 2 DM auf 272 DM und Augsburger Kammgarn um 4 DM auf 101 DM. Flachglas verbesserten sich um 5,50 DM auf 283 DM und Gehe AG um 3 DM auf 218 DM. Heilit u. Wörner gaben um 3 DM auf 320 DM nach und NAK Stoffe um 0,40 DM auf 70 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 15 DM an. DUB-Schultheiss konnten sich um 3,10 DM, Orenstein um 2 DM und Herlitz Vorzüge um 1,50 DM erholen. Berliner Kindl lagen um 0,50 DM geringfügig freundlicher.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzb., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W., Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann, MAN, Mercedes-H., Metallges., Preussag, RWE St., RWE VA, Rütgers, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips, Royal D., Unilever

Kurswert in 1000 DM

	27. 7.	26. 7.		27. 7.	26. 7.		27. 7.	26. 7.
H AachM Beteil. 9	690bB	685	H Breitenb.-C. *28	518G	518G	M En. Ostb. 5	299	292G
H Aach. M. Vers. 6+1	335G	333	H Br. Straßb. *0	335T	330G	H Elbrait 0	54	53
D Aach. Rück. 9+7,5	1095G	1095	H Br. Vulkan 0	46	46	B Engelhardt 7	270T	275T
D Asbag *4	185T	190G	H Br. Wolk. 4,5 + 1,5	121	119	D Enka 3,33	147	145
M Ack-Gögg 0	105	104,8	F BBC 6	214,9	213,2	M Erlus 10	460TB	475B
H Adca 0	112,5	116	S BSU Textil %12	1320TG	1300TG	M Ersto Kulmb. 8	791	790G
D Adler 9	291G	291G	D Buckau-W. 0	116	118G	S esbi *0	25,9	25,9bG
F Adt AG 7,5	174	175	D Buderus *12	455G	455G	S Essl. Masch. *10	550TB	550TG
F AEG-Telef. 0	72	71,6	M Bgl. Br. Ing. *11+1	728G	728G	M Esterer **10	530G	530G
D AEG-Kabel 7,5	245	245G	S Bgl. Brh. Rav. *5	460G	460G	D Farb. Liqu. RM 0	10,9	11,45
S Aesculap 8	515	516,5	S Calw D. **18	660TB	670TB	F Flachglas 8	276	285TG
D Agrippina *7	680G	680G	F Cassella *7	463	460,7	D Ford *0	1160T	1160T
M Agrob *9	380bG	369bG	F Ceag 0	114,7	113,2	B Forst Ebe. *4	2000G	2000G

	27. 7.	26. 7.	
H Holsten-Br. 6	270	270	D Mannesmann 6
F Holzmann 10	443	460	D Mann. Demag 6
D Horten 2,5	147	146	F Mannh. Vers. 8
B Hw. Kayser *12	256T	255T	H Markt & K. *4
D Hussel 7	275	270	F MAN St. 4
D Hutschenr. Heg. 5	117T	118	F dgl. Vz. 4
M Hutschenr. 9	250,5	249,5	F MAN-Roland 14+4
H Hypo Hbg. 10+2,5	435G	436	S M.Müll.Weing. *
D IKB 7	200	200	D Moser 8
S IWKA 0	155,5	159	D Mech. Viers. 0
M Isar-Amper 6	328	326bG	F Mercedes 10
D Isenbeck *9,5	315	310G	F Metallges. 0
H Jacobsen *8	615G	620	S Met. u. Lack 0

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Auslandszertifikate

Fremde Währungen

DM-Anleihen

Ausland

New York

	26. 7.	25. 7.		26. 7.	25. 7.		26. 7.	25. 7.
Faberge	19,50	20	Procter & Gamble	52,75	52,75	Cominco	54	51,625
Firestone	19,625	19,125	RCA	28,75	28,75	Cosseco Res.	4,45	4,45
Fluor	22,125	21,375	Revlon	34,75	34,25	Denison Mines	47,50	46
Ford	62	60,75	Reynolds Ind.	50,875	50,875	Dome Petroleum	5,75	5,625
Foster Wheeler	15,75	16,375	Rockwell Int.	54	53,75	Domtar	25,625	25,575
Fruehauf	37,25	36,75	Rorer Group	29,75	30,25	Falconbridge Nickel	80	78
GAF Corp.	15,375	14,375	Schlumberger	58,75	58	Great Lakes Paper	84,625	84
General Dynamics	56,375	54,875	Sears, Roebuck	45	42,75	Gulf Canada	19,75	19,25
General Electric	53,875	54	Shell Oil	48,125	48,375	Gulfstream Res.	1,30	1,33

Toronto

Mailand

London

	27. 7.	26. 7.		27. 7.	26. 7.
Cadbury Schweppes	111	109	Pirelli SpA	1729	1741
Charter Cons.	295	290	Rinascente	348	350
Cons. Gold Fields	582	569	RAS	144400	144500
Cons. Murchison	460	460	S. A. I.	13250	13510
Courtaulds	94	95	SIP	1860	1889
De Beers $	10,19	10,13	Snia Viscosa	1081	1080
Distillers	224	219	STET	1740	1750
Driefontein $	36,38	35,63			
Dunlop	65	64	Index	–	198,77

Amsterdam

Wien

	27. 7.	26. 7.
Perlmooser	356	358
Reininghaus	363	363
Schwechater Br.	175	171
Semperit	–	107
Steyr-Daimler-P.	158	157
Universale Hoch-Tief	232	230
Veitscher Magnesit	215	215
Index	55,38	55,48

Tokio

Kopenhagen

	27. 7.	26. 7.
Den Danske Bank	278,25	288,5
Jyske Bank	511	530,25
Kopenh. Handelsbk.	255,75	264
Novo Industri	2855	2890
Privatbanken	258,5	268,75
Ostasiat. Komp.	134	144,5
Dan. Sukkerfabr.	586	588
For. Bryggerier St.	984	995
Kgl. Porc. Fabr.	535	535

Zürich

Brüssel

	27. 7.	26. 7.
Gevaert	2580	2520
Kredietbank	6400	6390
Pétrofina	5860	5750
Soc. Gén. d. Belg.	2000	1925
Sofina	4990	4920
Solvay	2995	2980
UCB	4000	3945
Index	132,71	130,91

Hongkong

Singapur

	27. 7.	26. 7.
Dev. Bk. of Sing.	9,30	9,40
Fraser + Neave	8,60	8,80
Kl. Kepong	3,57	3,56
Mal. Banking	9,00	9,00
Nat. Iron	7,35	7,35
OCBC	10,60	10,70
Sime Darby	2,23	2,22
Singapur Land	6,45	6,75
Un. Overs. Bank	5,75	5,40

Madrid

Paris

Sydney

	27. 7.	26. 7.
North Broken Hill	3,10	3,14
Oakbridge	1,48	1,50
Peko Wallsend	7,32	7,30
Poseidon	6,20	6,30
Thomas Nat. Tr.	2,05	2,00
Waltons	0,58	0,45
Western Mining	4,97	4,95
Woodside Petr.	1,25	1,31
Index	678,5	676,1

Optionshandel

Frankfurt: 26. 7.: 583 Optionen, 30 450 (33 750) Aktien, davon 84 Verkaufsoptionen = 4300 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-75/3,40, 10-80/2,60, 1-85/3,40, 1-90/2,50, 4-80/9, Siemens 10-328,05/39, 1-360/25,50, 1-380/16, 1-400/8, 1-410/4,40, 4-400/14, Veba 1-170/24, 1-180/15, 1-190/9, 4-200/7,50, BASF 10-145/10,60, 10-160/3,50, 1-140/18,75, 1-150/14,60, 1-160/8,40, 1-170/5,85, 4-170/7, Bayer 10-160/3,40, 1-150/11, 1-156/9,30, 1-160/8,15, 1-170/46, 4-150/18,20, 4-160/11,40, Hoechst 4-160/13, BMW 10-390/20, 1-410/25, 1-420/15, 4-420/37, 4-440/19, VW 10/180/26, 10-210/7,50, 1-180/28,50, 1-190/24,50, 1-230/7,85, 4-200/26, 4-220/14,50, Conti 10-95/20, 10-100/15, 10-110/8,50, 1-110/13, 1-120/8, 1-130/5,40, 4-110/18,50, 4-120/10, 4-130/6,60, Commerzbank 1-180/11,85, 1-220/5, 4-200/15,50, Deutsche Bank 10-340/13, 1-340/25,80, 1-350/17,05, 1-360/13,40, 4-350/28,80, Dresdner Bank 10-180/9,60, 10-190/5, 10-200/3,50, 4-190/19, 4-200/13, Hoesch 10-45/9, 10-55/2,50, 10-60/1, 1-55/4,90, 1-60/3, 4-60/5, 4-65/3, Mannesmann 10-150/5,80, 1-150/10, 1-160/6,85, 4-150/15,50, 4-160/10, Preussag 1-290/11, Thyssen 10-80/3, 1-80/6,40, 1-85/4, 1-90/3,40, 4-80/10,20, 4-85/7, Bay. Hyp.-Bank 1-310/17, Bay. Ver.-Bank 1-360/19, Agiv 10-330/20, Bewag 10-110/2,60, 1-100/9,40, 1-110/4,40, Daimler 10-600/25,80, Degussa 1-380/36, 1-400/28, 4-410/25, GHH 10-170/1,90, Karstadt 10-260/16,50, Klöckner 4-50/4,40, Mercedes 1-540/23, Schering 1-380/25, 4-380/24,80, VEW 1-130/6,50, Chrysler 4-95/9,30, General Motors 10-200/10,60, Sperry Rand 1-110/12,40, Philips 1-45/6, 1-0/3,80, 4-50/6, Royal Dutch 1-130/13,60, 1-130/7,10, 4-130/11,40, ELF 1-55/7, 1-60/4, Norsk Hydro 10-160/12,50, 10-170/9, 1-180/5,10, 4-170/13. Verkaufsoptionen: Siemens 10-350/3,50, 10-390/10, 1-340/2,40, 1-350/6, BASF 10-150/2,50, Hoechst 10-150/2, BMW 10-370/3,40, 10-380/5,50, 10-390/10, 1-360/4, 1-370/4,50, 1-380/14, 4-370/12, VW 10-190/3, 1-180/2,40, 1-190/5,40, 1-200/22, 4-190/6,70, 4-200/12, Conti 4-110/5,85, Commerzbank 10-180/3,80, Deutsche Bank 10-340/8,90, Dresdner Bank 1-180/6,45, 4-180/8,60, Mannesmann 1-150/6,50, Preussag 1-270/11,10, Bay. Ver.-Bank 10-340/8,50, BHF 10-300/8, BBC 1-210/11, Daimler 10-570/6, 1-590/20, Klöckner 4-45/5,40, Chrysler 1-90/10, Xerox 4-130/14,905. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	4¾–5	4½–5⅛
3 Monate	10 –10¼	5 –5¼	4⅞–5¼
6 Monate	10½–10¾	5⅜–5⅝	4⅞–5¼
12 Monate	10⅝–10⅞	5⅞–6⅛	4¾–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1505,00	1841,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1223,00	1437,01
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,26
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	251,00	308,94
20 belgische Franken	193,00	254,22
10 Rubel Tscherwonez	270,00	336,30
2 südafrikanische Rand	254,00	312,36
Krüger Rand, neu	1130,00	1333,80
Maple Leaf	1130,00	1333,80
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	251,00	320,34
20 schweiz. Franken „Vreneli"	217,00	275,88
20 franz. Franken „Napoléon"	215,00	273,60
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1045,00	1258,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	211,00	263,34
10 österr. Kronen (Neuprägung)	111,00	143,64
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	485,00	592,80
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	115,00	153,90

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 7. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse*)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6190	2,6370	2,5886	2,57	2,66
London¹)	4,000	4,014	3,960	3,94	4,09
Dublin¹)	3,152	3,166	3,083	3,11	3,25
Montreal³)	2,1283	2,1343	2,1063	2,08	2,17
Amsterd.	89,230	89,350	88,31	88,25	90,25
Zürich	123,980	124,180	124,08	122,50	125,26
Brüssel	4,991	5,011	4,953	4,88	5,10
Paris	33,185	33,365	32,565	32,25	34,25
Kopenh.	27,740	27,860	27,515	26,75	28,75
Oslo	35,545	35,665	34,90	34,75	36,50
Stockh.**)	33,840	34,000	33,41	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,685	1,695	1,642	1,66	1,75
Wien	14,209	14,249	14,209	14,12	14,38
Madrid**)	1,756	1,766	1,648	1,72	1,84
Lissabon**)	2,170	2,190	2,08	1,84	2,75
Tokio	1,0880	1,0910	—	1,04	1,10
Helsinki	46,570	46,770	45,69	45,75	47,50
Buen. Air.	–	—	—	—	33,00
Rio	–	—	—	0,10	0,79
Athen*) **)	3,080	3,113	—	2,50	3,30
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,2995	2,3185	—	2,20	2,33
Johannesbg.*)	2,3825	2,4015	—	1,95	2,20

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar;
4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Gerüchte über eine erhöhte Mittelaufnahme für den Monat August durch das amerikanische Schatzamt ließen den Dollarkurs bereits am Vortag in New York auf 2,6150 anziehen. Im europäischen Handelsgeschehen unterstützten kommerzielle Ultimoeindeckungen diese Aufwärtsentwicklung und ließen den Dollar am 27. 7. mit 2,6230 als amtlichen Mittelkurs auf einen neuen Höchstkurs seit dem 30. 12. 1976 ansteigen. Die Bundesbank glich der Nachfrage mit einem Verkauf von 10,6 Mio. Dollar aus. Das britische Pfund befestigte sich um 3,4 Pf auf 4,007. Die D-Mark verzeichnete auch gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen Kursverluste. Erwähnenswert ist dabei, daß der Schweizer Franken und der japanische Yen mit 124,08 bzw. 1,0895 jeweils neue Jahreshöchstkurse erreichten. US-Dollar in: Amsterdam 2,9345; Brüssel 52,48; Paris 7,8860; Mailand 1552,05; Wien 18,4290; Zürich 2,1140; Irischer Pfund/DM 3,159; Pfund/Dollar 1,5276.

Ostmarkkurs am 27. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports erweiterten sich am 27. Juli auf ihr Vortagsniveau, nachdem die Euro-Dollar-Zinsen ebenfalls wieder anzogen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,24/1,14	3,43/3,33	6,60/6,40
Pfund/Dollar	0,035/0,055	0,13 / 0,17	0,27 / 0,32
Pfund/DM	2,40/1,00	5,40/4,00	8,80/8,40
FF/DM	29/13	79/63	165/149

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 7.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,3–5,4 Prozent; Dreimonatsgeld 5,5–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 7.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 27. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25)–6,50 (5,35)–8,25 (6,25)–9,00 (6,87)–9,25 (7,27)–9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25)–6,50 (5,37)–8,25 (6,32)–9,00 (6,96)–9,25 (7,43)–9,75 (7,82)–9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Renten etwas weicher

Der am Vortag nachgebende Bonds-Markt in den USA und im Zusammenhang damit der wieder anziehende Dollar führten zu einer Unterbrechung der gerade erst wieder aufgelebten Anlagekäufe am Rentenmarkt. Bei den öffentlichen Anleihen gaben die Kurse bis zu einem Viertelpunkt nach. Das Geschäft in den DM-Auslandsanleihen hielt sich in engen Grenzen, hier war die Tendenz knapp behauptet. Der Pfandbriefmarkt fiel in seine Geschäftslosigkeit zurück, bei Angebot wurde mit den Kursen nach unten ausgewichen.

	27. 7.	26. 7.
M 5½ Bayer. Halb. Pf 14	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81bG
6¼ dgl. Pf. 2	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 3	94,25bG	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,5GG	100,5GG
6½ dgl. KS 14	94,25G	94,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 23	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5bG

	27. 7.	26. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	92,7G	92,7G
6 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Fr. Hypobk. Pf 66	69,5G	69,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5	78,5G
6 dgl. Pf 130	90,6G	90,6G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 168	100,5	100,5G

	27. 7.	26. 7.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	97,5G	97,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99G	99G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

F 4 Abl. 57	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100G	100
10 dgl. 73 II	11/83	101	101,1
7½ dgl. 72	2/84	100,55	100,6G
8 dgl. 72	9/84	101,55	101,55
8½ dgl. 76	9/84	101,9	101,9
6 dgl. 78 III	11/84	99,25	99,2
8½ dgl. 79	2/85	99,25	99,25
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl. 77	2/87	97,6	97,75G

Bankschuldverschreib.

F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1G
F 7½ Sakola Pf 104	99,8G	99,8G
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Mit leichten Abschlägen schlossen die Goldnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Bruchteilige Veränderungen nach beiden Seiten in den ersten Sichten und unverändert in den darauffolgenden notierte Silber. Knapp behauptet bis stetig ging Kupfer aus dem Markt, Kaffee und Kakao konnten sich zumeist verbessern.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	26. 7.	25. 7.
Sept.	365,00	362,25
Dez.	383,50	379,50
März	392,75	390,00

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2410	2397
Sept.	2450	2439
Dez.	2446	2446
Umsatz	4932	6726

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

	26. 7.	25. 7.
Silber (p/Feinunze) London Kasse	808,90	814,35
3 Monate	828,50	834,05
6 Monate	849,25	854,85
12 Monate	892,25	897,90
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	289,40	287,65
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	100,60	97,95

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Nach langer mit viel Geduld ertragener Krankheit ist mein geliebter Mann, unser guter Vater, Opi und Schwager

ULRICH METELMANN

geb. 9. Juli 1909 gest. 25. Juli 1983

von uns gegangen.

In Liebe und Dankbarkeit

Käthe Metelmann, geb. Kurth
Bernd und Helke Metelmann
Gerd und Lore Metelmann
Uwe und Christiane Mellentin
geb. Metelmann
Irmgard Metelmann
und Enkelkinder

Am Langenzug 9
2000 Hamburg 76

Wir nehmen Abschied am Dienstag, dem 2. August 1983, um 14.00 Uhr in der Feierhalle B des Krematoriums, Hauptfriedhof Hamburg-Ohlsdorf.

An Stelle zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten des SOS-Kinderdorfes „Harksheide", Konto Deutsche Bank AG, Hamburg, Nr. 37/01463 (BLZ 200 700 00).

Mit großer Trauer geben wir Kenntnis von dem Ableben unseres Seniorchefs

ULRICH METELMANN

* 9. Juli 1909 † 25. Juli 1983

Er gründete, leitete und entwickelte unsere Vorgängerin Bielert & Co. Kommanditgesellschaft und nach deren Umwandlung auch unser Unternehmen in höchster Pflichterfüllung und mit unermüdlicher Tatkraft. Solange er konnte, war sein Denken und Streben dem Wohle der Gesellschaft gewidmet.

Wir gedenken seiner in Hochachtung und Dankbarkeit.

Gesellschafter, Geschäftsführung
und Belegschaft der Firma
GEBRÜDER METELMANN GMBH & CO KG
Hamburg – Köln – Braunschweig

Rathausstraße 13
2000 Hamburg 1

Wir nehmen Abschied am Dienstag, dem 2. August 1983, um 14.00 Uhr in der Feierhalle B des Krematoriums, Hauptfriedhof Hamburg-Ohlsdorf.

An Stelle zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten des SOS-Kinderdorfes „Harksheide", Konto Deutsche Bank AG, Hamburg, Nr. 37/01463 (BLZ 200 700 00).

Ein erfülltes Leben hat sich vollendet.

Otto Neubaur

* 22. 7. 1891 † 20. 7. 1983

Wir trauern um ihn in großer Dankbarkeit und Liebe.

Annemarie v. Grolman geb. Neubaur
Friedrich v. Grolman
Gertrud Neubaur geb. Beck
und seine Enkel und Urenkel

Bad Neuenahr, den 20. Juli 1983

5300 Bonn 1, Im Erlenbusch 1
8980 Oberstdorf, Soldanellenstraße 16

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreise stattgefunden.

Am 20. Juli 1983, zwei Tage vor seinem 92. Geburtstag, verstarb Herr

Otto Neubaur

Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern

Mitglied des Vorstandes unserer Bank in den Jahren 1949 bis 1958. Nach seiner Pensionierung wechselte Herr Neubaur als dessen stellvertretender Vorsitzender bis Ende 1963 in den Verwaltungsrat unseres Hauses über.

Wir trauern um einen großen Mann, der in den Jahren nach der Gründung den Werdegang der Bank entscheidend mitprägte und dessen vornehme und warmherzige Art wir nicht vergessen werden.

Verwaltungsrat, Vorstand, Personalrat
und Mitarbeiter der
KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

Mozart aus der Dusche

bis – Jeden Morgen überfiel mich dieses Schweigen, diese existentielle Leere im Badezimmer: nur monoton rauschendes Wasser in der Duschkabine. Vielleicht noch blechernes Geplärre aus dem Radio auf dem Arzneischrank, ein bißchen Morgenmagazin, ein bißchen Schlagergequäke. Da fehlte etwas für den glücklichen Übergang zwischen Schlaf und erster Tasse Tee. Nur was?

Die nimmermüde Phono-Industrie, genauer gesagt: die erfindungsreichen Japaner haben mich jetzt endlich aus dieser Ungewißheit erlöst. Mir fehlte richtige Musik! Mozart, Bach und Basie im vollen Stereo-Sound, direkt unter der Dusche in die Ohrmuscheln eingespielt, das bringt den Kreislauf auf Touren, besser als heiß-kalte Wechselduschen! Und so gibt es ihn jetzt endlich, den Sports Walkman auf den wir alle so naiv unbewußt gewartet haben. Schließlich lassen wir uns schon lange im Auto, auf dem Fahrrad und sogar auf Rollschuhen mit HiFi beschallen. Wer wird da auf Dauer beim Duschen, Schwimmen, Windsurfen und Segeln auf den perfekten Sound verzichten wollen? Sicher wird man uns nun bald auch mit einer Kassette erfreuen, die jede Flaute mit Brandungsgetöse und Starkwindgeräuschen überspielt.

Allerdings, so richtig glücklich wäre ich erst, wenn ich meine *Plastikente für die Badewanne* mit einem kleinen Farbfernseher nachrüsten lassen könnte. Man verpaßt doch eine Menge, wenn man einfach so im Schaumbad rumliegt. Also, wie wär's? Bis zur nächsten Funkausstellung ist noch über ein Jahr Zeit.

Triumphales Comeback des Herbert von Karajan – Glanzvoller „Rosenkavalier" zur Eröffnung der Salzburger Festspiele

Ernst und Spaß mit schlanker Hand gemischt

Das Salzburger „Rosenkavalier"-Publikum, zur Festspiel-Eröffnungspremiere herbeigereist, schien wohlhabender denn je zuvor. Ob die Eintrittskarte 300 Mark kostet oder selbst mehr, ist ihm offensichtlich vollkommen gleichgültig. Hauptsache, man bekommt überhaupt eine – und den Tisch zum Souper nach der Vorstellung im „Goldenen Hirschen".

Es feiert gleichzeitig die Rückkehr Herbert von Karajans ans Festspielpult nach jener Operation, die ihn die Mitwirkung an den Salzburger Pfingstkonzerten absagen ließ. Als Regisseur wie als Dirigent leitet er die Aufführung mit ebenso fester wie milder Hand. Er winkt der Komödie Lebwohl. Er drückt den Spaten nieder. Er spinnt musikalisch die heimliche Trauer fort. Er dirigiert sozusagen mehr Hofmannsthal als Richard Strauss. Es setzt einen „Rosenkavalier" als lächelnde Elegie, als musikalische Paraphrase über die Zeit, das sonderbar Ding, von deren Verlauf Karajan nicht weniger weiß als die Marschallin.

Karajan rückt sich die Tempi zurecht. Er musiziert sie breit aus. Instrumentales Kammerspiel wird in schillernder Schönheit gepflegt. Die pausbäckigen Heiterkeiten werden zurückgenommen, die Partitur entfettet. Sie klingt durchsichtig, zerbrechlich sogar mitunter. *Es setzt viel Instrumental*parlando wie hinter der vorgehaltenen Hand, doch in den kostbarsten Stimmtönungen. Dem Orchesterspiel der Wiener Philharmoniker unter Karajan zu lauschen, bereitet pausenlosen Genuß. Es trumpft nie auf, bleibt immer diskret, doch entzückt es durch die delikatesten Farben.

Karajan greift bei seiner Neuinszenierung des *„Rosenkavalier"* auf den alten Aufriß von Teo Otto zurück, der längst zum alten Eisen gehörte, aber nun überraschend neu belebt wird: eine neue Salzburger Festspielpraxis, und ganz gewiß ist ihr Ursprung nicht in Sparmaßnahmen zu suchen. Es ist Karajans Konservativismus, sein ausgeprägtes Traditionsgefühl, der den „Rosenkavalier" dekorativ wie



Überreichung der silbernen Rose: Agnes Baltsa als Octavian (r.) und Janet Perry als Sophie in Karajans Salzburger „Rosenkavalier"
FOTO: KIRCHBACH

inszenatorisch wieder auf Vordermann zu bringen sucht, und der heißt nun einmal Teo Otto.

Maria Theresias heile Welt wird mit der Strauss' und Salzburgs und Karajans rückgekoppelt. Das Ergebnis ist ein „Rosenkavalier" der Erinnerung. Von dort zieht die Wehmut herauf, die Karajans Interpretation mit ruhigem Atem durchdringt. Der *„Rosenkavalier"* – ein Festspiel des Abschiednehmens.

Die Inszenierung gibt sich gelassen. Wie immer bei Karajan steht sie der Musik nicht im Wege und hält sich alle komödiantische Vulgarität vom kostbar singenden Hals. Es wird nicht in des Feldmarschalls Betten erotisch herumgealbert. Diskretion ist bei Hof wie bei Karajan Ehrensache, und auch Karajans Inszenierung hält auf ihre Art hof. Aber steif wird sie darüber nun auch wieder nicht. Im Gegenteil – sie überrascht mit manchem zärtlichen Zug, einer Verschämtheit mitunter auch, die dem Stück gut zu Gesicht steht.

Karajans Regie ist durchaus nicht auf neue Entdeckungen aus, aber sie kann sich sehen lassen mit Anstand. Sie kennt das Metier, sie weiß um die Musik. Darin ist Karajan von vornherein den meisten inszenierenden Neutönern überlegen. Und natürlich steht ihm für die Hauptrollen eine Besetzung zur Verfügung, die unübertrefflich ist.

Octavian, der Rosenkavalier, ist Agnes Baltsa, die temperamentvolle Griechin, die Rasse im biegsamen Leib und reiche Musik in der Kehle hat. Sie ist zunächst einmal Musikerin, die alle erforderlichen Phrasierungskünste dramatisch stimmig herauszusingen vermag: eine Primadonna selbst in Rofranos Hosen, gleichzeitig eine Komödiantin, die Ernst und Heiterkeit mit schlanker Hand zu mischen versteht. Ob in der Silberpracht *des Rosenzeremoniells oder der* Dirndlverkleidung: die Baltsa weiß zu bezaubern. Wie aus der Silberrose der eine Tropfen persischen Rosenöls, duftet aus ihrer Interpretation Intelligenz. Um die Baltsa ist Verstandeshelle und Wohlklang, darstellerischer Geschmack mit Singkunst vereint. Kein Wunder – sie sah sich gefeiert.

Jubel gebührte aber auch Anna Tomowa-Sintow, der Marschallin, einer Sängerin im Zenit ihrer Kunst, die ihr mit einer Sanftmündigkeit zu entfalten versteht wie zur Zeit keine andere. Die Tomowa-Sintow singt mit einer Empfindungswärme sondergleichen. Sie findet in ihrer Rolle ohne Umschweif den Seelenton. Sie drückt keine Sekunde auf die Sentimentalität. Sie macht aus der Marschallin keine Entsagungsdiva. Sie drückt singend in Reinheit Stimmungen der Seele aus, die sie wolkenleicht und reich durch die Partitur treiben.

Kurt Moll als Ochs ist, wie er sein soll: Kein Urvieh von einem Kerl, sondern ein Aristokrat, wenn auch aus derberem Holze. Moll macht das ganz prächtig, und er singt überdies seinen Part mit Gusto, Rundung und Charakterschärfe, ein Tausendsassa, später auf dem Freiersfuß.

Janet Perry ist Sophie, das Klosterkätzchen, das erstmals die Krallen zeigt. Karajan, der sorgfältigste und liebevollste Begleiter, trägt sie behutsam mit seinem Orchester über die Schwierigkeiten der Rolle hinweg, an die Schönheiten der Rolle heran. Doch viel persönlicher Klang bricht nicht aus ihrer Kehle, im Damen-Terzett wirkt die Perry nicht mehr als korrekt. Aber von Wilma Lipp, ihr als Jungfer Leitmetzerin beigegeben, kann sie schließlich noch lernen.

Sein Entree durch die große Festspielpforte von Salzburg macht Vinson Cole, ein junger farbiger Tenor, der seine Arie vorträgt, als wolle er Domingo das Fürchten, das Publikum das große Entzücken lehren. Das zweite gelang.

In Helga Müller-Molinari stellte sich eine stimmlich wendige Ammina vor. In der Charakterpartie Faninals blieb Gottfried Hornik überraschenderweise eher uncharakteristisch und matt. Victor von Halem ließ einen dicken Polizeibaß hören, Zednik sang den Intriganten. Ganz Wien schien wieder einmal auf den Beinen in Salzburg, wie es sich ja auch für den „Rosenkavalier" schickt.

KLAUS GEITEL

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Politische Meinung

Guernica, neu gesehen

„Bürgerliche" Blätter mit linkem Feuilleton reden sich oft darauf hinaus, es gebe gar keine Journalisten, mit denen man ein konservatives Feuilleton machen könne. Diejenigen Chefredakteure, die so faule Ausreden auftischen, kann man neuerdings auf die CDU-Zweimonatsschrift „Die politische Meinung" (Bonn 2, Godesberger Allee 157) hinweisen. Seit einer ganzen Anzahl von Heften demonstriert deren Kulturredakteur Werner Ross seine Personalkenntnis: Er weiß, auf welchen Lehrstühlen und in welchen Verlagen die wirklichen Nonkonformisten in Sachen Kultur sitzen.

In der Nr. 208 treten gleich zwei Professoren auf, welche die Thesen unserer Medien-Gouvernanten ad absurdum führen. Der Kölner Nationalökonom Christian Watrin weist nach, daß die wirtschaftlichen Pläne der Grünen bei ihrer Durchführung zur „Verschwendung knapper Ressourcen" führen würden. Und der Erlanger Kunsthistoriker Bernhard Rupprecht befaßt sich kritisch mit einem bereits zur Legende gewordenen Bild der Moderne, Picassos „Guernica".

Die Stärke Rupprechts ist, daß er sich dem Bild als Kunsthistoriker nähert. Die Biographie Picassos läßt er als unwichtig beiseite; der späte Eintritt des Malers in die kommunistische Partei interessiert ihn nicht. Ebenso kümmert er sich nicht um den Streit der Zeitgeschichtler, wie es denn nun eigentlich in Guernica gewesen sei. Rupprecht hat ein Bild vor sich, das er stilistisch analysiert.

Schon damit verstößt er gegen die Spielregeln: Das ideologische Begleitpaket, das jedem modernen Werk mitgegeben wird (Formulierungen der Künstler selbst, der Kunstmanager, der spezialisierten Kritik), wird souverän ignoriert. Und es wird vorexerziert, daß ein solches Bild genauso „abgelesen" werden kann wie ein Bild aus dem Barock.

Rupprechts Aufsatz räumt deshalb in langer Kette die „Vorgaben" weg, die diesen unmittelbaren Blick auf das Bild verstellen, und setzt dann Schritt für Schritt mit der Analyse des zu Sehenden an – eingedenk Adornos Warnung, daß ein Kunstwerk nicht mit seiner Genese verwechselt werden dürfe. Eine solche Analyse kann nicht in Auswahl zitiert werden – wir müssen gleich zur Schlußfolgerung aus dem formalen Befund springen.

Im Gegensatz zu den abstrakten Richtungen kann Picasso „die Erinnerung an außerkünstlerisch Gegenständliches nicht entbehren, weil so vor allem die Macht der Kunst und des Künstlers über das Gegebene demonstrierbar ist. Im Kubismus entpuppt sich das Verhältnis von Kunst zur Sachlichkeit und Sinnhaltigkeit der gegebenen Welt als Machtfrage." Kunst ist nicht mehr „Feier der Schöpfung", will nicht mehr „Nach- oder Weiterschöpfung" sein – es geht vielmehr um die „Erarbeitung von Kunst-Konstrukten, die gegenüber den Hinweisen auf Dinge und Sinnzusammenhänge dominant auftreten".

Von daher ist zu verstehen, daß Sartre eine Parallelität der Entwicklung der Geschichte zu Guernica hin und der Entwicklung von Picassos Kunst erkennen wollte. Auf eine Kurzformel gebracht (für *die Rupprecht nicht verantwort*lich ist): In dieser Kunst war Guernica bereits zerstört, ehe dort die ersten Bomben fielen.

ANTON MADLER

Fortsetzung mit der „Walküre" in Bayreuth

Auf fliegenden Pferden

Hunding scheut das Licht. Seine Hütte hat ihm denn William Dudley, der Ausstatter des neuen Bayreuther Nibelungen-„Rings", unter die Erde gebaut, ins Wurzelwerk der mächtigen Esche. Über dem Feuer brutzelt das Essen, das Sieglinde austeilen wird. Trinkhörner liegen bereit an der langen, aus einem Baumstamm geschnittenen Tafel. Ein Germanen-Wohnzimmer der rustikalen, aber doch feineren Inneneinrichtung.

Darüber hinweg sieht man in einen kahlen, winterlichen Wald. Aus ihm naht Siegmund, das Wolfsfell umgelegt. Der Regisseur Peter Hall beginnt auch den zweiten „Ring"-Abend, „Die Walküre", in pingeligem Gehorsam gegenüber Wagners Szenenanweisungen. Die Vereinfachungen und Abstraktionen, die in den dreißiger Jahren begannen und bei Wieland Wagner ihre stärksten Ausprägungen fanden, werden von Peter Hall zurückgedreht.

Im 2. Akt sieht Halls und Dudleys Bildwelt anders aus. Die Handlung verlagert sich hier auf innere Vorgänge, aufs Reflektieren. Schluß mit all dem Requisitenplunder. Eine abgeräumte, schiefrig-steinige graue Fläche bleibt als Handlungsebene. Auch der Walküren-Felsen des 3. Akts bleibt karg. Keine Tanne, keine Rösser, nur sieben aufgereihte Heldenleichen, fertig für den Abtransport nach Walhall. Er sieht fast wieder aus wie bei Wieland Wagner, nur ein bißchen heller.

Ein solches Spiel auf zwei Ebenen hat Sinn, wenn es sich durchhalten läßt: realistisch detailfreudig die Akte, die rein äußerlich das Geschehen voranbringen, eher abstrakt und statuarisch hingegen die Akte, in denen es um innere Entwicklungen geht. Die Szenen zwischen Wotan und Brünnhilde zeichnen sich durch intensives Zusammenspiel aus.

Die Trickkiste, die Hall und Dudley im „Rheingold" weit geöffnet hatten, bleibt zu – bis auf eine Szene. Da schwebt der Walküren-Felsen gleichsam in die Luft, hoch oben auf der Bühne. Man ahnt, warum die Walküren fliegende Pferde brauchen. Auch Brünnhilde wird am Schluß wieder in diese wolkigen Höhen entrückt. Aber der Feuerzauber wabert nur matt.

*Bei den Sängern war man beson*ders gespannt auf das Bayreuth- und Brünnhilden-Debüt von Hildegard Behrens. Sie ist ja eine ganz bewegliche, mimisch beredte Darstellerin. Sie spielt die Wotanstochter auf eine jähe und jungwilde Art. Sie besitzt eine hochdramatische Stimme eigentlich nicht. Aber sie kann in Mittellage und Tiefe dem sprechenden Deklamationston erstaunliches Volumen abgewinnen. Die klaren, offnen Höhen tragen ohnehin. Eine sehr ausdrucksstarke Brünnhilde also, nicht eine des sängerischen Ebenmaßes. Siegfried Jerusalem ist der Siegmund: Einiges gelingt ihm poetisch zart, aber ausgerechnet bei seinem Liebeslied entzweite er sich mit dem Orchester. Jeannine Altmeyer ist die Sieglinde, Matthias Hölle der Hunding, Siegmund Nimsgern *und Doris* Soffel das gegenüber dem „Rheingold" mächtig gewinnende Götterpaar.

Georg Solti am Pult hält sich bei den Liebesstürmen des 1. Aktes überraschend zurück. Er schlägt zuweilen extrem langsame Tempi. Mehr als an der Dramatik scheint ihm am ziselierten Schönklang zu liegen. Erst im 2. Akt wird er heftiger. Es kommt zu den grollenden Entladungen der „Walküren"-Musik. Aber schon der Ritt ist wieder stark zurückgenommen. Solti setzt auf die feinste Orchesterkultur. Er ist der ideale Begleiter.

REINHARD BEUTH

Montreux: Der 10. Ärztliche Seminar-Kongreß

Der vergiftete Mensch

Die Zeit der Knollenblätterpilze naht wieder unerbittlich und mit ihr die Hochsaison in den Vergiftungszentralen. Daran haben alle guten Ratschläge nichts geändert. Manchmal wachsen die „Giftbomben in Pilzformat" auch so zahlreich, daß die Verwechslungsgefahr mit Champignons noch größer wird. Auf dem 10. internationalen Seminar-Kongreß für ärztliche Fortbildung in Montreux machte Professor Bartels, Notfallexperte der Universität Erlangen, etwa 700 Ärzte mit den Tücken der Vergiftungen vertraut.

Wenn es am dramatischsten aussieht, kann der Arzt meistens aufatmen. Denn kommt es bis zu zwei Stunden nach einer Pilzmahlzeit zu heftigen Bauchkrämpfen und Durchfällen, kann ein Knollenblätterpilz mit größter Wahrscheinlichkeit nicht die Ursache sein. Dann haben die Pilzsammler vielleicht einen Satans- mit einem Steinpilz verwechselt. Die Qual ist vorübergehend und bleibt ohne Folgen.

Die Knollenblätterpilz-Vergiftungen sind unvergleichlich heimtückischer. Erst zehn bis 20 Stunden nach dem genußvollen Verspeisen machen sie sich bemerkbar, dann aber mit lebensgefährlicher Dramatik. Die Gifte sind zu diesem Zeitpunkt bereits im Blut, speziell im sogenannten enterohepathischen Kreislauf, der das nährstoffreiche Blut aus dem Magen-Darm-Bereich in die Leber leitet. Dort richten die Pilzgifte ihr Zerstörungswerk an. Im schlimmsten Fall – er tritt noch bei jedem zweiten bis dritten Vergifteten ein – kommt es zum Leberzellverfall, die Leber löst sich gewissermaßen auf – meistens das Todesurteil.

Professor Bartels Faustregel: Je länger die Pilzmahlzeit zurückliegt, um so gefährlicher der Notfall. Man müsse vor allem in der Pilzsaison daran denken, daß Magen-Darm-Beschwerden immer auch erste Hinweise auf eine Pilzvergiftung sein können. Ein wenig Detektivarbeit ist dann nötig. So gilt es herauszufinden, wer sich noch an den vermeintlichen Speisepilzen delektiert hat. Liegt der dringende Verdacht nahe, es könne sich um Knollenblätterpilze handeln, ist auch bei den noch scheinbar Gesunden keine Zeit zu verlieren. Sie müssen ebenfalls umgehend auf die Intensivstation gebracht werden. Trotz allem intensivmedizinischen Aufwand handelt es sich immer um eine sehr ernste, lebensbedrohliche Notfallsituation. Nach Angaben von Bartels waren allein in der Schweiz im letzten Jahr knapp zehn Knollenblätterpilz-Tote zu beklagen.

Zwei weitere Vergiftungen spielen in der ärztlichen Praxis eine zunehmende Rolle: Die Kunststoffdämpfe und Reizgase und die Kohlenmonoxid-Vergiftungen, die nicht wie früher auf defekte Öfen zurückzuführen sind, sondern auf das Einatmen von Auspuffgasen von Selbstmord-Kandidaten. In beiden Fällen ist die rasche Notfallbehandlung lebensentscheidend. Bartels schilderte in diesem Zusammenhang einen kürzlich in Erlangen erlebten Fall einer Reizgasvergiftung. Eine Frau hatte Wildlederschuhe gereinigt, und zwar mit einem dazu angebotenen Spray. Bald war sie in eine Spray-Wolke eingenebelt – bis ihr plötzlich übel wurde. In der Klinik mußte ein toxisches Lungenödem diagnostiziert und behandelt werden. das Reizgas verursachte eine „Sturmflut" in den Lungenbläschen. *Sie überlebte, weil rechtzei*tig ein hochdosiertes Kortisonpräparat gegeben wurde, das dem Ödem Dämme setzte.

JOCHEN AUMILLER



Regensburg zeigt das Werk des Malers Paul Kleinschmidt anläßlich seines hundertsten Geburtstages

Er steigert die Halbwelt zu antiker Größe



Lust an Körperpyramiden: „Garderobe" (1929) ...
FOTOS: KATALOG

Die nackte, elementare sinnliche Lust am Fleischlichen springt einem beim Betrachten dieser Werke ins Auge: Barock und üppig sind die dargestellten Frauengestalten. In enge Mieder gezwängt, in winzige Knopfstiefel die stämmigen Beine gepreßt, die schmalen Handschuhe hoch über den Ellenbogen gestülpt, die die Oberarme abschnüren. Überall quillt pralles Fleisch über die Ränder. Sinnlichkeit ist ins Monströse übersteigert.

So viel Lust an schwellenden, entblößten Körpern verwirrt. Frauen – Kokotten und Bardamen, Zirkusreiterinnen und Garderobieren, Szenen aus dem Varieté-Milieu, aus den schummerigen Bars und Cafés des Berlin der 20er Jahre.

Kulissen mit Talmiglanz, Flitterkram und Tingeltangel-Effekt – das war die Welt des Malers und Graphikers Paul Kleinschmidt (1883–1949), die Welt, die er aus seiner Kindheit kannte (sein Vater war Chef eines Varietétheaters). Kleinschmidt, der Expressionist, der im Schatten von Max Beckmann fast verschwand, der verfemt wurde im Dritten Reich, gehört zu Unrecht auch heute noch zu den fast vergessenen Künstlern. Selbst in Werner Haftmanns „Malerei im 20. Jahrhundert" von 1965 wird er verschwiegen.

Anläßlich des hundertsten Geburtstags des Künstlers zeigt die „Ostdeutsche Galerie" in Regensburg eine Retrospektive, die einen repräsentativen Querschnitt durch das reiche Werk Paul Kleinschmidts bietet. Erstmalig sieht man hier auch Gemälde und Aquarelle aus dem in den USA verwahrten Nachlaß. Fast 180 Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und druckgraphische Blätter werden ausgebreitet von diesem Einzelgänger.

Kleinschmidt teilt mit vielen seiner Künstler-Kollegen ein tragisches Schicksal: Am 31. Juli 1883 in Bublitz/Pommern geboren. Studium bei Peter Halm und Heinrich von Zügel. Nach ersten Erfolgen *schließen* sich Hungerjahre an. Dann Ächtung und Verfolgung, Emigration nach Holland, Internierung in Frankreich, Malverbot, gewaltsame Repatriierung. 1949 stirbt Kleinschmidt, vergessen und verarmt, in Bensheim/Württemberg.

Was in der „Ostdeutschen Galerie" gezeigt wird, offenbart sinnfällig die gewaltige Meisterschaft dieses Künstlers. Die sogenannten Figurenbilder sind der eigentliche Bereich im Gesamtwerk Paul Kleinschmidts. Hauptthema bei allen motivischen Abwandlungen bildet die Frau in ihrer Körperlichkeit mit schematisch stilisierten, schönen, doch fast unpersönlichen Gesichtern. Gewaltige Körperpyramiden türmen sich auf der Leinwand, mit breitem pastosem Farbpinsel angelegt.

Jede Szene führt zu einer figuralen, ins Monumentale gehenden Komposition. Dynamisch wirken die Kreisformen der fetten Frauen, die ihre Stiefel schnüren, sich kämmen, sich schminken; Frauen vor überladenen Tischen mit Kuchen, Torten, Blumen und Weinflaschen. Als Gegensatz dazu das große Gähnen der „Rüben"- und „Schweinchen"-Gesichter.

Doch nie geht der Maler bei seinen Darstellungen aus den Amüsierbetrieben ins Karikierende, ins Grob-Verletzende. HAP Grieshaber, ein Bewunderer Kleinschmidts, orakelte einst über seine gemalten Gestalten aus der Halbwelt: „Ein mieses Subjekt wird hier zu einer antiken Figur gesteigert". Und noch etwas fällt auf beim Betrachten dieser Gemälde: Kleinschmidt war in erster Linie der „Maler in Weiß". Seine Bilder sind hell, in kalten und warmen Nuancen von Weiß gehalten.

Im Gegensatz zu den Szenen aus dem Untergrundleben stehen allerdings die zahlreichen Bildnisse aus seiner Familie. Vor allem seine Frau und seine Tochter waren ein immer wiederkehrendes Sujet. In diesen Porträts zeigt sich Kleinschmidt als ein Epigone des 19. Jahrhunderts, der vor allem in der Gefolgschaft Leibls noch verwurzelt ist.

Zu den weiteren Hauptwerken *dieses Künstlers zählen seine New* Yorker Ansichten. Gefördert bis ans Lebensende von dem Mäzen Erich Cohn, war Kleinschmidt längere Zeit sein Gast in den Staaten. Die Werke aus dieser Zeit zeigen, wie beeindruckend das pulsierende New York diesen Künstler beeinflußt. Von majestätischer Wucht, spannungsreich bis verwirrend zeigt sich die New Yorker Zeit.

Nur noch schmal ist dann die Ausbeute der letzten Jahre in der Heimat, da zerrte die Krankheit bereits in ihm. In seinem Todesjahr, am 30. 3. 49, notiert er: „Auf das Urteil dieser Welt lege ich wenig Wert. Hätte die Welt ein Urteil, dann würde ihre Auffassung über die sogenannte ‚moderne' Kunst eine andere sein. Ich will vielmehr versuchen, mich als reiner Maler mit Anstand aus der Affäre zu ziehen" (bis 28. August, Katalog 25 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



... aber keine Demütigungen: „Bardame" (1940), beide Porträts von Paul Kleinschmidt

JOURNAL

Philologen rügen Abkehr vom Leistungsprinzip

dpa, Düsseldorf

Der Philologenverband Nordrhein-Westfalen hat die geplante Neufassung der Richtlinien für die *Grundschule* als eine Abkehr vom Leistungsprinzip gerügt. Der Verzicht auf „normbezogene Leistungsbewertung und Ziffernbenotung" bedeutet nach Meinung des Verbandes, daß die Schüler in den Klassen eins bis vier nicht mehr auf ein Lernen und Bewerten nach objektiven Anforderungen und Maßstäben vorbereitet werden. „Was die Grundschule damit vernachlässigt, kann in den folgenden Schuljahren in den weiterführenden Schulen nicht mehr korrigiert werden", betonte der Verbandsvorsitzende Peter Heesen. Die Schüler brauchen nach seinen Worten aber schon beim Start die „Herausforderung durch allgemein anerkannte Leistungsnormen". Heesen forderte deshalb Kultusminister Jürgen Girgensohn (SPD) auf, den Richtlinien-Entwurf zurückzuziehen.

Unbekannte Zeichnung von Goethe entdeckt

AFP, Weimar

Eine bisher unbekannte Goethe-Zeichnung hat das Nationalmuseum in Weimar aus Privatbesitz erworben. Das etwa zehn mal 15 Zentimeter große Blatt ist auf der *Rückseite* mit dem Großbuchstaben „G" signiert und trägt das Datum des 5. Oktober 1806. Es stellt eine Phantasielandschaft dar, wie sie der Dichter gelegentlich für Freunde anfertigte. Die mit Bleistift und Sepia gefertigte Zeichnung zeigt eine Berghütte vor einem schemenhaften Gebirgszug im Hintergrund.

Ferienkurs über „Deutschland im Wandel"

dpa, Trier

Unter dem Leitthema „Deutschland im Wandel" steht der 12. Internationale Ferienkurs der Universität Trier, der vom 1. bis zum 26. August Deutschlehrer und Studenten der Germanistik aus etwa 25 Ländern zusammenführen wird. In Vortragsreihen sollen die Erscheinungsformen des deutschen Alltags aus der Sicht der Geschichts- und Politikwissenschaft wie auch aus der Perspektive der Geographie, der Pädagogik und der Literaturwissenschaften behandelt werden.

Weitere Kürzungen für Erwachsenenbildung?

dpa, Essen

Eine weitere Mittelkürzung für die Organisationen der Erwachsenenbildung führe zum Ende dieser Arbeit, befürchtet die Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung. Die Landesarbeitsgemeinschaft hat sich an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) gewandt, weil aus dem Finanzministerium in Düsseldorf bekanntgeworden sei, daß 1984 die Mittel für Weiterbildung erneut um 15 Prozent gekürzt werden sollen. Bisher seien die Zuschüsse schon dreimal gekürzt worden. Bei der nächsten Kürzung müßten selbständige Einrichtungen und Nebenstellen ihre Arbeit *einstellen*.

Colbert-Ausstellung im Familienschloß

AFP, Paris

Eine Ausstellung über Jean Baptiste Colbert (1619–1683), Minister Ludwigs XIV., ist zum 300. Geburtsjahr des Politikers im Familien-Stammschloß Ainay-le-Viel im französischen Departement Cher zu besichtigen. Die von den Nachfahren des glänzenden Wirtschaftsexperten zusammengestellte Exposition enthält persönliche Gegenstände wie Colberts Brevier oder seine Minister-Brieftasche aus feinem Leder sowie Dokumente aus dem politischen wie dem privaten Bereich, darunter Briefe Ludwigs XIV. Die Ausstellung ist bis 15. September geöffnet.

Postumer Ruhm eines jungen Dichters

JGG, Warschau

Der in diesem Jahr abgeschlossene Lyrikband des am 12. Mai in Warschau von den Sicherheitsorganen zu Tode geprügelten 19jährigen Abiturienten Grzegorz Przemyk gilt als Renner unter Polens gymnasialer und Hochschuljugend. Es kursiert – meist abgeschrieben oder vervielfältigt – auch zu hohen Preisen unter der Hand. Der Band von Przemyk, dessen Theaterstücke bereits vor seinem tragischen Tod aufgeführt wurden, ist seiner Mutter, der Lyrikerin Barbara Sadowska, gewidmet. Auch die exilpolnische Pariser „Kultura" hat mit dem Abdruck seiner Gedichte begonnen.

Kinderbibel erschien in der Quichua-Sprache

DW. Königstein

Die kleine Kinderbibel, die schon seit vier Jahren von dem Werk „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe" in Königstein in vierzehn Sprachen und über fünf *Millionen* Exemplaren den Kindern der Welt geschenkt wurde, ist jetzt in der Quichua-Sprache erschienen. 35 Prozent der einheimischen Bevölkerung Ecuadors sprechen Quichua, in manchen Diözesen steigt der Anteil bis über 50 Prozent. Jetzt sollen 100 000 Kinder Ecuadors das Wort Gottes in ihrer indianischen Muttersprache lesen können. Für 1983 ist die Herausgabe der Kinderbibel in zehn weiteren Sprachen geplant.

Die seltsamen Koordinaten der Barbara Herzog

ANDREAS SCHULZ, Köln

Auf die immer wiederkehrende Frage, wo genau sie denn geboren sei, lächelt Barbara Herzog sanft und zeigt nach oben. Ganz so entspannt dürfte es an jenem 23. Juli 1965 an Bord des Lufthansa-Jets auf dem Flug nach New York nicht zugegangen sein. Vor genau 18 Jahren hatte die im achten Monat schwangere Passagierin Mrs. Helga Herzog die untrüglichen Anzeichen einer kurz bevorstehenden Entbindung verspürt. Etwa zwei Stunden vor der Landung, 11 900 Meter über Labrador war es denn so weit. Mit vereinten Kräften gelang es der Stewardeß Ria Bernbah und einer Schwesternhelferin, die aufgeregte Mutter von ihrer Last zu befreien.

In der Zwischenzeit war auch Vater Albert von der ungewöhnlichen Geburt seiner Tochter unterrichtet worden. Am anderen Ende des Teichs erwartete er bereits ungeduldig die Ankunft seiner frisch gebackenen Familie. Die Eltern gaben ihrer Tochter einen zweiten Vornamen – den Firmennamen ihrer Patronin Lufthansa. Heute lebt Barbara in Fort Myers (Florida) und hat dort gerade die High-School abgeschlossen. Ihr Reisepaß enthält unter der Rubrik „Geburtsort" eine präzise Höhenangabe und in ihrer Geburtsurkunde, die eher einem Logbuch ähnelt, finden sich auch die zugehörigen Koordinaten: 49 Grad 35 Minuten Nord, 64 Grad 40 Minuten West.

Zum zweiten Mal in 18 Jahren flog Barbara Lufthansa Herzog diese Woche über den Atlantik – diesmal in umgekehrter Richtung und nicht als „blinder Passagier", sondern mit fester Buchung und auf Einladung der Lufthansa. In der Kölner Zentrale der Fluggesellschaft konnte sie gestern Wiedersehen feiern mit der siebenköpfigen Crew, die sie damals auf ihrem Geburtsflug begleitet hatte.

Das fliegende Personal der Lufthansa spürt übrigens heute noch die „Nachwehen" der ersten deutschen Luftgeburt: Während ihrer Ausbildung müssen sich die angehenden Flugbegleiter nämlich auch einen Film ansehen, der eine Entbindung zeigt – für alle Fälle.



Die Geburt dieser jungen Frau sorgte damals für große Aufregung FOTO: AP

20 Meter hohe Flammen fraßen sich gestern mit einer Geschwindigkeit von fünf Kilometern in der Stunde durch ein Waldgebiet bei Gifhorn in Niedersachsen. FOTO: DIE WELT

Schwere Waldbrände verwüsten 623 Hektar Land

In Niedersachsen brachen gestern nachmittag im Raum Gifhorn großflächige Waldbrände aus. 500 Feuerwehrleute waren sofort im Einsatz. Als das nicht reichte, wurde gegen 17 Uhr Katastrophenalarm gegeben – die Erinnerung an das Inferno vom August '75 war noch allzu lebendig. Damals fraßen die Flammen 8300 Hektar Wald. Fünf Feuerwehrleute starben. 82 wurden verletzt. Der Schaden betrug 100 Millionen Mark. Der niedersächsische Innenminister Rötger Groß trat zurück, als schwere Fehler in der Brandbekämpfung bekannt wurden. So katastrophal wurde das gestrige Feuer nicht; dennoch wurden in nur 20 Stunden 623 Hektar Wald ein Raub der Flammen. WELT-Redakteur Graf Schwerin war vor Ort. Er sah, wie sich 20 Meter hohe Flammen auf den Ort Knesebeck zuwälzten.

Von CH. GRAF SCHWERIN

Keine Rauchwolke am Horizont, von einem Waldbrand nichts zu entdecken, als wir uns gegen 19.00 Uhr der Ortschaft Knesebeck nähern. Der blaue Himmel geht in ein diesiges Grau im Osten über, das man für einen verfrühten Vorboten des Abends halten kann. Erst hinter der Ortschaft wird deutlich, woher diese Eintrübung des Himmels rührt: leichte, helle Rauchwolken, die sich zusammenballen. Die letzten Kilometer fahren wir in einer Kolonne von Mannschaftswagen der Bundeswehr. An Ausscheren und Überholen ist auf der schmalen Heidestraße nicht zu denken. Unentwegt kommen einem Polizei- und Feuerwehrwagen mit hoher Geschwindigkeit und Blaulicht entgegen. Begleitumstände außergewöhnlicher Ereignisse. Auf der Dorfstraße von Knesebeck werden die Rekruten auf den Lastwagen dankbar begrüßt. Vor der Schule in Knesebeck ein unübersichtlicher Stau von Militärfahrzeugen, Privatautos von Schaulustigen und Dorfbewohnern. Ein wenig Volksfeststimmung, ein bißchen Schauder vor dem, was kommen könnte.

Befehls- und Beobachtungshubschrauber des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr starten und landen auf dem Schulplatz und wirbeln Staubwolken hoch. Die Haare, das Gesicht, die verschwitzten Hemden jener, die sich vor der Schule aufhalten, alles ist voller Dreck; Sand zwischen den Zähnen. Mit dem Jeep des militärischen Befehlshabers, Major Albrecht vom 13. Panzergrenadierregiment, begleitet von einem Oberforstmeister, fuhren wir weiter auf die Brandherde zu. Das Feuer schien zum Stillstand gekommen zu sein, soll sich nur noch gen Norden in einem drei Kilometer breiten Waldgebiet ausbreiten. Das Vorwärtskommen ist mühselig. Der Weg hin zum Brandgebiet beiderseits der Straße von Autos der Touristen verstellt und keine Polizei zu sehen, die hier für Ordnung sorgt oder gar die Straße sperrt. In dem Forstmeister erwachen Wehrmachtserinnerungen: „Wenn ich was zu sagen hätte, würde ich alle diese Autos mit einem Panzer zur Seite räumen."

Auf einer schmalen Teerstraße quer durch den Wald treffen wir auf vier Löschfahrzeuge. Das Wasser muß aus dreihundert Meter Entfernung herangepumpt werden, ehe es die Feuerwehrleute für ein Waldstück mit dichtem Unterholz rechts von der Straße verwenden. Vom Feuer ist nichts zu sehen. Nur leichte Rauchschwaden hängen über dem Gebiet. Doch trotz der lauten Kommandorufe liegt ein seltsames Geräusch in der Luft. Aus dem Wald dringt ein ständig lauter werdendes Knistern wie Feuer in einem Kamin, der zu stark mit harzhaltigem Holz geheizt ist. Und plötzlich sind die Flammen da, lodern hoch auf. In einer Entfernung von wenigen Metern vor uns bricht eine baumhohe Stichflamme durch. Funken stieben über die Straße, dann sinkt das Feuer wieder in sich zusammen.

„Hier bei uns ist Farnkraut, das wir bespritzt haben, hier kann nichts passieren", beruhigt der Forstmeister. 1975, beim großen Feuer, verbrannten fünf Feuerwehrleute in ihrem Löschzug, schießt mir durch den Sinn.

„Das Überspringen der Funken bildet die Gefahr. Wir haben Hunderte von Feuerwehrleuten, aber kaum einer, der mit der Feuerpatsche herangeht. Die müßten Mann bei Mann rangehen, was anderes hilft nicht", kommt erste Kritik.

Auf dem Rückweg stoßen wir auf eine Gruppe von Soldaten, die „Feuerpatschen" auf den Schultern tragen. „Die Bundeswehr ist mal wieder zu spät gekommen", grollt der Forstmeister. Der Major kontert: „Wir wußten zwar schon seit vier Uhr Bescheid, durften aber nicht vor fünf Uhr ausrücken, bevor Katastrophenalarm gegeben wurde. Ohne ihn können wir nichts unternehmen."

Feuerwehr und Soldaten bleiben im Wald. Essensrationen und vor allem Getränke sind verteilt worden. Es herrschen immer noch Grilltemperaturen. Frühstück wird für fünf Uhr morgens befohlen.

Immer wieder kommen über den Funk im Befehlspanzer des Majors Alarmmeldungen. Dennoch entspannt sich die Lage langsam: Dank der weiten Schneisen, die inzwischen geschlagen sind, greift das Feuer nicht über. Noch ist die Gefahr freilich nivt gebannt. Die Mannschaften bleiben im Wald. Man hat aus der Katastrophe von 1975 gelernt. Damals war man vorschnell abgezogen. „Das wird sich heute nicht wiederholen", sagt der Forstmeister. Dann ein Blick in die Zukunft: „Aber in der nächsten Generation", prophezeit er, „werden wieder die gleichen Dummheiten gemacht werden." „Sie sollten das alles aufschreiben", meinte der Major, der seinen ersten Brandeinsatz erlebt. „Wir haben so viel aufgeschrieben", meint der Forstmeister. „Aber was nützt das. Jeder muß seine eigenen Erfahrungen sammeln."

Ein heftiger Platzregen in den Morgenstunden beendet dann die Gefahr endgültig.

Pariser Bürger setzen sich gegen Chirac durch

A. GRAF KAGENECK, Paris

Einer Pariser Bürgerinitiative ist jetzt nach jahrelangem Kampf gegen die Stadtverwaltung um die Erhaltung des letzten Teiles des Pariser Grüngürtels (die WELT v. 27. April) von den Gerichten in oberster Instanz Genugtuung zuteil geworden. Der „Staatsrat" hat angeordnet, daß ein seit 1977 in Angriff genommenes und fast vollendetes Wohnungsbauprojekt im Nordwesten der Stadt ab sofort eingestellt werden muß. Die Entscheidung des Rates hat zunächst nur aufschiebende Wirkung. Ob die bereits fertigen Gebäude sogar wieder abgerissen werden müssen, steht noch nicht fest. Bei einer ähnlichen Entscheidung war kürzlich in einer nordfranzösischen Stadt ein Hauseigner zum Abbruch seines neuen Hauses gezwungen worden. Bürgermeister Chirac hat dem Stadtrat empfohlen, ein neues, den Anordnungen des Gerichtes entsprechendes Projekt zu entwerfen. Der Kampf der Bürgerinitiative unter Führung der engagierten Hausfrau Janine Regnauf geht auf Gesetze aus den Jahren 1919, 1930 und 1959 zurück, die es der Stadt Paris verbieten, auf dem 250 Meter breiten Gelände des ehemaligen Festungsgürtels andere als gemeinnützige Anlagen wie Gärten, Sportplätze und Schwimmbäder zu errichten. Dieses Gesetz ist seit 1945 systematisch gebrochen worden, was dazu führte, daß Paris heute von einer „Betonmauer" umgeben ist.

Reinkarnation mißlungen

AP, Argenteuil

Ein etwa 60jähriger Mann, der nach eigenen Angaben an die Reinkarnation glaubt und ein Fisch werden wollte, ist in der Seine ertrunken. In seiner Jackentasche wurde ein Brief mit einer entsprechenden Erklärung gefunden.

Hohe Haftstrafen

rtr, Berlin

Zu Freiheitsstrafen von siebeneinhalb bis zehn Jahren sind vom Kreisgericht Halle-Süd fünf „DDR"-Bürger verurteilt worden, die im vergangenen Jahr in einen Hallenser Intershop eingebrochen waren. Sie hatten dort Waren im Werte von 180 000 Mark erbeutet.

Von Hai verschlungen

rtr, Brisbane

Ein fünf Meter langer Hai hat vor dem australischen „Great-Barrier"-Riff nach dem Untergang eines Kutters zwei Menschen verschlungen. Der einzige Überlebende des Dramas konnte sich, bereits vom Hai am Knie verletzt, kurz vor einer tödlichen Attacke auf ein Korallenriff retten. Ein Hubschrauber entdeckte den Schiffbrüchigen.

Frau als „Nebengebiet"

SAD, Amsterdam

Vom nächsten Semester an wird die Freie Universität Amsterdam als neues offizielles Studium-Nebengebiet „Die Geschichte der Frau" anbieten. Die Vorlesungen sollen sich mit dem Verhältnis von Frau und Mann in den einzelnen historischen Epochen und auch in nichtwestlichen Kulturkreisen befassen.

Verbot von Spielautomaten

AP, Paris

Die Franzosen müssen künftig auf die Verlockung der Geldspielautomaten verzichten. Die Nationalversammlung verabschiedete ein Gesetz, das die Aufstellung, den Import und den Besitz der Geräte verbietet. Auch die rund 30 000 landesweit bereits in Cafés, Bistros und Bars aufgestellten Automaten müssen abgebaut werden.

Hiobsbotschaft für Bundeskriminalamt

Holland wehrt sich gegen Einsätze deutscher Fahnder

PETER ZERBE, Hamburg

Mit einem Ansteigen der Rauschgiftkriminalität rechnet die Polizei in der Bundesrepublik. Wie der Leiter des Rauschgiftdezernats der Hamburger Polizei, Kriminalrat Wolf Plewka, gestern der WELT bestätigte, wird Westeuropa zunehmend durch die Niederlande mit Rauschmitteln und -Giften versorgt. „Die Niederlande sind das Rauschgift-Depot für Westeuropa", betonte Plewka.

Gestern gab es eine neue Hiobsbotschaft für die deutschen Fahnder. Das niederländische Justizministerium in Den Haag hat das Bundeskriminalamt aufgefordert, die Einsätze deutscher Rauschgiftfahnder einzustellen. Eine Chance weniger, dem Dealernetz in der Bundesrepublik Deutschland schon in Holland auf die Schliche zu kommen.

Wie wichtig Holland ist, stellen Hamburger Polizeibeamte fast täglich fest, wo zunehmend Transitware für die Niederlande sichergestellt wird. So war es auch Anfang der Woche wieder, als der Kapitän des unter panamesischer Flagge fahrenden Containerschiffes „Golden Wave" (4930 BRT.) der Polizei einen Wink gab. Mit dem Hubschrauber wurden Spezialisten der Zollfahndung und der Hamburger Kriminalpolizei an Deck des in der Elbmündung liegenden Schiffes abgesetzt. Bei einer ersten Durchsuchung fanden die Beamten fünf Pakete mit mehr als 70 Kilogramm Marihuana. Zwei Besatzungsmitglieder, ein Ghanaer und ein Gambier, wurden festgenommen. Als das Schiff in den Abendstunden des Montags dann im Hamburger Hafen festmachte, wurden weitere Pakete mit dem gefährlichen Stoff sichergestellt, insgesamt 104 Kilogramm.

Die „Golden Wave" war auf dem Wege von Lagos nach Europa und sollte ursprünglich Antwerpen anlaufen, doch die Reederei leitete das Schiff nach Hamburg um. Von Hamburg aus sollte das Rauschgift dann in die Niederlande gebracht werden. Doch aus diesem Millionen-Geschäft im Wert von 1,2 Millionen Mark wurde nichts, weil Zoll und Polizei die „heiße Ware" sicherstellen konnten.

Auch in Schleswig-Holstein wurden Zoll und Polizei fündig. Mitte Juli hatte ein Angler am Nord-Ostsee-Kanal einen treibenden Jutesack entdeckt. Die Polizei fand sechs weitere Säcke mit Canabis-Produkten, also Haschisch und Marihuana. Bei weiteren Ermittlungen stießen die Zollfahnder auf den Frachter „Helene Roth", der einer Hamburger Reederei gehört und unter zypriotischer Flagge fährt. Spürhund „Andy" fand in der Ruderanlage weiteres Rauschgift. Ein 44jähriger Steuermann aus Burma wurde festgenommen. Die Funde am Nord-Ostsee-Kanal summierten sich in den vergangenen Wochen auf 149 Kilogramm Marihuana und 94 Kilogramm Haschisch. Der Gesamtwert liegt bei mehr als zwei Millionen Mark.

Die „Helene Roth" war mit einer Ladung Kaffee aus Kolumbien gekommen und hatte die Häfen Antwerpen, Bremen und Hamburg angelaufen. Ob das Rauschgift ebenfalls für die Niederlande bestimmt war, steht noch nicht fest.

Auch der Rauschgiftschmuggel aus dem Nahen Osten über Ost-Berlin in die Bundesrepublik nimmt zu. Wie der Rauschgift-Experte Plewka gestern mitteilte, konnten in Hamburg jetzt zwei türkische Dealer mit zwei Kilogramm Heroin im Wert von 400 000 Mark festgenommen werden.

LEUTE HEUTE

Auf der Suche

Ron Reagan, Sohn des amerikanischen Präsidenten und ehemaliger Balletttänzer, hält sich zur Zeit in Irland auf, wo er Ahnenforschung betreiben will. Der Urgroßvater des Präsidenten, der im vorigen Jahrhundert nach Amerika auswanderte, stammte aus Ballyporeen in der Grafschaft Tipperary.

Klimawechsel

Joachim „Blacky" Fuchsberger sucht ein Haus in Sydney, Australien. Der grauhaarige Herr braucht Ruhe. Drei Monate im Jahr will er auf dem trockenen Kontinent verbringen, „um zu schreiben und meine Shows vorzubereiten".

Vor wilder Ehe?

Prinzession Caroline von Monaco ist das Warten auf eine Anullierung ihrer Ehe mit Philipp Junot durch den Vatikan jetzt leid. Sie hat sich entschlossen, ihren Freund **Robertino Rosselini** im September zu heiraten. Für die katholische Kirche wäre es eine „wilde Ehe".

Auferstehung des „rasenden Reporters" zum Papst-Besuch

dpa, Wien

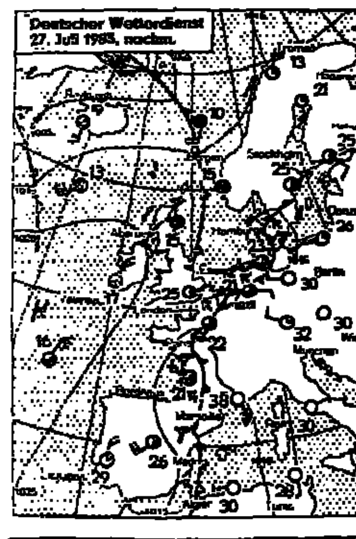
Für den Besuch von Papst Johannes Paul II. im September in Wien hat der österreichische Rundfunk (ORF) den „rasenden Reporter" auferstehen lassen. Allerdings trägt er nicht mehr den Namen des legendären Egon Erwin Kisch, sondern ist ein Kameramann, den man aus verkehrstechnischen Gründen auf einem Motorrad an die Fersen des Papstes heften wird. Der Papst-Besuch wirft nicht zuletzt bei der Medien-Planung gigantische Schatten voraus und schafft in Österreich bisher nicht gekannte Dimensionen, die dem ORF zufolge „die Berichterstattung über einen herkömmlichen Staatsbesuch oder Olympische Spiele" in den Schatten stellen werden.

Technik und abermals Technik beherrschen die Berichterstattung des österreichischen Fernsehens und des Rundfunks. Bedient sich schon der Papst des Flugzeugs, eines Hubschraubers und des „Papa-Mobils", eines besonders hergerichteten und nach dem Attentat vom Petersplatz in Rom auch kugelsicheren Fahrzeugs, das ihm bei aller Sicherheitsabschirmung immer noch ein „Bad in der Menge" erlaubt, so steht der ORF-Fuhr- und Flug-Park nicht nach. Mobil will der ORF für insgesamt 30 Sendestunden an vier Tagen durch zehn Übertragungswagen, einen Hubschrauber, einen Pkw und das Motorrad sein. Die ORF-Technik will sich ferner 59 Kameras, fünf Stromaggregate und 90 Monitoren bedienen, um den Papst nicht nur in die entlegendste Tiroler Bergbauernstube zu bringen, sondern über Eurovision und eine große amerikanische Fernsehanstalt auch rund 100 Millionen Menschen weltweit anzubieten. Zu den Empfängern gehören die ARD der Bundesrepublik Deutschland und die US-Gesellschaft ABC.

Auch auf seiten der Journalisten ist mit 60 Reportern und Kommentatoren sowie 15 Bildregisseuren Generalmobilmachung angeordnet. Sie werden im ORF-Papst-Studio oder in fahrbaren Sprecherkabinen die Geschehnisse berichten und erläutern einschließlich der Bilder, die ein 35 Meter hoher Kamerakran auf die Bildschirme bringen soll.

WETTER: Im Norden kühler

Wetterlage: Während nach Norddeutschland allmählich kühlere Nordseeluft einfließt, bestimmt in der Südhälfte Deutschlands noch die subtropische Warmluft das Wetter.



Vorhersage für Donnerstag:

Norddeutschland: Anfangs meist stark bewölkt und in den Morgenstunden Gefahr einzelner Gewitter. Im Tagesverlauf von Nordwesten her auflockernde Bewölkung und kaum noch Niederschlag.

Übriges Bundesgebiet: Teils heiter, teils wolkig und tagsüber Bildung einzelner Wärmegewitter, in Bayern zum Teil schwere Gewitter mit Hagel und Sturmböen.

Weitere Aussichten:
Wolkig mit Aufheiterungen, kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	30°	Kairo	34°
Bonn	27°	Kopenh.	23°
Dresden	33°	Las Palmas	23°
Essen	21°	London	25°
Frankfurt	29°	Madrid	26°
Hamburg	23°	Mailand	29°
List/Sylt	19°	Mallorca	30°
München	32°	Moskau	18°
Stuttgart	33°	Nizza	31°
Algier	30°	Oslo	23°
Amsterdam	21°	Paris	22°
Athen	34°	Prag	31°
Barcelona	29°	Rom	30°
Brüssel	23°	Stockholm	25°
Budapest	30°	Tel Aviv	32°
Bukarest	28°	Tunis	28°
Helsinki	25°	Wien	30°
Istanbul	27°	Zürich	31°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.41 Uhr, Untergang: 21.15 Uhr, **Mondaufgang:** 23.26 Uhr, Untergang 10.02 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Tangschan: Nie vom Tiefschlag der Natur erholt

KNUT TESKE, Bonn

Eine unscheinbare Nachricht der Shanghaier Zeitung „Wen Hui Bao" enthüllte vor kurzem, just zum siebenten Jahrestag eines der verheerendsten Welt-Beben, schlagartig die Langzeitwirkung dieser Katastrophe: Noch immer lebe, heißt es in der Meldung, mehr als die Hälfte der 1,33 Millionen Einwohner Tangschans in Notunterkünften.

Die Erdbeben-Katastrophe von Tangschan am 28. Juli 1976 – heute vor sieben Jahren – wurde damals in der westlichen Welt nur in Umrissen erfaßt. Peking tat alles Erdenkliche, um die Wahrheit zu verschleiern: Tangschan, nur rund 160 Kilometer südöstlich von Peking, wurde für Besucher geschlossen und westliche Hilfsangebote wurden höflich dankend zurückgewiesen.

Die Spekulationen im Westen blühten. Von 10 000, ja mehr als 100 000 Opfern war die Rede, alle Schlagzeilen freilich mit Fragezeichen versehen. Die Wahrheit indes war viel brutaler.

Erdbeben-Spezialisten aus dem Westen, die die Stätte der Verwüstung später untersuchen durften, gehen inzwischen von sage und schreibe 750 000 Toten aus, auf deutsche Größenordnungen übertragen, hieße das, im Großraum Frankfurt gebe es kein Leben mehr.

Das Beben, dessen Epizentrum sich direkt unter der Industriestadt befand, wies auf der Richterskala 8,2 Punkte auf. Ein Schwerstbeben. Bisher wurden nur drei gemessen, die eindeutig stärker waren: mit jeweils 8,6 auf der Richterskala 1950 in Tibet und 1964 in Alaska. 8,5 Punkte erreichte 1960 das Gewaltbeben entlang der chilenischen Küste. Aber keine der drei Katastrophen traf ein so dichtbesiedeltes Gebiet. Heftiger war wohl nur noch das Jahrhundert-Beben 1755 von Lissabon. Seine Auswirkungen wirbelten damals die Philosophie und das Selbstverständnis einer ganzen Epoche durcheinander. Voltaire schrieb sein „Candide" daraufhin. Die Wissenschaft weist diesem Beben heute auf Grund von Rückrechnungen eine Stärke von 8,7 bis 8,8 Punkte zu – scheinbar nur eine unbedeutende Steigerung, in Wahrheit jedoch eine orgiastische Verdoppelung der Zerstörungskraft schon gegenüber dem Alaska-Beben. Ein Punkt auf der Richterskala entspricht der zehnfachen Wirkung. Ein Beben mit 8,0 Punkten auf der Richterskala ist also zehnmal so stark wie eins der Stärke 6 und tausendmal heftiger als eins der 5,0-Kategorie.

Wahrscheinlich sind die Groß-Beben ab der 7,8 Punkte-Klasse sogar noch um ein Vielfaches gewaltiger als angenommen. Heute weiß man, daß diese extraordinären Ausbrüche der Natur die Richtersche Meßmethode aus den Angeln heben. Die verbesserte Purcaru-Berckhemer-Methode, die auf der Richter-Skala fußt, errechnete beispielsweise für das Chile-Beben 9,7 Punkte, statt der bisherigen 8,5.

Die freigesetzte Energiemenge des Bebens von Tangschan entsprach nicht weniger als einigen Tausend Hiroshima-Bomben. Tangschan existierte nicht mehr, ein unübersehbarer Trümmerhaufen, aus dem lediglich einige Schornsteine herausragten.

„Das Erdbeben kam wie eine unterirdische Sturmflut", berichtete Herbert Kremp, der das Katastrophengebiet später als einer der ersten Journalisten besuchte. „Der eine Straßenzug wurde zum Wellenkamm, der andere zum Wellental." Und alles kam völlig überraschend, morgens kurz vor vier Uhr, lediglich Sekunden vorher von rätselhaften rot-weißen Lichteffekten angekündigt, die man 300 Kilometer weit sehen konnte.

China hat die Katastrophe und ihre Folgen „ohne Panik", wie im Westen bewundernd registriert wurde, mit asiatischer Gelassenheit gemeistert. Den Erdbebenspezialisten des Landes muß es freilich vorgekommen sein, als sei ihnen durch den Überrumpelungs-Coup der Natur der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Gerade Chinas Wissenschaftler hatten große Stücke auf ihr Frühwarnsystem gehalten, seit sie eineinhalb Jahre zuvor ein Beben auf den Tag genau vorausgesagt hatten.

Diesmal aber hatten wieder sämtliche wissenschaftliche Erkenntnisse wie alle althergebrachten Auspizien (fliehende Ratten und Mäuse, scheuende Pferde, wehleidige Pandabären) total versagt.

Die Ungenauigkeit der Vorhersage ist bis heute geblieben. Die Erdbebenforschung ist glänzend in der Analyse, in ihrer Prognose freilich im wahrsten Sinne des Wortes verheerend unzuverlässig. So hat man inzwischen herausgefunden, daß das China-Beben zu einer Serie von Beben gehörte, die sich in jenem Jahr in einem gewaltigen Bogen von Italien über die Sowjetunion bis zu den Neuen Hebriden erstreckte.

Doch wann das mit Sicherheit ebenfalls todbringende Beben über Kalifornien herfällt, steht weiterhin in den Sternen.

ZU GUTER LETZT

In der CSU spricht man von einer 360-Grad-Wende von Strauß.